

## **Beschlussempfehlung\***

**des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz (6. Ausschuss)**

- a) **zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung  
– Drucksachen 19/24181, 19/24903, 19/25170 Nr. 1.7 –**

**Entwurf eines Gesetzes zur Fortentwicklung des Sanierungs- und  
Insolvenzrechts  
(Sanierungs- und Insolvenzrechtsfortentwicklungsgesetz – SanInsFoG)**

- b) **zu dem Antrag der Abgeordneten Stephan Thomae, Judith Skudelny,  
Renata Alt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion  
der FDP  
– Drucksache 19/20560 –**

**Unverschuldete Insolvenzen vermeiden und überlebensfähige  
Unternehmen sichern – Für ein modernes und effizientes  
Restrukturierungsrecht**

- c) **zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Manuela Rottmann, Claudia Müller,  
Katharina Dröge, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN  
– Drucksache 19/24379 –**

**Coronabedingte Insolvenzen vermeiden – Ein vereinfachtes  
Restrukturierungsverfahren für kleine und mittlere Unternehmen**

---

\* Der Bericht wird gesondert verteilt.

## A. Problem

Die Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/1023 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über präventive Restrukturierungsrahmen, Entschuldung und Tätigkeitsverbote sowie über Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz von Restrukturierungs-, Insolvenz- und Entschuldungsverfahren und zur Änderung der Richtlinie (EU) 2017/1132 (Richtlinie über Restrukturierung und Insolvenz) (ABl. L 172 vom 26.6.2019, S. 18) (im Folgenden: Richtlinie) und die Evaluation des Gesetzes zur weiteren Erleichterung der Sanierung von Unternehmen vom 7. Dezember 2011 (Bundestagsdrucksache 19/4880) geben Anlass zur Änderung des Sanierungs- und Insolvenzrechts. Darüber hinaus erfordern die wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie vorübergehende Anpassungen des Sanierungs- und Insolvenzrechts an die durch die Krisenfolgen geprägte Situation.

Zu Buchstabe a

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung schlägt vor, einen neuen Rechtsrahmen zu schaffen, der es Unternehmen ermöglicht, sich auf der Grundlage eines Restrukturierungsplans zu sanieren und damit die Insolvenz abzuwenden. Damit soll die nach geltendem Recht bestehende Lücke zwischen dem Bereich der auf Konsens aller Beteiligten angewiesenen Sanierung einerseits und der kostenintensiven Insolvenz andererseits geschlossen werden. Die Möglichkeit der Restrukturierung mit der Erwirksamkeit von Vollstreckungs- und Verwertungssperren soll es dem Unternehmen ermöglichen, die Verhandlungen selbst zu führen, wenn Zahlungsunfähigkeit droht, aber noch nicht eingetreten ist. Dabei sollen die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der Eigenverwaltung stärker an die Interessen der Gläubigerschaft angepasst und bislang unregelt gebliebene Einzelfragen, wie zum Beispiel die Ermächtigung des Schuldners zur Begründung von Masseverbindlichkeiten, einer Regelung zugeführt werden. Die Überschuldung und die drohende Zahlungsunfähigkeit sollen stärker voneinander abgegrenzt werden, indem der Überschuldungsprüfung ein Prognosezeitraum von einem Jahr zugrunde gelegt wird sowie die Prüfung der drohenden Zahlungsunfähigkeit im Rahmen eines zweijährigen Prognosezeitraums erfolgen und der Zeitraum für die Antragspflicht bei Überschuldung maximal auf sechs Wochen erhöht werden sollen. Für Unternehmen, deren finanzielle Krise auf die COVID-19-Pandemie zurückzuführen ist, sollen die strenger gefassten Zugangsregelungen zu Insolvenzverfahren in Eigenverwaltung vorübergehend gelockert und der Prognosezeitraum für die Fortführungsprognose im Überschuldungstatbestand verkürzt werden.

Zu Buchstabe b

Die Fraktion der FDP fordert mit ihrem Antrag, in dem neuen Rechtsrahmen insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen (KMU), die von den Folgen der COVID-19-Pandemie in besonderer Weise betroffen sind, geeignete Instrumente für eine vorinsolvenzliche Sanierungen zur Verfügung zu stellen. Sie fordert insbesondere,

- den Zugang zu dem präventiven Restrukturierungsrahmen von einer Bestandsfähigkeitsprüfung abhängig zu machen und nur alle drei Jahre zuzulassen, jedoch auch den Schuldner zu öffnen, die aufgrund der coronabedingten Ausnahmen von einer Insolvenzantragspflicht nach § 1 COVInsAG

ausgenommen sind, und bei Betroffenheit der Rechte Dritter die Bestellung eines Restrukturierungsbeauftragten vorzuschreiben,

- Einzelvollstreckungsmaßnahmen – soweit sie nicht bestimmte Forderungen, wie Unterhaltszahlungen betreffen – während der gesamten Dauer des präventiven Restrukturierungsverfahrens auszusetzen, höchsten jedoch für einen Zeitraum von sechs Wochen, wobei diese Frist bei gerichtlich festgestellter Sanierungsfähigkeit auf maximal zwölf Monate verlängert werden können soll,
- Gläubigern und Restrukturierungsbeauftragten das Recht einzuräumen, Vorschläge zur Anpassung des Restrukturierungsplans vorzulegen, die Annahme eines Restrukturierungsplans in jeder Gläubigerklasse von einer Mehrheit von 75 Prozent des Betrags der Forderungen abhängig zu machen, wobei KMUs die Möglichkeit eingeräumt werden soll, auf die Einteilung der Gläubiger in verschiedene Klassen zu verzichten und
- dem zuständigen Gericht die Möglichkeit zur Aussetzung der Durchführung eines Restrukturierungsplans einzuräumen, wenn dies zur Wahrung der Interessen einer Partei notwendig und angemessen ist.

Zu Buchstabe c

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beinhaltet die Forderung, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der ein vereinfachtes Verfahren für die vorinsolvenzliche Sanierung und Restrukturierung für von der Corona-Pandemie betroffene KMU vorsieht, einen niedrigschwelligen Zugang zum Verfahren ermöglicht und mit einer unkomplizierten Antragstellung einhergeht. Dabei sollen den KMU eine Beratung durch Experten und Expertinnen zur Seite gestellt sowie festgelegt werden, wer qualifiziert ist, solche Verfahren durchzuführen und bei coronabedingt drohender Zahlungsunfähigkeit die Verfahrenskosten staatlich mitfinanziert werden. Das Verfahren soll zunächst auf sechs Monate befristet und die Möglichkeit der Verlängerung eingeräumt werden.

## **B. Lösung**

Zu Buchstabe a

**Annahme des Gesetzentwurfs auf Drucksachen 19/24181, 19/24903 in geänderter Fassung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD und DIE LINKE.**

Zu Buchstabe b

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/20560 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

Zu Buchstabe c

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/24379 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE.**

**C. Alternativen**

Keine.

**D. Kosten**

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Gesetzentwurf auf Drucksachen 19/24181, 19/24903 in der aus der nachstehenden Zusammenstellung ersichtlichen Fassung anzunehmen,
- b) den Antrag auf Drucksache 19/20560 abzulehnen,
- c) den Antrag auf Drucksache 19/24379 abzulehnen.

Berlin, den 15. Dezember 2020

## **Der Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz**

### **Dr. Heribert Hirte**

Stellvertretender Vorsitzender und  
Berichtersteller

**Dr. Karl-Heinz Brunner**  
Berichtersteller

**Fabian Jacobi**  
Berichtersteller

**Judith Skudelny**  
Berichterstellerin

**Gökay Akbulut**  
Berichterstellerin

**Dr. Manuela Rottmann**  
Berichterstellerin

## Zusammenstellung

des Entwurfs eines Gesetzes zur Fortentwicklung des Sanierungs- und Insolvenzrechts (Sanierungs- und Insolvenzrechtsfortentwicklungsgesetz – SanInsFoG)

– Drucksachen 19/24181, 19/24903 –

mit den Beschlüssen des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz (6. Ausschuss)

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
<b>Entwurf eines Gesetzes zur Fortentwicklung des Sanierungs- und Insolvenzrechts</b>	<b>Entwurf eines Gesetzes zur Fortentwicklung des Sanierungs- und Insolvenzrechts</b>
<b>(Sanierungs- und Insolvenzrechtsfortentwicklungsgesetz – SanInsFoG)*</b>	<b>(Sanierungs- und Insolvenzrechtsfortentwicklungsgesetz – SanInsFoG)*</b>
Vom ...	Vom ...
Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:	Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:
<b>I n h a l t s ü b e r s i c h t</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
Artikel 1 Gesetz über den Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmen für Unternehmen (Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetz – StaRUG)	
Artikel 2 Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes	
Artikel 3 Änderung der Zivilprozessordnung	
Artikel 4 Änderung des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung	
Artikel 5 Änderung der Insolvenzordnung	
Artikel 6 Änderung der Insolvenzzrechtlichen Vergütungsverordnung	
Artikel 7 Änderung der Verordnung zu öffentlichen Bekanntmachungen in Insolvenzverfahren im Internet	

\* Dieses Gesetz dient der weiteren Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/1023 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über präventive Restrukturierungsrahmen, über Entschuldung und über Tätigkeitsverbote sowie über Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz von Restrukturierungs-, Insolvenz- und Entschuldungsverfahren und zur Änderung der Richtlinie (EU) 2017/1132 (Richtlinie über Restrukturierung und Insolvenz) (ABl. L 172 vom 26.6.2019, S. 18).

\* Dieses Gesetz dient der weiteren Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/1023 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über präventive Restrukturierungsrahmen, über Entschuldung und über Tätigkeitsverbote sowie über Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz von Restrukturierungs-, Insolvenz- und Entschuldungsverfahren und zur Änderung der Richtlinie (EU) 2017/1132 (Richtlinie über Restrukturierung und Insolvenz) (ABl. L 172 vom 26.6.2019, S. 18).

<b>Entwurf</b>		<b>Beschlüsse des 6. Ausschusses</b>
Artikel 8	Änderung des Einführungsgesetzes zur Insolvenzordnung	
Artikel 9	Änderung des Insolvenzstatistikgesetzes	
Artikel 10	Änderung des COVID-19-Insolvenzaussetzungsgesetzes	
Artikel 11	Änderung des Gerichtskostengesetzes	
Artikel 12	Änderung des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes	
Artikel 13	Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuchs	
Artikel 14	Änderung des Handelsgesetzbuchs	
Artikel 15	Änderung des Aktiengesetzes	
Artikel 16	Änderung des Gesetzes betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung	
Artikel 17	Änderung des Genossenschaftsgesetzes	
Artikel 18	Änderung des Schuldverschreibungsgesetzes	
Artikel 19	Änderung des Gesetzes zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern	
Artikel 20	Änderung der Gewerbeordnung	
Artikel 21	Änderung der Handwerksordnung	
Artikel 22	Änderung des Pfandbriefgesetzes	
Artikel 23	Änderung des Betriebsrentengesetzes	
Artikel 24	Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch	
Artikel 25	Inkrafttreten	

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 6. Ausschusses</b>
<b>Artikel 1</b>	<b>Artikel 1</b>
<b>Gesetz über den Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmen für Unternehmen</b>	<b>Gesetz über den Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmen für Unternehmen</b>
<b>(Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetz – StaRUG)</b>	<b>(Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetz – StaRUG)</b>
Inhaltsübersicht	Inhaltsübersicht
<b>Teil 1</b> <b>Krisenfrüherkennung und Krisenmanagement</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
§ 1 Krisenfrüherkennung und Krisenmanagement bei haftungsbeschränkten Unternehmensträgern	§ 1 u n v e r ä n d e r t
§ 2 <i>Pflichten bei drohender Zahlungsunfähigkeit</i>	§ 2 e n t f ä l l t
§ 3 <i>Haftung</i>	§ 3 e n t f ä l l t
<b>Teil 2</b> <b>Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmen</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
<b>Kapitel 1</b> <b>Restrukturierungsplan</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
<b>Abschnitt 1</b> <b>Gestaltung von Rechtsverhältnissen</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
§ 4 Gestaltbare Rechtsverhältnisse	§ 2 u n v e r ä n d e r t
§ 5 Bedingte und nicht fällige Restrukturierungsforderungen; Forderungen aus gegenseitigen Verträgen	§ 3 u n v e r ä n d e r t
§ 6 Ausgenommene Rechtsverhältnisse	§ 4 u n v e r ä n d e r t

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 6. Ausschusses</b>
Abschnitt 2 Anforderungen an den Restrukturierungsplan	unverändert
§ 7 Gliederung des Restrukturierungsplans	§ 5 unverändert
§ 8 Darstellender Teil	§ 6 unverändert
§ 9 Gestaltender Teil	§ 7 unverändert
§ 10 Auswahl der Planbetroffenen	§ 8 unverändert
§ 11 Einteilung der Planbetroffenen in Gruppen	§ 9 unverändert
§ 12 Gleichbehandlung von Planbetroffenen	§ 10 unverändert
§ 13 Haftung des Schuldners	§ 11 unverändert
§ 14 Neue Finanzierung	§ 12 unverändert
§ 15 Änderung sachenrechtlicher Verhältnisse	§ 13 unverändert
§ 16 Erklärung zur Bestandsfähigkeit; Vermögensübersicht; Ergebnis- und Finanzplan	§ 14 unverändert
§ 17 Weitere beizufügende Erklärungen	§ 15 unverändert
§ 18 Checkliste für Restrukturierungspläne	§ 16 unverändert
Abschnitt 3 Planabstimmung	unverändert
Unterabschnitt 1 Planangebot und Planannahme	unverändert
§ 19 Planangebot	§ 17 unverändert
§ 20 Auslegung des Planangebots	§ 18 unverändert
§ 21 Annahmefrist	§ 19 unverändert
§ 22 Abstimmung im Rahmen einer Versammlung der Planbetroffenen	§ 20 unverändert
§ 23 Erörterung des Restrukturierungsplans	§ 21 unverändert
§ 24 Dokumentation der Abstimmung	§ 22 unverändert
§ 25 Gerichtliches Planabstimmungsverfahren	§ 23 unverändert
Unterabschnitt 2 Stimmrecht und erforderliche Mehrheiten	unverändert
§ 26 Stimmrecht	§ 24 unverändert

<b>Entwurf</b>		<b>Beschlüsse des 6. Ausschusses</b>	
§ 27	Erforderliche Mehrheiten	§ 25	u n v e r ä n d e r t
§ 28	Gruppenübergreifende Mehrheitsentscheidung	§ 26	u n v e r ä n d e r t
§ 29	Absolute Priorität	§ 27	u n v e r ä n d e r t
§ 30	Durchbrechung der absoluten Priorität	§ 28	u n v e r ä n d e r t
<b>Kapitel 2</b> <i>Restrukturierungs- und Stabilisierungsinstrumente</i>		<b>Kapitel 2</b> <b>Stabilisierungs- und Restrukturierungsinstrumente</b>	
A b s c h n i t t 1 A l l g e m e i n e B e s t i m m u n g e n		u n v e r ä n d e r t	
U n t e r a b s c h n i t t 1 I n s t r u m e n t e d e s S t a b i l i s i e r u n g s - u n d R e s t r u k t u r i e r u n g s r a h m e n s ; V e r f a h r e n		u n v e r ä n d e r t	
§ 31	Instrumente des Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmens	§ 29	u n v e r ä n d e r t
§ 32	Restrukturierungsfähigkeit	§ 30	u n v e r ä n d e r t
§ 33	Anzeige des Restrukturierungsvorhabens	§ 31	u n v e r ä n d e r t
§ 34	Pflichten des Schuldners	§ 32	u n v e r ä n d e r t
§ 35	Aufhebung der Restrukturierungssache	§ 33	u n v e r ä n d e r t
§ 36	Restrukturierungsgericht; Verordnungsermächtigung	§ 34	u n v e r ä n d e r t
§ 37	Örtliche Zuständigkeit	§ 35	u n v e r ä n d e r t
§ 38	Einheitliche Zuständigkeit	§ 36	u n v e r ä n d e r t
§ 39	Gruppen-Gerichtsstand	§ 37	u n v e r ä n d e r t
§ 40	Anwendbarkeit der Zivilprozessordnung	§ 38	u n v e r ä n d e r t
§ 41	Verfahrensgrundsätze	§ 39	u n v e r ä n d e r t
§ 42	Rechtsmittel	§ 40	u n v e r ä n d e r t
§ 43	Zustellungen	§ 41	u n v e r ä n d e r t
U n t e r a b s c h n i t t 2 R e s t r u k t u r i e r u n g s r e c h t		u n v e r ä n d e r t	
§ 44	Anzeige von Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung; Strafvorschrift	§ 42	u n v e r ä n d e r t

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 6. Ausschusses</b>
§ 45 Haftung der Organe	§ 43 un verändert
§ 46 Verbot von Lösungsklauseln	§ 44 un verändert
Abschnitt 2 Gerichtliche Planabstimmung	un verändert
§ 47 Erörterungs- und Abstimmungstermin	§ 45 un verändert
§ 48 Vorprüfungstermin	§ 46 un verändert
Abschnitt 3 Vorprüfung	un verändert
§ 49 Antrag	§ 47 un verändert
§ 50 Verfahren	§ 48 un verändert
Abschnitt 4 Vertragsbeendigung	entfällt
§ 51 Vertragsbeendigung	§ 51 entfällt
§ 52 Entscheidung des Restrukturierungsgerichts	§ 52 entfällt
§ 53 Sofortige Beschwerde	§ 53 entfällt
§ 54 Rechtsfolgen der Vertragsbeendigung	§ 54 entfällt
§ 55 Haftung der Organe	§ 55 entfällt
Abschnitt 5 Stabilisierung	Abschnitt 4 Stabilisierung
§ 56 Stabilisierungsanordnung	§ 49 un verändert
§ 57 Antrag	§ 50 un verändert
§ 58 Voraussetzungen der Stabilisierungsanordnung	§ 51 un verändert
§ 59 Folgeanordnung, Neuordnung	§ 52 un verändert
§ 60 Anordnungsdauer	§ 53 un verändert
§ 61 Folgen der Verwertungssperre	§ 54 un verändert
§ 62 Vertragsrechtliche Wirkungen	§ 55 un verändert
§ 63 Finanzsicherheiten, Zahlungs- und Abwicklungssysteme, Liquidationsnetting	§ 56 un verändert
§ 64 Haftung der Organe	§ 57 un verändert
§ 65 Insolvenzantrag	§ 58 un verändert

<b>Entwurf</b>		<b>Beschlüsse des 6. Ausschusses</b>	
§ 66	Aufhebung und Beendigung der Stabilisierungsanordnung	§ 59	unverändert
Abschnitt 6 Planbestätigung		Abschnitt 5 Planbestätigung	
Unterabschnitt 1 Bestätigungsverfahren		unverändert	
§ 67	Antrag	§ 60	unverändert
§ 68	Anhörung	§ 61	unverändert
§ 69	Bedingter Restrukturierungsplan	§ 62	unverändert
§ 70	Versagung der Bestätigung	§ 63	unverändert
§ 71	Minderheitenschutz	§ 64	unverändert
§ 72	Bekanntgabe der Entscheidung	§ 65	unverändert
§ 73	Sofortige Beschwerde	§ 66	unverändert
Unterabschnitt 2 Wirkungen des bestätigten Plans; Überwachung der Planerfüllung		unverändert	
§ 74	Wirkungen des Restrukturierungsplans	§ 67	unverändert
§ 75	Sonstige Wirkungen des Restrukturierungsplans	§ 68	unverändert
§ 76	Wiederaufleben gestundeter oder erlassener Forderungen	§ 69	unverändert
§ 77	Streitige Forderungen und Ausfallforderungen	§ 70	unverändert
§ 78	Vollstreckung aus dem Restrukturierungsplan	§ 71	unverändert
§ 79	Planüberwachung	§ 72	unverändert
<b>Kapitel 3</b> <b>Restrukturierungsbeauftragter</b>		<b>unverändert</b>	
Abschnitt 1 Bestellung von Amts wegen		unverändert	
§ 80	Bestellung von Amts wegen	§ 73	unverändert
§ 81	Bestellung	§ 74	unverändert
§ 82	Rechtsstellung	§ 75	unverändert

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 6. Ausschusses</b>
§ 83 Aufgaben	§ 76 un verändert
<b>Abschnitt 2</b> <b>Bestellung auf Antrag</b>	un verändert
§ 84 Antrag	§ 77 un verändert
§ 85 Bestellung und Rechtsstellung	§ 78 un verändert
§ 86 Aufgaben	§ 79 un verändert
<b>Abschnitt 3</b> <b>Vergütung</b>	un verändert
§ 87 Vergütungsanspruch	§ 80 un verändert
§ 88 Regelvergütung	§ 81 un verändert
§ 89 Festsetzung der Vergütung	§ 82 un verändert
§ 90 Vergütung in besonderen Fällen	§ 83 un verändert
<b>Kapitel 4</b> <b>Öffentliche Restrukturierungssachen</b>	<b>un verändert</b>
§ 91 Antrag und erste Entscheidung	§ 84 un verändert
§ 92 Besondere Bestimmungen	§ 85 un verändert
§ 93 Öffentliche Bekanntmachung; Verordnungsermächtigung	§ 86 un verändert
§ 94 Restrukturierungsforum; Verordnungsermächtigung	§ 87 un verändert
§ 95 Anwendbarkeit des Artikels 102c des Einführungsgesetzes zur Insolvenzordnung	§ 88 un verändert
<b>Kapitel 5</b> <b>Anfechtungs- und Haftungsrecht</b>	<b>un verändert</b>
§ 96 Rechtshandlungen, die während der Rechtshängigkeit der Restrukturierungssache vorgenommen werden	§ 89 un verändert
§ 97 Planfolgen und Planvollzug	§ 90 un verändert
§ 98 Berechnung von Fristen	§ 91 un verändert

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
<b>Kapitel 6 Arbeitnehmerbeteiligung</b>	<b>Kapitel 6 Arbeitnehmerbeteiligung; Gläubigerbeirat</b>
§ 99 Beteiligungsrechte nach dem Betriebsverfassungsgesetz	§ 92 un verändert
	§ 93 Gläubigerbeirat
<b>Teil 3 Sanierungsmoderation</b>	<b>un verändert</b>
§ 100 Antrag	§ 94 un verändert
§ 101 Bestellung	§ 95 un verändert
§ 102 Sanierungsmoderation	§ 96 un verändert
§ 103 Bestätigung eines Sanierungsvergleichs	§ 97 un verändert
§ 104 Vergütung	§ 98 un verändert
§ 105 Abberufung	§ 99 un verändert
§ 106 Übergang in den Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmen	§ 100 un verändert
<b>Teil 4 Frühwarnsysteme</b>	<b>un verändert</b>
§ 107 Informationen zu Frühwarnsystemen	§ 101 un verändert
§ 108 Hinweis- und Warnpflichten	§ 102 un verändert
Anlage Notwendige Angaben im Restrukturierungsplan	Anlage un verändert
<b>Teil 1</b>	<b>Teil 1</b>
<b>Krisenfrüherkennung und Krisenmanagement</b>	<b>Krisenfrüherkennung und Krisenmanagement</b>
§ 1	§ 1
<b>Krisenfrüherkennung und Krisenmanagement bei haftungsbeschränkten Unternehmensträgern</b>	<b>un verändert</b>
(1) Die Mitglieder des zur Geschäftsführung berufenen Organs einer juristischen Person (Geschäftsleiter) wachen fortlaufend über Entwicklungen, welche den Fortbestand der juristischen Person gefährden können. Erkennen sie solche Entwicklungen, ergreifen sie	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
geeignete Gegenmaßnahmen und erstatten den zur Überwachung der Geschäftsleitung berufenen Organen (Überwachungsorganen) unverzüglich Bericht. Berühren die zu ergreifenden Maßnahmen die Zuständigkeiten anderer Organe, wirken die Geschäftsleiter unverzüglich auf deren Befassung hin.	
(2) Bei Gesellschaften ohne Rechtspersönlichkeit im Sinne von § 15a Absatz 1 Satz 3 und Absatz 2 der Insolvenzordnung gilt Absatz 1 entsprechend für die Geschäftsleiter der zur Geschäftsführung berufenen Gesellschafter.	
(3) Weitergehende Pflichten, die sich aus anderen Gesetzen ergeben, bleiben unberührt.	
§ 2	§ 2
<b>Pflichten bei drohender Zahlungsunfähigkeit</b>	<b>entfällt</b>
<i>(1) Ist die juristische Person oder die Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit im Sinne von § 15a Absatz 1 Satz 3 und Absatz 2 der Insolvenzordnung drohend zahlungsunfähig (§ 18 der Insolvenzordnung), wahren die Geschäftsleiter die Interessen der Gesamtheit der Gläubiger. Eine Pflichtverletzung liegt nicht vor, wenn der Geschäftsleiter vernünftigerweise davon ausgehen durfte, auf der Grundlage angemessener Informationen die Interessen der Gläubiger zu wahren.</i>	
<i>(2) Die Mitglieder der Überwachungsorgane wachen über die Einhaltung der Pflicht der Geschäftsleiter nach Absatz 1. Beschlüsse und Weisungen der Überwachungsorgane und anderer Organe sind unbeachtlich, soweit sie der nach Absatz 1 gebotenen Wahrung der Gläubigerinteressen entgegenstehen.</i>	
<i>(3) Ist oder wird die juristische Person im Zustand der drohenden Zahlungsunfähigkeit führungslos, sind die dazu berufenen Organe verpflichtet, durch Bestellung der erforderlichen Mitglieder des Geschäftsleitungsorgans die Handlungsfähigkeit der juristischen Person sicherzustellen.</i>	
<i>(4) Vorbehaltlich der Pflicht nach Absatz 1 berücksichtigen die Geschäftsleiter nach Maßgabe der allgemeinen Bestimmungen auch die Interessen der an dem Schuldner beteiligten Personen und der sonstigen Beteiligten, deren Interessen durch ein Insolvenzverfahren über das Vermögen der juristischen Person oder der Gesellschaft berührt würden.</i>	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
§ 3	§ 3
<b>Haftung</b>	<b>entfällt</b>
<p>(1) Ein Geschäftsleiter, welcher seine Pflicht nach § 2 Absatz 1 verletzt, haftet der juristischen Person oder Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit für den entstandenen Schaden, es sei denn, er hat die Pflichtverletzung nicht zu vertreten.</p>	
<p>(2) Absatz 1 gilt auch für Mitglieder der Überwachungsorgane, welche ihre Pflicht nach § 2 Absatz 2 verletzen.</p>	
<p>(3) Ein Mitglied des für die Bestellung von Geschäftsleitern zuständigen Organs, das seiner Pflicht nach § 2 Absatz 3 schuldhaft nicht nachkommt, ist der juristischen Person für den infolge der Führungslosigkeit entstehenden Schaden verantwortlich, es sei denn, ihm ist weder die drohende Zahlungsunfähigkeit noch die Führungslosigkeit bekannt.</p>	
<p>(4) Ein Verzicht der juristischen Person oder der Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit auf Ersatzansprüche, die aus der Verletzung von Pflichten nach § 2 Absatz 1 bis 3 resultieren, oder ein Vergleich über diese Ansprüche ist unwirksam, soweit der Ersatz zur Befriedigung der Gläubiger erforderlich ist. Dies gilt nicht, wenn der Ersatzpflichtige sich zur Abwendung eines Insolvenzverfahrens über sein Vermögen mit seinen Gläubigern vergleicht, wenn die Ersatzpflicht in einem Insolvenzplan geregelt wird oder wenn für den Ersatzberechtigten ein Insolvenzverwalter handelt.</p>	
<p>(5) Ansprüche aus den vorstehenden Vorschriften verjähren in fünf Jahren. Bestand zum Zeitpunkt der Pflichtverletzung eine Börsennotierung, verjähren die Ansprüche in zehn Jahren.</p>	

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 6. Ausschusses</b>
Teil 2	Teil 2
Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmen	Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmen
Kapitel 1	Kapitel 1
Restrukturierungsplan	Restrukturierungsplan
Abschnitt 1	Abschnitt 1
Gestaltung von Rechtsverhältnissen	Gestaltung von Rechtsverhältnissen
§ 4	§ 2
<b>Gestaltbare Rechtsverhältnisse</b>	<b>Gestaltbare Rechtsverhältnisse</b>
(1) Auf der Grundlage eines Restrukturierungsplans können gestaltet werden:	(1) unverändert
1. Forderungen, die gegen eine restrukturierungsfähige Person (Schuldner) begründet sind (Restrukturierungsforderungen), und	
2. die an Gegenständen des schuldnerischen Vermögens bestehenden Rechte, die im Fall der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens zur Absonderung berechtigen würden, es sei denn, es handelt sich bei ihnen um Finanzsicherheiten im Sinne des § 1 Absatz 17 des Kreditwesengesetzes oder um Sicherheiten, die dem Betreiber eines Systems nach § 1 Absatz 16 des Kreditwesengesetzes zur Absicherung seiner Ansprüche aus dem System oder der Zentralbank eines Mitgliedstaats der Europäischen Union oder der Europäischen Zentralbank gestellt wurden (Absonderungsanwartschaften).	
(2) Beruhen Restrukturierungsforderungen oder Absonderungsanwartschaften auf einem mehrseitigen Rechtsverhältnis zwischen dem Schuldner und mehreren Gläubigern, so sind auch Einzelbestimmungen in diesem Rechtsverhältnis durch den Restrukturierungsplan gestaltbar. Satz 1 gilt auch für die Bedingungen von Schuldtiteln im Sinne des § 2 Absatz 1 Nummer 3 des Wertpapierhandelsgesetzes und von Verträgen, die zu gleichlautenden Bedingungen mit einer Vielzahl	(2) unverändert

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
<p>von Gläubigern geschlossen wurden. Beruhen Restrukturierungsforderungen oder Absonderungsanwartschaften auf unterschiedlichen Rechtsverhältnissen und haben die Inhaber der Forderungen oder Anwartschaften untereinander und mit dem Schuldner Vereinbarungen über die Durchsetzung der gegenüber diesem bestehenden Forderungen oder Anwartschaften und das relative Rangverhältnis der aus der Durchsetzung resultierenden Erlöse getroffen, so sind auch die Bedingungen dieser Vereinbarung durch den Plan gestaltbar.</p>	
<p>(3) Ist der Schuldner eine juristische Person oder eine Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit, können auch die Anteils- oder Mitgliedschaftsrechte der an dem Schuldner beteiligten Personen durch den Restrukturierungsplan gestaltet, sonstige gesellschaftsrechtlich zulässige Regelungen getroffen sowie Anteils- und Mitgliedschaftsrechte übertragen werden.</p>	<p>(3) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>(4) Der Restrukturierungsplan kann auch die Rechte der Inhaber von Restrukturierungsforderungen gestalten, die diesen aus einer von einem <i>Tochterunternehmen</i> im Sinne von § 290 des <i>Handelsgesetzbuchs</i> als Bürge, Mitschuldner oder aufgrund einer anderweitig übernommenen Haftung oder an Gegenständen des Vermögens dieses Unternehmens zustehen (gruppeninterne Drittsicherheit); der Eingriff ist durch eine angemessene Entschädigung zu kompensieren. Satz 1 Halbsatz 2 gilt entsprechend für eine Beschränkung der persönlichen Haftung eines persönlich haftenden Gesellschafters eines als Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit verfassten Schuldners.</p>	<p>(4) Der Restrukturierungsplan kann auch die Rechte der Inhaber von Restrukturierungsforderungen gestalten, die diesen aus einer von einem <b>verbundenen Unternehmen</b> im Sinne <b>des § 15 des Aktiengesetzes</b> als Bürge, Mitschuldner oder aufgrund einer anderweitig übernommenen Haftung oder an Gegenständen des Vermögens dieses Unternehmens zustehen (gruppeninterne Drittsicherheit); der Eingriff ist durch eine angemessene Entschädigung zu kompensieren. Satz 1 Halbsatz 2 gilt entsprechend für eine Beschränkung der persönlichen Haftung eines persönlich haftenden Gesellschafters eines als Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit verfassten Schuldners.</p>
<p>(5) Maßgeblich für die Absätze 1 bis 4 sind die Rechtsverhältnisse zum Zeitpunkt der Unterbreitung des Planangebots (§ 19), im Fall einer Abstimmung im gerichtlichen Planabstimmungsverfahren zum Zeitpunkt der Antragstellung (§ 47). Erwirkt der Schuldner vorher eine Stabilisierungsanordnung (§ 56), tritt an die Stelle des Planangebots oder des Antrags der Zeitpunkt der Erstanordnung.</p>	<p>(5) Maßgeblich für die Absätze 1 bis 4 sind die Rechtsverhältnisse zum Zeitpunkt der Unterbreitung des Planangebots (§ 17), im Fall einer Abstimmung im gerichtlichen Planabstimmungsverfahren zum Zeitpunkt der Antragstellung (§ 45). Erwirkt der Schuldner vorher eine Stabilisierungsanordnung (§ 49), tritt an die Stelle des Planangebots oder des Antrags der Zeitpunkt der Erstanordnung.</p>
<p>§ 5</p>	<p>§ 3</p>
<p><b>Bedingte und nicht fällige Restrukturierungsforderungen; Forderungen aus gegenseitigen Verträgen</b></p>	<p><b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>(1) Restrukturierungsforderungen sind auch dann gestaltbar, wenn sie bedingt oder noch nicht fällig sind.</p>	
<p>(2) Restrukturierungsforderungen aus gegenseitigen Verträgen sind nur insoweit gestaltbar, als die</p>	

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 6. Ausschusses</b>
dem anderen Teil obliegende Leistung bereits erbracht ist.	
§ 6	§ 4
<b>Ausgenommene Rechtsverhältnisse</b>	<b>Ausgenommene Rechtsverhältnisse</b>
Einer Gestaltung durch einen Restrukturierungsplan sind unzugänglich:	Einer Gestaltung durch einen Restrukturierungsplan sind unzugänglich:
1. Forderungen von Arbeitnehmern aus oder im Zusammenhang mit dem Arbeitsverhältnis, einschließlich der <i>Forderungen</i> aus Zusagen auf betriebliche Altersversorgung,	1. Forderungen von Arbeitnehmern aus oder im Zusammenhang mit dem Arbeitsverhältnis, einschließlich der <b>Rechte</b> aus Zusagen auf betriebliche Altersversorgung,
2. Forderungen aus vorsätzlich begangenen unerlaubten Handlungen und	2. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
3. Forderungen nach § 39 Absatz 1 Nummer 3 der Insolvenzordnung.	3. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
Handelt es sich bei dem Schuldner um eine natürliche Person, gilt dies auch für Forderungen und Absonderungsansprüche, die mit dessen unternehmerischer Tätigkeit in keinem Zusammenhang stehen.	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
A b s c h n i t t 2	A b s c h n i t t 2
A n f o r d e r u n g e n a n d e n R e s t r u k t u r i e r u n g s p l a n	A n f o r d e r u n g e n a n d e n R e s t r u k t u r i e r u n g s p l a n
§ 7	§ 5
<b>Gliederung des Restrukturierungsplans</b>	<b>Gliederung des Restrukturierungsplans</b>
Der Restrukturierungsplan besteht aus einem darstellenden und einem gestaltenden Teil. Er enthält mindestens die nach der Anlage zu diesem Gesetz erforderlichen Angaben. Dem Restrukturierungsplan sind die nach den §§ 16 und 17 erforderlichen Anlagen beizufügen.	Der Restrukturierungsplan besteht aus einem darstellenden und einem gestaltenden Teil. Er enthält mindestens die nach der Anlage zu diesem Gesetz erforderlichen Angaben. Dem Restrukturierungsplan sind die nach den §§ 14 und 15 erforderlichen Anlagen beizufügen.
§ 8	§ 6
<b>Darstellender Teil</b>	<b>Darstellender Teil</b>
(1) Der darstellende Teil beschreibt die Grundlagen und die Auswirkungen des Restrukturierungsplans. Der darstellende Teil enthält alle Angaben, die für die Entscheidung der von dem Plan Betroffenen	(1) <b>u n v e r ä n d e r t</b>

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
über die Zustimmung zum Plan und für dessen gerichtliche Bestätigung erheblich sind, einschließlich der Krisenursachen und der zur Krisenbewältigung vorzunehmenden Maßnahmen. Soweit Restrukturierungsmaßnahmen vorgesehen sind, die nicht über den gestaltenden Teil des Plans umgesetzt werden können oder sollen, sind sie im darstellenden Teil gesondert hervorzuheben.	
(2) Der darstellende Teil enthält insbesondere eine Vergleichsrechnung, in der die Auswirkungen des Restrukturierungsplans auf die Befriedigungsaussichten der Planbetroffenen dargestellt werden. Sieht der Plan eine Fortführung des Unternehmens vor, ist für die Ermittlung der Befriedigungsaussichten ohne Plan zu unterstellen, dass das Unternehmen fortgeführt wird. Dies gilt nicht, wenn ein Verkauf des Unternehmens oder eine anderweitige Fortführung aussichtslos ist.	(2) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
(3) Sieht der Restrukturierungsplan Eingriffe in die Rechte von Gläubigern aus gruppeninternen Drittsicherheiten (§ 4 Absatz 4) vor, sind in die Darstellung auch die Verhältnisse des die Sicherheit gewährenden <i>Tochterunternehmens</i> und die Auswirkungen des Plans auf dieses Unternehmen einzubeziehen.	(3) Sieht der Restrukturierungsplan Eingriffe in die Rechte von Gläubigern aus gruppeninternen Drittsicherheiten (§ 2 Absatz 4) vor, sind in die Darstellung auch die Verhältnisse des die Sicherheit gewährenden <b>verbundenen Unternehmens</b> und die Auswirkungen des Plans auf dieses Unternehmen einzubeziehen.
§ 9	§ 7
<b>Gestaltender Teil</b>	<b>Gestaltender Teil</b>
(1) Der gestaltende Teil des Restrukturierungsplans legt fest, wie die Rechtsstellung der Inhaber der Restrukturierungsforderungen, der Absonderungsanswartschaften, der Rechte aus gruppeninternen Drittsicherheiten und der Anteils- oder Mitgliedschaftsrechte (Planbetroffenen) durch den Plan geändert werden soll.	(1) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
(2) Soweit Restrukturierungsforderungen oder Absonderungsanswartschaften gestaltet werden, ist zu bestimmen, um welchen Bruchteil diese gekürzt, für welchen Zeitraum sie gestundet, wie sie gesichert und welchen sonstigen Regelungen sie unterworfen werden sollen. Satz 1 gilt entsprechend für die Gestaltung der Rechte aus gruppeninternen Drittsicherheiten (§ 4 Absatz 4).	(2) Soweit Restrukturierungsforderungen oder Absonderungsanswartschaften gestaltet werden, ist zu bestimmen, um welchen Bruchteil diese gekürzt, für welchen Zeitraum sie gestundet, wie sie gesichert und welchen sonstigen Regelungen sie unterworfen werden sollen. Satz 1 gilt entsprechend für die Gestaltung der Rechte aus gruppeninternen Drittsicherheiten (§ 2 Absatz 4).
(3) Soweit vertragliche Nebenbestimmungen oder Vereinbarungen nach § 4 Absatz 2 gestaltet werden, legt der gestaltende Teil fest, wie diese abgeändert werden sollen.	(3) Soweit vertragliche Nebenbestimmungen oder Vereinbarungen nach § 2 Absatz 2 gestaltet werden, legt der gestaltende Teil fest, wie diese abgeändert werden sollen.
(4) Restrukturierungsforderungen können auch in Anteils- oder Mitgliedschaftsrechte an dem Schuldner umgewandelt werden. Insbesondere kann der Plan	(4) Restrukturierungsforderungen können auch in Anteils- oder Mitgliedschaftsrechte an dem Schuldner umgewandelt werden. <b>Eine Umwandlung gegen</b>

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 6. Ausschusses</b>
eine Kapitalherabsetzung oder -erhöhung, die Leistung von Sacheinlagen, den Ausschluss von Bezugsrechten oder die Zahlung von Abfindungen an ausscheidende an dem Schuldner beteiligte Personen vorsehen. <i>Für Gläubiger, die einer Umwandlung in Anteils- und Mitgliedschaftsrechte widersprechen, ist eine Barabfindung vorzusehen.</i> Der Plan kann vorsehen, dass Anteils- oder Mitgliedschaftsrechte übertragen werden. Im Übrigen kann jede Regelung getroffen werden, die gesellschaftsrechtlich zulässig ist. § 225a Absatz 4 und 5 der Insolvenzordnung ist entsprechend anzuwenden.	<b>den Willen der betroffenen Gläubiger ist ausgeschlossen.</b> Insbesondere kann der Plan eine Kapitalherabsetzung oder -erhöhung, die Leistung von Sacheinlagen, den Ausschluss von Bezugsrechten oder die Zahlung von Abfindungen an ausscheidende an dem Schuldner beteiligte Personen vorsehen. Der Plan kann vorsehen, dass Anteils- oder Mitgliedschaftsrechte übertragen werden. Im Übrigen kann jede Regelung getroffen werden, die gesellschaftsrechtlich zulässig ist. § 225a Absatz 4 und 5 der Insolvenzordnung ist entsprechend anzuwenden.
§ 10	§ 8
<b>Auswahl der Planbetroffenen</b>	<b>Auswahl der Planbetroffenen</b>
Die Auswahl der Planbetroffenen hat nach sachgerechten Kriterien zu erfolgen, die im darstellenden Teil des Plans anzugeben und zu erläutern sind. Die Auswahl ist sachgerecht, wenn	Die Auswahl der Planbetroffenen hat nach sachgerechten Kriterien zu erfolgen, die im darstellenden Teil des Plans anzugeben und zu erläutern sind. Die Auswahl ist sachgerecht, wenn
1. die nicht einbezogenen Forderungen auch in einem Insolvenzverfahren voraussichtlich vollständig erfüllt würden,	1. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
2. die in der Auswahl angelegte Differenzierung nach der Art der zu bewältigenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Schuldners und den Umständen angemessen erscheint, insbesondere, wenn ausschließlich Finanzverbindlichkeiten und die zu deren Sicherung bestellten Sicherheiten gestaltet werden oder die Forderungen von Kleingläubigern, insbesondere Verbrauchern, Klein- und Kleinstunternehmen oder mittleren Unternehmen, unberührt bleiben oder	2. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
3. mit Ausnahme der in § 6 genannten Forderungen sämtliche Forderungen einbezogen werden.	3. mit Ausnahme der in § 4 genannten Forderungen sämtliche Forderungen einbezogen werden.
§ 11	§ 9
<b>Einteilung der Planbetroffenen in Gruppen</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
(1) Bei der Festlegung der Rechte der Planbetroffenen im Restrukturierungsplan sind Gruppen zu bilden, soweit Planbetroffene mit unterschiedlicher Rechtsstellung betroffen sind. Es ist zu unterscheiden zwischen	
1. den Inhabern von Absonderungsansprüchen,	
2. den Inhabern von Forderungen, die im Fall der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens als nicht nachrangige Insolvenzforderungen geltend zu machen	

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 6. Ausschusses</b>
wären, nebst darauf entfallender Zinsen und Säumniszuschläge (einfache Restrukturierungsgläubiger),	
3. den Inhabern von Forderungen, die im Fall der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens nach § 39 Absatz 1 Nummer 4, 5 oder Absatz 2 der Insolvenzordnung als nachrangige Insolvenzforderungen anzumelden wären (nachrangige Restrukturierungsgläubiger), wobei für jede Rangklasse eine Gruppe zu bilden ist, und	
4. den Inhabern von Anteils- oder Mitgliedschaftsrechten.	
Sieht der gestaltende Teil des Restrukturierungsplans Eingriffe in die Rechte von Gläubigern aus gruppeninternen Drittsicherheiten vor, bilden die davon betroffenen Gläubiger eigenständige Gruppen.	
(2) Die Gruppen können nach Maßgabe wirtschaftlicher Interessen in weitere Gruppen unterteilt werden. Sie müssen sachgerecht voneinander abgegrenzt werden. Die Kriterien für die Abgrenzung sind im Plan anzugeben. Kleingläubiger sind im Rahmen der nach Absatz 1 zu bildenden Gruppen zu eigenständigen Gruppen zusammenzufassen.	
§ 12	§ 10
<b>Gleichbehandlung von Planbetroffenen</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
(1) Innerhalb jeder Gruppe sind allen Planbetroffenen gleiche Rechte anzubieten.	
(2) Eine unterschiedliche Behandlung der Planbetroffenen in einer Gruppe ist nur mit Zustimmung aller Planbetroffenen, zu deren Lasten die unterschiedliche Behandlung geht, zulässig. In diesem Fall ist dem Restrukturierungsplan die zustimmende Erklärung eines jeden Planbetroffenen, zu dessen Lasten die unterschiedliche Behandlung geht, beizufügen.	
(3) Jedes Abkommen des Schuldners oder Dritter mit einzelnen Planbetroffenen, durch das diesen für ihr Verhalten bei Abstimmungen oder sonst im Zusammenhang mit dem Restrukturierungsverfahren ein nicht im Plan vorgesehener Vorteil gewährt wird, ist nichtig.	

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 6. Ausschusses</b>
§ 13	§ 11
<b>Haftung des Schuldners</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
<p>Ist im Restrukturierungsplan nichts anderes bestimmt, wird der Schuldner mit der im gestaltenden Teil vorgesehenen Befriedigung der Gläubiger von seinen restlichen Verbindlichkeiten gegenüber diesen aus den in den Plan einbezogenen Restrukturierungsforderungen und Absonderungsansprüchen befreit. Handelt es sich bei dem Schuldner um eine Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit oder eine Kommanditgesellschaft auf Aktien, so gilt Satz 1 entsprechend für die persönliche Haftung der unbeschränkt haftenden Gesellschafter.</p>	
§ 14	§ 12
<b>Neue Finanzierung</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
<p>In den Restrukturierungsplan können Regelungen zur Zusage von Darlehen oder sonstigen Krediten aufgenommen werden, die zur Finanzierung der Restrukturierung auf der Grundlage des Plans erforderlich sind (neue Finanzierung). Als neue Finanzierung gilt auch deren Besicherung.</p>	
§ 15	§ 13
<b>Änderung sachenrechtlicher Verhältnisse</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
<p>Sollen Rechte an Gegenständen begründet, geändert, übertragen oder aufgehoben werden, so können die erforderlichen Willenserklärungen der Beteiligten in den gestaltenden Teil des Restrukturierungsplans aufgenommen werden. Sind im Grundbuch eingetragene Rechte an einem Grundstück oder an eingetragenen Rechten betroffen, so sind diese Rechte unter Beachtung des § 28 der Grundbuchordnung genau zu bezeichnen. Für Rechte, die im Schiffsregister, im Schiffsbauregister oder im Register für Pfandrechte an Luftfahrzeugen eingetragen sind, gilt Satz 2 entsprechend.</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
§ 16	§ 14
<b>Erklärung zur Bestandsfähigkeit; Vermögensübersicht; Ergebnis- und Finanzplan</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
(1) Dem Restrukturierungsplan ist eine begründete Erklärung zu den Aussichten darauf beizufügen, dass die drohende Zahlungsunfähigkeit des Schuldners durch den Plan beseitigt wird und dass die Bestandsfähigkeit des Schuldners sicher- oder wiederhergestellt wird.	
(2) Dem Restrukturierungsplan ist eine Vermögensübersicht beizufügen, in der die Vermögensgegenstände und die Verbindlichkeiten, die sich bei Wirksamwerden des Plans gegenüberstünden, mit ihren Werten aufgeführt sind. Zudem ist aufzuführen, welche Aufwendungen und Erträge für den Zeitraum, während dessen die Gläubiger befriedigt werden sollen, zu erwarten sind und durch welche Abfolge von Einnahmen und Ausgaben die Zahlungsfähigkeit des Unternehmens während dieses Zeitraums gewährleistet werden soll. Dabei sind neben den Restrukturierungsforderungen auch die vom Plan unberührt bleibenden Forderungen sowie die künftig nach dem Plan zu begründenden Forderungen zu berücksichtigen.	
§ 17	§ 15
<b>Weitere beizufügende Erklärungen</b>	<b>Weitere beizufügende Erklärungen</b>
(1) Handelt es sich bei dem Schuldner um eine Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit oder eine Kommanditgesellschaft auf Aktien, so ist dem Restrukturierungsplan eine Erklärung der Personen beizufügen, die nach dem Plan persönlich haftende Gesellschafter des Unternehmens sein sollen, dass sie zur Fortführung des Unternehmens auf der Grundlage des Plans bereit sind.	(1) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
(2) Sollen Gläubiger Anteils- oder Mitgliedschaftsrechte oder Beteiligungen an einer juristischen Person, einem nicht rechtsfähigen Verein oder einer Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit übernehmen, so ist dem Restrukturierungsplan die Zustimmungserklärung eines jeden dieser Gläubiger beizufügen.	(2) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
(3) Hat ein Dritter für den Fall der Bestätigung des Restrukturierungsplans Verpflichtungen gegenüber den Gläubigern übernommen, so ist dem Plan die Erklärung des Dritten beizufügen.	(3) <b>u n v e r ä n d e r t</b>

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
(4) Sieht der Restrukturierungsplan Eingriffe in die Rechte von Gläubigern aus gruppeninternen Drittsicherheiten vor, so ist dem Plan die Zustimmung des <i>Tochterunternehmens</i> beizufügen, das die Sicherheit gestellt hat.	(4) Sieht der Restrukturierungsplan Eingriffe in die Rechte von Gläubigern aus gruppeninternen Drittsicherheiten vor, so ist dem Plan die Zustimmung des <b>verbundenen Unternehmens</b> beizufügen, das die Sicherheit gestellt hat.
§ 18	§ 16
<b>Checkliste für Restrukturierungspläne</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz macht eine Checkliste für Restrukturierungspläne bekannt, welche an die Bedürfnisse von kleinen und mittleren Unternehmen angepasst ist. Die Checkliste wird auf der Internetseite <a href="http://www.bmjv.bund.de">www.bmjv.bund.de</a> veröffentlicht.	
A b s c h n i t t 3	A b s c h n i t t 3
P l a n a b s t i m m u n g	P l a n a b s t i m m u n g
Unterabschnitt 1	Unterabschnitt 1
Planangebot und Planannahme	Planangebot und Planannahme
§ 19	§ 17
<b>Planangebot</b>	<b>Planangebot</b>
(1) Das an die Planbetroffenen gerichtete Angebot des Schuldners, den Restrukturierungsplan anzunehmen (Planangebot), hat den deutlichen Hinweis darauf zu enthalten, dass der Plan im Fall seiner mehrheitlichen Annahme und gerichtlichen Bestätigung auch gegenüber Planbetroffenen wirksam wird, die das Angebot nicht annehmen. Dem Planangebot ist der vollständige Restrukturierungsplan nebst Anlagen beizufügen.	(1) Das an die Planbetroffenen gerichtete Angebot des Schuldners, den Restrukturierungsplan anzunehmen (Planangebot), hat den deutlichen Hinweis darauf zu enthalten, dass der Plan im Fall seiner mehrheitlichen Annahme und gerichtlichen Bestätigung auch gegenüber Planbetroffenen wirksam wird, die das Angebot nicht annehmen. Dem Planangebot ist der vollständige Restrukturierungsplan nebst Anlagen <b>so wie eine Darstellung der bereits angefallenen und der noch zu erwartenden Kosten des Restrukturierungsverfahrens einschließlich der Vergütung des Restrukturierungsbeauftragten</b> beizufügen.
(2) Aus dem Planangebot muss hervorgehen, mit welchen Forderungen oder Rechten der jeweilige Planbetroffene in den Restrukturierungsplan einbezogen ist, welchen Gruppen der Planbetroffene zugeordnet ist und welche Stimmrechte die ihm zustehenden Forderungen und Rechte gewähren.	(2) <b>u n v e r ä n d e r t</b>

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 6. Ausschusses</b>
(3) Hat der Schuldner vor Abgabe des Planangebots nicht allen Planbetroffenen Gelegenheit zur gemeinschaftlichen Erörterung des Plans oder des Restrukturierungskonzepts gegeben, das durch den Plan umgesetzt werden soll, hat das Planangebot den Hinweis darauf zu enthalten, dass auf Verlangen eines Planbetroffenen oder mehrerer Planbetroffener eine Versammlung der Planbetroffenen zwecks Erörterung des Plans abgehalten wird.	(3) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
(4) Sofern im Verhältnis zu einzelnen Planbetroffenen nichts anderes vereinbart ist, unterliegt das Planangebot der Schriftform. Bestimmt der Schuldner im Planangebot keine andere Form, unterliegt auch die Planannahme der Schriftform.	(4) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
§ 20	§ 18
<b>Auslegung des Planangebots</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
Im Zweifel ist anzunehmen, dass das Planangebot unter der Bedingung steht, dass sämtliche Planbetroffene zustimmen oder dass der Plan gerichtlich bestätigt wird.	
§ 21	§ 19
<b>Annahmefrist</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
Für die Annahme des Restrukturierungsplans setzt der Schuldner eine Frist. Die Frist beträgt mindestens 14 Tage. Sie kann kürzer sein, wenn dem Plan ein Restrukturierungskonzept zugrunde liegt, das allen Planbetroffenen seit mindestens 14 Tagen in Textform zugänglich gemacht ist.	
§ 22	§ 20
<b>Abstimmung im Rahmen einer Versammlung der Planbetroffenen</b>	<b>Abstimmung im Rahmen einer Versammlung der Planbetroffenen</b>
(1) Der Schuldner kann den Restrukturierungsplan im Rahmen einer Versammlung der Planbetroffenen zur Abstimmung stellen. Die Einberufung erfolgt schriftlich. Die Einberufungsfrist beträgt 14 Tage. Räumt der Schuldner die Möglichkeit einer elektronischen Teilnahme ein, beträgt die Frist sieben Tage. Der Einberufung ist der vollständige Restrukturierungsplan nebst Anlagen beizufügen.	(1) <b>u n v e r ä n d e r t</b>

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 6. Ausschusses</b>
<p>(2) Das Planangebot kann vorsehen, dass Planbetroffene auch ohne Anwesenheit an dem Versammlungsort teilnehmen und sämtliche oder einzelne ihrer Rechte ganz oder teilweise im Wege elektronischer Kommunikation ausüben können (elektronische Teilnahme).</p>	<p>(2) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>(3) Den Vorsitz der Versammlung führt der Schuldner. Er hat jedem Planbetroffenen auf Verlangen Auskunft über den Restrukturierungsplan und die für die sachgemäße Beurteilung des Plans relevanten Verhältnisse sowie im Fall des § 4 Absatz 4 Satz 1 jeder betroffenen Tochtergesellschaft zu erteilen. Planbetroffene haben das Recht, Vorschläge zur Abänderung des Plans zu unterbreiten. Die Vorschläge sind dem Schuldner mindestens einen Tag vor dem Beginn der Versammlung in Textform zugänglich zu machen.</p>	<p>(3) Den Vorsitz der Versammlung führt der Schuldner. Er hat jedem Planbetroffenen auf Verlangen Auskunft über den Restrukturierungsplan und die für die sachgemäße Beurteilung des Plans relevanten Verhältnisse sowie im Fall des § 2 Absatz 4 Satz 1 jeder betroffenen Tochtergesellschaft zu erteilen. Planbetroffene haben das Recht, Vorschläge zur Abänderung des Plans zu unterbreiten. Die Vorschläge sind dem Schuldner mindestens einen Tag vor dem Beginn der Versammlung in Textform zugänglich zu machen.</p>
<p>(4) In der Versammlung kann auch dann über den Plan abgestimmt werden, wenn dieser aufgrund der Erörterungen in der Versammlung inhaltlich in einzelnen Punkten abgeändert wird.</p>	<p>(4) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>(5) Jede Gruppe der Planbetroffenen stimmt gesondert ab. Im Übrigen legt der Schuldner die Modalitäten der Abstimmung fest. Üben Planbetroffene ihr Stimmrecht elektronisch aus, ist diesen der Zugang der elektronisch abgegebenen Stimme elektronisch zu bestätigen. Die Stimmabgabe ist auch ohne Teilnahme an der Versammlung bis zum Ende der Abstimmung möglich.</p>	<p>(5) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p style="text-align: center;">§ 23</p>	<p style="text-align: center;">§ 21</p>
<p style="text-align: center;"><b>Erörterung des Restrukturierungsplans</b></p>	<p style="text-align: center;"><b>Erörterung des Restrukturierungsplans</b></p>
<p>(1) Findet eine Abstimmung im Rahmen einer Versammlung der Planbetroffenen nicht statt, ist unter den Voraussetzungen des § 19 Absatz 3 auf Verlangen eines Planbetroffenen eine Versammlung der Planbetroffenen zur Erörterung des Plans abzuhalten.</p>	<p>(1) Findet eine Abstimmung im Rahmen einer Versammlung der Planbetroffenen nicht statt, ist unter den Voraussetzungen des § 17 Absatz 3 auf Verlangen eines Planbetroffenen eine Versammlung der Planbetroffenen zur Erörterung des Plans abzuhalten.</p>
<p>(2) Die Einberufung erfolgt schriftlich. Die Frist zur Einberufung beträgt mindestens 14 Tage. Räumt der Schuldner die Möglichkeit einer elektronischen Teilnahme ein, beträgt die Frist sieben Tage.</p>	<p>(2) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>(3) § 22 Absatz 3 gilt entsprechend.</p>	<p>(3) § 20 Absatz 3 gilt entsprechend.</p>
<p>(4) Findet die Versammlung nach Ablauf einer zur Planannahme gesetzten Frist statt, verlängert sich diese bis zum Ablauf des Tags der Versammlung oder bis zu dem Termin, den der Schuldner bis zum Ende</p>	<p>(4) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 6. Ausschusses</b>
der Versammlung bestimmt. Hatte sich ein Planbetroffener bereits zum Planangebot erklärt, entfällt die Bindung an diese Erklärung, wenn er sich binnen der verlängerten Frist erneut erklärt.	
§ 24	§ 22
<b>Dokumentation der Abstimmung</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
(1) Der Schuldner dokumentiert den Ablauf des Plananahmeverfahrens und hält das Ergebnis der Abstimmung nach Ablauf der Annahmefrist oder nach Durchführung der Abstimmung unverzüglich schriftlich fest. Ist die Auswahl der Planbetroffenen, deren Einteilung in Gruppen oder die Zuweisung von Stimmrechten streitig geworden, ist dies in der Dokumentation zu vermerken.	
(2) Die Dokumentation ist den Planbetroffenen unverzüglich zugänglich zu machen.	
§ 25	§ 23
<b>Gerichtliches Planabstimmungsverfahren</b>	<b>Gerichtliches Planabstimmungsverfahren</b>
Der Schuldner kann den Restrukturierungsplan in einem gerichtlichen Verfahren zur Abstimmung stellen, welches nach den §§ 47 und 48 durchzuführen ist; die §§ 19 bis 24 finden in diesem Fall keine Anwendung.	Der Schuldner kann den Restrukturierungsplan in einem gerichtlichen Verfahren zur Abstimmung stellen, welches nach den §§ 45 und 46 durchzuführen ist; die §§ 17 bis 22 finden in diesem Fall keine Anwendung.
Unterabschnitt 2	Unterabschnitt 2
Stimmrecht und erforderliche Mehrheiten	Stimmrecht und erforderliche Mehrheiten
§ 26	§ 24
<b>Stimmrecht</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
(1) Das Stimmrecht richtet sich	
1. bei Restrukturierungsförderungen nach deren Betrag, soweit sich aus Absatz 2 nichts anders ergibt,	
2. bei Absonderungsanwartschaften und gruppeninternen Drittsicherheiten nach deren Wert und	
3. bei Anteils- oder Mitgliedschaftsrechten nach dem Anteil am gezeichneten Kapital oder Vermö-	

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 6. Ausschusses</b>
gen des Schuldners; Stimmrechtsbeschränkungen, Sonder- oder Mehrstimmrechte bleiben außer Betracht.	
(2) Für Zwecke der Bestimmung des Stimmrechts, das Restrukturierungsforderungen gewähren, werden angesetzt:	
1. bedingte Forderungen mit dem ihnen unter Berücksichtigung der Wahrscheinlichkeit des Bedingungseintritts zukommenden Wert;	
2. unverzinsliche Forderungen mit dem Betrag, der sich in Anwendung des § 41 Absatz 2 der Insolvenzordnung durch Abzinsung auf den Tag der Planvorlage ergibt;	
3. Forderungen, die auf Geldbeträge unbestimmter Höhe gerichtet oder in ausländischer Währung oder einer Rechnungseinheit ausgedrückt sind, mit dem nach § 45 der Insolvenzordnung zu bestimmenden Wert;	
4. auf wiederkehrende Leistungen gerichtete Forderungen mit dem nach Maßgabe des § 46 der Insolvenzordnung bestimmten Wert.	
(3) Durch Absonderungsanwartschaften oder gruppeninterne Drittsicherheiten gesicherte Forderungen vermitteln in einer Gruppe von Restrukturierungsgläubigern nur insoweit ein Stimmrecht, wie der Schuldner für die gesicherten Forderungen auch persönlich haftet und der Inhaber der Absonderungsanwartschaft auf diese verzichtet oder mit einer abgesonderten Befriedigung ausfallen würde. Solange der Ausfall nicht feststeht, ist die Forderung mit dem mutmaßlichen Ausfall zu berücksichtigen.	
(4) Ist das auf eine Forderung oder ein Recht entfallende Stimmrecht streitig, kann der Schuldner der Abstimmung das Stimmrecht zugrunde legen, das er den Planbetroffenen zugewiesen hat. In der Dokumentation der Abstimmung vermerkt er, dass, inwieweit und aus welchem Grund das Stimmrecht streitig ist.	
§ 27	§ 25
<b>Erforderliche Mehrheiten</b>	<b>unverändert</b>
(1) Zur Annahme des Restrukturierungsplans ist erforderlich, dass in jeder Gruppe auf die dem Plan zustimmenden Gruppenmitglieder mindestens drei Viertel der Stimmrechte in dieser Gruppe entfallen.	

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 6. Ausschusses</b>
(2) Planbetroffene, denen eine Forderung oder ein Recht gemeinschaftlich zusteht, werden bei der Abstimmung als ein Planbetroffener behandelt. Entsprechendes gilt, wenn an einem Recht ein Pfandrecht oder ein Nießbrauch besteht.	
§ 28	§ 26
<b>Gruppenübergreifende Mehrheitsentscheidung</b>	<b>Gruppenübergreifende Mehrheitsentscheidung</b>
(1) Wird in einer Gruppe die nach § 27 erforderliche Mehrheit nicht erreicht, gilt die Zustimmung dieser Gruppe als erteilt, wenn	(1) Wird in einer Gruppe die nach § 25 erforderliche Mehrheit nicht erreicht, gilt die Zustimmung dieser Gruppe als erteilt, wenn
1. die Mitglieder dieser Gruppe durch den Restrukturierungsplan voraussichtlich nicht schlechter gestellt werden als sie ohne einen Plan stünden,	1. u n v e r ä n d e r t
2. die Mitglieder dieser Gruppe angemessen an dem wirtschaftlichen Wert beteiligt werden, der auf der Grundlage des Plans den Planbetroffenen zufließen soll (Planwert), und	2. u n v e r ä n d e r t
3. die Mehrheit der abstimmenden Gruppen dem Plan mit den erforderlichen Mehrheiten zugestimmt hat; wurden lediglich zwei Gruppen gebildet, genügt die Zustimmung der anderen Gruppe; die zustimmenden Gruppen dürfen nicht ausschließlich durch Anteilsinhaber oder nachrangige Restrukturierungsgläubiger gebildet sein.	3. u n v e r ä n d e r t
(2) Wird die nach § 27 erforderliche Mehrheit in einer Gruppe nicht erreicht, die nach § 11 Absatz 1 Satz 3 zu bilden ist, so gelten Absatz 1, § 29 Absatz 1 und § 30 für diese Gruppe nur, wenn die vorgesehene Entschädigung die Inhaber der Rechte aus der gruppeninternen Drittsicherheit für den zu erleidenden Rechtsverlust oder den Verlust der Haftung des persönlich haftenden Gesellschafters angemessen entschädigt.	(2) Wird die nach § 25 erforderliche Mehrheit in einer Gruppe nicht erreicht, die nach § 9 Absatz 1 Satz 3 zu bilden ist, so gelten Absatz 1, § 27 Absatz 1 und § 28 für diese Gruppe nur, wenn die vorgesehene Entschädigung die Inhaber der Rechte aus der gruppeninternen Drittsicherheit für den zu erleidenden Rechtsverlust oder den Verlust der Haftung des persönlich haftenden Gesellschafters angemessen entschädigt.
§ 29	§ 27
<b>Absolute Priorität</b>	<b>Absolute Priorität</b>
(1) Eine Gruppe von Gläubigern ist angemessen am Planwert beteiligt, wenn	(1) u n v e r ä n d e r t
1. kein anderer planbetroffener Gläubiger wirtschaftliche Werte erhält, die den vollen Betrag seines Anspruchs übersteigen,	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
2. weder ein planbetroffener Gläubiger, der ohne einen Plan in einem Insolvenzverfahren mit Nachrang gegenüber den Gläubigern der Gruppe zu befriedigen wäre, noch der Schuldner oder eine an dem Schuldner beteiligte Person einen nicht durch Leistung in das Vermögen des Schuldners vollständig ausgeglichenen wirtschaftlichen Wert erhält und	
3. kein planbetroffener Gläubiger, der in einem Insolvenzverfahren gleichrangig mit den Gläubigern der Gruppe zu befriedigen wäre, bessergestellt wird als diese Gläubiger.	
(2) Für eine Gruppe der an dem Schuldner beteiligten Personen liegt eine angemessene Beteiligung am Planwert vor, wenn nach dem Plan	(2) Für eine Gruppe der an dem Schuldner beteiligten Personen liegt eine angemessene Beteiligung am Planwert vor, wenn nach dem Plan
1. kein planbetroffener Gläubiger wirtschaftliche Werte erhält, die den vollen Betrag seines Anspruchs übersteigen, und	1. u n v e r ä n d e r t
2. vorbehaltlich des § 30 Absatz 2 Nummer 1 keine an dem Schuldner beteiligte Person, die ohne Plan den Mitgliedern der Gruppe gleichgestellt wäre, einen wirtschaftlichen Wert behält.	2. vorbehaltlich des § 28 Absatz 2 Nummer 1 keine an dem Schuldner beteiligte Person, die ohne Plan den Mitgliedern der Gruppe gleichgestellt wäre, einen wirtschaftlichen Wert behält.
§ 30	§ 28
<b>Durchbrechung der absoluten Priorität</b>	<b>Durchbrechung der absoluten Priorität</b>
(1) Der angemessenen Beteiligung einer Gruppe von planbetroffenen Gläubigern am Planwert steht es nicht entgegen, wenn eine von § 29 Absatz 1 Nummer 3 abweichende Regelung nach der Art der zu bewältigenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten und nach den Umständen sachgerecht ist.	(1) Der angemessenen Beteiligung einer Gruppe von planbetroffenen Gläubigern am Planwert steht es nicht entgegen, wenn eine von § 27 Absatz 1 Nummer 3 abweichende Regelung nach der Art der zu bewältigenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten und nach den Umständen sachgerecht ist. <b>Eine von § 27 Absatz 1 Nummer 3 abweichende Regelung ist nicht sachgerecht, wenn auf die überstimmte Gruppe mehr als die Hälfte der Stimmrechte der Gläubiger der betroffenen Rangklasse entfällt.</b>
(2) Einer angemessenen Beteiligung einer Gruppe von planbetroffenen Gläubigern am Planwert steht es nicht entgegen, wenn der Schuldner oder eine an dem Schuldner beteiligte Person entgegen § 29 Absatz 1 Nummer 2 am Unternehmensvermögen beteiligt bleibt, sofern	(2) Einer angemessenen Beteiligung einer Gruppe von planbetroffenen Gläubigern am Planwert steht es nicht entgegen, wenn der Schuldner oder eine an dem Schuldner beteiligte Person entgegen § 27 Absatz 1 Nummer 2 am Unternehmensvermögen beteiligt bleibt, sofern
1. die Mitwirkung des Schuldners oder der an dem Schuldner beteiligten Person an der Fortführung des Unternehmens infolge besonderer, in seiner Person liegender Umstände unerlässlich ist, um den Planwert zu verwirklichen, und sich der	1. die Mitwirkung des Schuldners oder der an dem Schuldner beteiligten Person an der Fortführung des Unternehmens infolge besonderer, in seiner Person liegender Umstände unerlässlich ist, um den Planwert zu verwirklichen, und sich der

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
Schuldner oder die an dem Schuldner beteiligte Person im Plan zu der erforderlichen Mitwirkung sowie zur Übertragung der wirtschaftlichen Werte für den Fall verpflichtet, dass seine Mitwirkung aus von ihm zu vertretenden Gründen vor dem Ablauf von fünf Jahren endet oder	Schuldner oder die an dem Schuldner beteiligte Person im Plan zu der erforderlichen Mitwirkung sowie zur Übertragung der wirtschaftlichen Werte für den Fall verpflichtet, dass seine Mitwirkung aus von ihm zu vertretenden Gründen vor dem Ablauf von fünf Jahren <b>oder einer kürzeren, für den Planvollzug vorgesehenen Frist</b> endet oder
2. die Eingriffe in die Rechte der Gläubiger geringfügig sind, insbesondere, weil die Rechte nicht gekürzt werden und deren Fälligkeiten um nicht mehr als 18 Monate verschoben werden.	2. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
Kapitel 2	Kapitel 2
<i>Restrukturierungs- und Stabilisierungsinstrumente</i>	<b>Stabilisierungs- und Restrukturierungsinstrumente</b>
A b s c h n i t t 1	A b s c h n i t t 1
A l l g e m e i n e B e s t i m m u n g e n	A l l g e m e i n e B e s t i m m u n g e n
Unterabschnitt 1	Unterabschnitt 1
Instrumente des Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmens; Verfahren	Instrumente des Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmens; Verfahren
§ 31	§ 29
<b>Instrumente des Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmens</b>	<b>Instrumente des Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmens</b>
(1) Zur nachhaltigen Beseitigung einer drohenden Zahlungsunfähigkeit im Sinne des § 18 Absatz 2 der Insolvenzordnung können die in Absatz 2 genannten Verfahrenshilfen des Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmens (Instrumente) in Anspruch genommen werden.	(1) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
(2) Instrumente des Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmens im Sinne des Absatzes 1 sind:	(2) Instrumente des Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmens im Sinne des Absatzes 1 sind:
1. die Durchführung eines gerichtlichen Planabstimmungsverfahrens (gerichtliche Planabstimmung),	1. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
2. die gerichtliche Vorprüfung von Fragen, die für die Bestätigung des Restrukturierungsplans erheblich sind (Vorprüfung),	2. <b>u n v e r ä n d e r t</b>

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 6. Ausschusses</b>
3. <i>die gerichtliche Beendigung von gegenseitigen, noch nicht beiderseitig vollständig erfüllten Verträgen (Vertragsbeendigung),</i>	<b>3. entfällt</b>
4. die gerichtliche Anordnung von Regelungen zur Einschränkung von Maßnahmen der individuellen Rechtsdurchsetzung (Stabilisierung) und	<b>3. un verändert</b>
5. die gerichtliche Bestätigung eines Restrukturierungsplans (Planbestätigung).	<b>4. un verändert</b>
(3) Soweit sich aus den Bestimmungen dieses Gesetzes nichts Abweichendes ergibt, kann der Schuldner die Instrumente des Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmens unabhängig voneinander in Anspruch nehmen.	<b>(3) un verändert</b>
§ 32	§ 30
<b>Restrukturierungsfähigkeit</b>	<b>un verändert</b>
(1) Die Instrumente des Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmens können vorbehaltlich des Absatzes 2 von jedem insolvenzfähigen Schuldner in Anspruch genommen werden. Für natürliche Personen gilt dies nur, soweit sie unternehmerisch tätig sind.	
(2) Die Bestimmungen dieses Kapitels sind auf Unternehmen der Finanzbranche im Sinne des § 1 Absatz 19 des Kreditwesengesetzes nicht anzuwenden.	
§ 33	§ 31
<b>Anzeige des Restrukturierungsvorhabens</b>	<b>Anzeige des Restrukturierungsvorhabens</b>
(1) Voraussetzung für die Inanspruchnahme der Instrumente des Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmens ist die Anzeige des Restrukturierungsvorhabens bei dem zuständigen Restrukturierungsgericht.	<b>(1) un verändert</b>
(2) Der Anzeige sind beizufügen:	<b>(2) Der Anzeige sind beizufügen:</b>
1. der Entwurf eines Restrukturierungsplans oder, sofern ein solcher nach dem Stand des angezeigten Vorhabens noch nicht ausgearbeitet und ausgehandelt werden konnte, ein Konzept für die Restrukturierung, welches auf Grundlage einer Darstellung von Art, Ausmaß und Ursachen der Krise das Ziel der Restrukturierung (Restrukturierungsziel) sowie die Maßnahmen beschreibt, welche zur Erreichung des Restrukturierungsziels in Aussicht genommen werden,	<b>1. un verändert</b>

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
2. eine Darstellung des Stands von Verhandlungen mit Gläubigern, an dem Schuldner beteiligten Personen und Dritten zu den in Aussicht genommenen Maßnahmen und	2. un v e r ä n d e r t
3. eine Darstellung der Vorkehrungen, welche der Schuldner getroffen hat, um seine Fähigkeit sicherzustellen, seine Pflichten nach diesem Gesetz zu erfüllen.	3. un v e r ä n d e r t
Der Schuldner hat bei der Anzeige zudem anzugeben, ob die Rechte von Verbrauchern oder von mittleren, kleinen oder Kleinstunternehmen berührt werden sollen, insbesondere, weil deren Forderungen oder Absonderungsanswartschaften durch einen Restrukturierungsplan gestaltet oder die Durchsetzung dieser Forderungen durch eine Stabilisierungsanordnung vorübergehend gesperrt werden sollen. Anzugeben ist auch, ob damit zu rechnen ist, dass das Restrukturierungsziel nur gegen den Widerstand einer nach Maßgabe des § 11 zu bildenden Gruppe durchgesetzt werden kann. Des Weiteren sind frühere Restrukturierungssachen unter Angabe des befassten Gerichts und Aktenzeichens anzugeben.	Der Schuldner hat bei der Anzeige zudem anzugeben, ob die Rechte von Verbrauchern oder von mittleren, kleinen oder Kleinstunternehmen berührt werden sollen, insbesondere, weil deren Forderungen oder Absonderungsanswartschaften durch einen Restrukturierungsplan gestaltet oder die Durchsetzung dieser Forderungen durch eine Stabilisierungsanordnung vorübergehend gesperrt werden sollen. Anzugeben ist auch, ob damit zu rechnen ist, dass das Restrukturierungsziel nur gegen den Widerstand einer nach Maßgabe des § 9 zu bildenden Gruppe durchgesetzt werden kann. Des Weiteren sind frühere Restrukturierungssachen unter Angabe des befassten Gerichts und Aktenzeichens anzugeben.
(3) Mit der Anzeige wird die Restrukturierungssache rechtshängig.	(3) un v e r ä n d e r t
(4) Die Anzeige verliert ihre Wirkung, wenn	(4) Die Anzeige verliert ihre Wirkung, wenn
1. der Schuldner die Anzeige zurücknimmt,	1. un v e r ä n d e r t
2. die Entscheidung über die Planbestätigung rechtskräftig wird,	2. un v e r ä n d e r t
3. das Gericht die Restrukturierungssache nach § 35 aufhebt oder	3. das Gericht die Restrukturierungssache nach § 33 aufhebt oder
4. seit der Anzeige sechs Monate oder, sofern der Schuldner die Anzeige zuvor erneuert hat, zwölf Monate vergangen sind.	4. un v e r ä n d e r t
§ 34	§ 32
<b>Pflichten des Schuldners</b>	<b>Pflichten des Schuldners</b>
(1) Der Schuldner betreibt die Restrukturierungssache mit der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Sanierungsgeschäftsführers und wahrt dabei die Interessen der Gesamtheit der Gläubiger. Insbesondere unterlässt er Maßnahmen, welche sich mit dem Restrukturierungsziel nicht vereinbaren lassen oder welche die Erfolgsaussichten der in Aussicht genommenen Restrukturierung gefährden. Mit dem Restrukturierungsziel ist es in der Regel nicht vereinbar,	(1) un v e r ä n d e r t

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 6. Ausschusses</b>
Forderungen zu begleichen oder zu besichern, die durch den Restrukturierungsplan gestaltet werden sollen.	
(2) Der Schuldner teilt dem Gericht jede wesentliche Änderung mit, welche den Gegenstand des angezeigten Restrukturierungsvorhabens und die Darstellung des Verhandlungsstands betrifft. Hat der Schuldner eine Stabilisierungsanordnung nach § 56 erwirkt, teilt er auch unverzüglich wesentliche Änderungen mit, welche die Restrukturierungsplanung betreffen. Ist ein Restrukturierungsbeauftragter bestellt, bestehen die Pflichten nach den Sätzen 1 und 2 auch gegenüber dem Restrukturierungsbeauftragten.	(2) Der Schuldner teilt dem Gericht jede wesentliche Änderung mit, welche den Gegenstand des angezeigten Restrukturierungsvorhabens und die Darstellung des Verhandlungsstands betrifft. Hat der Schuldner eine Stabilisierungsanordnung nach § 49 erwirkt, teilt er auch unverzüglich wesentliche Änderungen mit, welche die Restrukturierungsplanung betreffen. Ist ein Restrukturierungsbeauftragter bestellt, bestehen die Pflichten nach den Sätzen 1 und 2 auch gegenüber dem Restrukturierungsbeauftragten.
(3) Während der Rechtshängigkeit der Restrukturierungssache ist der Schuldner verpflichtet, dem Restrukturierungsgericht den Eintritt einer Zahlungsunfähigkeit im Sinne des § 17 Absatz 2 der Insolvenzordnung unverzüglich anzuzeigen. Handelt es sich bei dem Schuldner um eine juristische Person oder um eine Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit, für deren Verbindlichkeiten keine natürliche Person als unmittelbarer oder mittelbarer Gesellschafter haftet, steht der Zahlungsunfähigkeit eine Überschuldung im Sinne des § 19 Absatz 2 der Insolvenzordnung gleich.	(3) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
(4) Der Schuldner ist verpflichtet, dem Gericht unverzüglich anzuzeigen, wenn das Restrukturierungsvorhaben keine Aussicht auf Umsetzung hat, insbesondere, wenn infolge der erkennbar gewordenen ernsthaften und endgültigen Ablehnung des vorgelegten Restrukturierungsplans durch Planbetroffene nicht davon ausgegangen werden kann, dass die für eine Plananahme erforderlichen Mehrheiten erreicht werden können.	(4) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
§ 35	§ 33
<b>Aufhebung der Restrukturierungssache</b>	<b>Aufhebung der Restrukturierungssache</b>
(1) Das Restrukturierungsgericht hebt die Restrukturierungssache von Amts wegen auf, wenn	(1) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
1. der Schuldner einen Insolvenzantrag stellt oder über das Vermögen des Schuldners ein Insolvenzverfahren eröffnet ist,	
2. das Restrukturierungsgericht für die Restrukturierungssache unzuständig ist und der Schuldner innerhalb einer vom Restrukturierungsgericht gesetzten Frist keinen Verweisungsantrag gestellt oder die Anzeige zurückgenommen hat oder	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
3. der Schuldner in schwerwiegender Weise gegen seine Pflichten zur Mitwirkung und Auskunftserteilung gegenüber dem Gericht oder einem Restrukturierungsbeauftragten verstößt.	
(2) Das Gericht hebt die Restrukturierungssache ferner auf, wenn	(2) Das Gericht hebt die Restrukturierungssache ferner auf, wenn
1. der Schuldner seine Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung nach § 34 Absatz 3 angezeigt hat oder andere Umstände bekannt sind, aus denen sich ergibt, dass der Schuldner insolvenzreif ist; von einer Aufhebung der Restrukturierungssache kann abgesehen werden, wenn die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens mit Blick auf den erreichten Stand in der Restrukturierungssache offensichtlich nicht im Interesse der Gesamtheit der Gläubiger liegen würde; von einer Aufhebung kann auch abgesehen werden, wenn die Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung aus der Kündigung oder sonstigen Fälligestellung einer Forderung resultiert, die nach dem angezeigten Restrukturierungskonzept einer Gestaltung durch den Plan unterworfen werden soll, sofern die Erreichung des Restrukturierungsziels überwiegend wahrscheinlich ist,	1. der Schuldner seine Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung nach § 32 Absatz 3 angezeigt hat oder andere Umstände bekannt sind, aus denen sich ergibt, dass der Schuldner insolvenzreif ist; von einer Aufhebung der Restrukturierungssache kann abgesehen werden, wenn die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens mit Blick auf den erreichten Stand in der Restrukturierungssache offensichtlich nicht im Interesse der Gesamtheit der Gläubiger liegen würde; von einer Aufhebung kann auch abgesehen werden, wenn die Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung aus der Kündigung oder sonstigen Fälligestellung einer Forderung resultiert, die nach dem angezeigten Restrukturierungskonzept einer Gestaltung durch den Plan unterworfen werden soll, sofern die Erreichung des Restrukturierungsziels überwiegend wahrscheinlich ist,
2. sich aufgrund einer Anzeige nach § 34 Absatz 4 oder aus sonstigen Umständen ergibt, dass das angezeigte Restrukturierungsvorhaben keine Aussicht auf Umsetzung hat,	2. sich aufgrund einer Anzeige nach § 32 Absatz 4 oder aus sonstigen Umständen ergibt, dass das angezeigte Restrukturierungsvorhaben keine Aussicht auf Umsetzung hat,
3. ihm Umstände bekannt sind, aus denen sich ergibt, dass der Schuldner in schwerwiegender Weise gegen die ihm nach § 34 obliegenden Pflichten verstoßen hat, oder	3. ihm Umstände bekannt sind, aus denen sich ergibt, dass der Schuldner in schwerwiegender Weise gegen die ihm nach § 32 obliegenden Pflichten verstoßen hat, oder
4. in einer früheren Restrukturierungssache	4. u n v e r ä n d e r t
a) der Schuldner eine Stabilisierungsanordnung oder eine Planbestätigung erwirkt hat oder	a) u n v e r ä n d e r t
b) eine Aufhebung nach Nummer 3 oder nach Absatz 1 Nummer 3 erfolgt ist.	b) u n v e r ä n d e r t
Satz 1 Nummer 4 ist nicht anwendbar, wenn der Anlass für die frühere Restrukturierungssache infolge einer nachhaltigen Sanierung bewältigt wurde. Sind seit dem Ende des Anordnungszeitraums oder der Entscheidung über den Antrag auf Planbestätigung in der früheren Restrukturierungssache weniger als drei Jahre vergangen, ist im Zweifel anzunehmen, dass eine nachhaltige Sanierung nicht erfolgt ist. Der Inanspruchnahme von Instrumenten des Restrukturierungsrahmens steht ein	u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
in Eigenverwaltung geführtes Insolvenzverfahren gleich.	
(3) Eine Aufhebung der Restrukturierungssache unterbleibt, solange das Gericht von einer Aufhebung einer Stabilisierungsanordnung gemäß § 66 Absatz 3 abgesehen hat.	(3) Eine Aufhebung der Restrukturierungssache unterbleibt, solange das Gericht von einer Aufhebung einer Stabilisierungsanordnung gemäß § 59 Absatz 3 abgesehen hat.
(4) Gegen die Aufhebung der Restrukturierungssache nach den Absätzen 1 bis 3 steht dem Schuldner die sofortige Beschwerde zu.	(4) u n v e r ä n d e r t
§ 36	§ 34
<b>Restrukturierungsgericht; Verordnungsermächtigung</b>	<b>Restrukturierungsgericht; Verordnungsermächtigung</b>
(1) Für Entscheidungen in Restrukturierungssachen ist das Amtsgericht, in dessen Bezirk ein Oberlandesgericht seinen Sitz hat, als Restrukturierungsgericht für den Bezirk des Oberlandesgerichts ausschließlich zuständig. Ist dieses Amtsgericht nicht für Regelinsolvenz-sachen zuständig, so ist das Amtsgericht zuständig, das für Regelinsolvenz-sachen am Sitz des Oberlandesgerichts zuständig ist.	(1) u n v e r ä n d e r t
(2) Die Landesregierungen werden ermächtigt, zur sachdienlichen Förderung oder schnelleren Erledigung von Restrukturierungssachen durch Rechtsverordnung	(2) Die Landesregierungen werden ermächtigt, zur sachdienlichen Förderung oder schnelleren Erledigung von Restrukturierungssachen durch Rechtsverordnung
1. innerhalb eines Bezirks die Zuständigkeit eines anderen, für <i>Insolvenz-sachen</i> zuständigen Amtsgerichts zu bestimmen oder	1. innerhalb eines Bezirks die Zuständigkeit eines anderen, für <b>Regelinsolvenz-sachen</b> zuständigen Amtsgerichts zu bestimmen oder
2. die Zuständigkeit eines Restrukturierungsgerichts innerhalb eines Landes zusätzlich auf den Bezirk eines oder mehrerer weiterer Oberlandesgerichte zu erstrecken.	2. u n v e r ä n d e r t
Die Landesregierungen können die Ermächtigung durch Rechtsverordnung auf die Landesjustizverwaltungen übertragen.	Die Landesregierungen können die Ermächtigung durch Rechtsverordnung auf die Landesjustizverwaltungen übertragen. <b>Mehrere Länder können die Errichtung gemeinsamer Abteilungen eines Amtsgerichts für Restrukturierungssachen oder die Ausdehnung von Gerichtsbezirken für Restrukturierungssachen über die Landesgrenzen hinaus vereinbaren.</b>

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
§ 37	§ 35
<b>Örtliche Zuständigkeit</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
<p>Örtlich zuständig ist ausschließlich das Restrukturierungsgericht, in dessen Bezirk der Schuldner seinen allgemeinen Gerichtsstand hat. Liegt der Mittelpunkt einer wirtschaftlichen Tätigkeit des Schuldners an einem anderen Ort, so ist ausschließlich das Restrukturierungsgericht zuständig, in dessen Bezirk dieser Ort liegt.</p>	
§ 38	§ 36
<b>Einheitliche Zuständigkeit</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
<p>Für alle Entscheidungen und Maßnahmen in der Restrukturierungssache ist die Abteilung zuständig, die für die erste Entscheidung zuständig war.</p>	
§ 39	§ 37
<b>Gruppen-Gerichtsstand</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
<p>(1) Auf Antrag eines Schuldners, der einer Unternehmensgruppe im Sinne des § 3e der Insolvenzordnung angehört (gruppenangehöriger Schuldner), erklärt sich das angerufene Restrukturierungsgericht für Restrukturierungssachen anderer gruppenangehöriger Schuldner (Gruppen-Folgeverfahren) für zuständig, wenn dieser Schuldner einen zulässigen Antrag in der Restrukturierungssache gestellt hat und er nicht offensichtlich von untergeordneter Bedeutung für die gesamte Unternehmensgruppe ist.</p>	
<p>(2) § 3a Absatz 1 Satz 2 bis 4, Absatz 2, die §§ 3b, 3c Absatz 1, § 3d Absatz 1 Satz 1, Absatz 2 Satz 1 und § 13a der Insolvenzordnung gelten entsprechend.</p>	
<p>(3) Auf Antrag des Schuldners erklärt sich unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 das für Gruppen-Folgeverfahren in Restrukturierungssachen zuständige Gericht als Insolvenzgericht auch für Gruppen-Folgeverfahren in Insolvenzsachen nach § 3a Absatz 1 der Insolvenzordnung für zuständig.</p>	

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 6. Ausschusses</b>
§ 40	§ 38
<b>Anwendbarkeit der Zivilprozessordnung</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
<p>Für Verfahren in Restrukturierungssachen gelten, soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt, die Vorschriften der Zivilprozessordnung entsprechend. § 128a der Zivilprozessordnung gilt mit der Maßgabe, dass bei Versammlungen und Terminen die Beteiligten in der Ladung auf die Verpflichtung hinzuweisen sind, wissentliche Ton- und Bildaufzeichnungen zu unterlassen und durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass Dritte die Ton- und Bildübertragung nicht wahrnehmen können.</p>	
§ 41	§ 39
<b>Verfahrensgrundsätze</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
<p>(1) Das Restrukturierungsgericht hat von Amts wegen alle Umstände zu ermitteln, die für das Verfahren in der Restrukturierungssache von Bedeutung sind, soweit in diesem Gesetz nichts Abweichendes bestimmt ist. Es kann zu diesem Zweck insbesondere Zeugen und Sachverständige vernehmen.</p>	
<p>(2) Der Schuldner hat dem Restrukturierungsgericht die Auskünfte zu erteilen, die zur Entscheidung über seine Anträge erforderlich sind, und es auch sonst bei der Erfüllung seiner Aufgaben zu unterstützen.</p>	
<p>(3) Die Entscheidungen des Restrukturierungsgerichts können ohne mündliche Verhandlung ergehen. Findet eine mündliche Verhandlung statt, so ist § 227 Absatz 3 Satz 1 der Zivilprozessordnung nicht anzuwenden.</p>	
§ 42	§ 40
<b>Rechtsmittel</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
<p>(1) Die Entscheidungen des Restrukturierungsgerichts unterliegen nur in den Fällen einem Rechtsmittel, in denen dieses Gesetz die sofortige Beschwerde vorsieht. Die sofortige Beschwerde ist bei dem Restrukturierungsgericht einzulegen.</p>	
<p>(2) Die Beschwerdefrist beginnt mit der Verkündung der Entscheidung oder, wenn diese nicht verkündet wird, mit deren Zustellung.</p>	

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 6. Ausschusses</b>
(3) Die Entscheidung über die Beschwerde wird erst mit der Rechtskraft wirksam. Das Beschwerdegericht kann jedoch die sofortige Wirksamkeit der Entscheidung anordnen.	
§ 43	§ 41
<b>Zustellungen</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
(1) Zustellungen erfolgen von Amts wegen, ohne dass es einer Beglaubigung des zuzustellenden Schriftstücks bedarf. Sie können dadurch bewirkt werden, dass das Schriftstück unter der Anschrift des Zustellungsadressaten zur Post gegeben wird; § 184 Absatz 2 Satz 1, 2 und 4 der Zivilprozessordnung gilt entsprechend. Soll die Zustellung im Inland bewirkt werden, gilt das Schriftstück drei Tage nach Aufgabe zur Post als zugestellt.	
(2) An Personen, deren Aufenthalt unbekannt ist, wird nicht zugestellt. Haben sie einen zur Entgegennahme von Zustellungen berechtigten Vertreter, so wird dem Vertreter zugestellt.	
(3) Beauftragt das Gericht den Schuldner mit der Zustellung, erfolgt diese nach Maßgabe der §§ 191 bis 194 der Zivilprozessordnung.	
Unterabschnitt 2	Unterabschnitt 2
Restrukturierungsrecht	Restrukturierungsrecht
§ 44	§ 42
<b>Anzeige von Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung; Strafvorschrift</b>	<b>Anzeige von Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung; Strafvorschrift</b>
(1) Während der Rechtshängigkeit der Restrukturierungssache ruht die Antragspflicht nach § 15a Absatz 1 bis 3 der Insolvenzordnung und § 42 Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Die Antragspflichtigen sind jedoch verpflichtet, dem Restrukturierungsgericht den Eintritt einer Zahlungsunfähigkeit im Sinne des § 17 Absatz 2 der Insolvenzordnung oder einer Überschuldung im Sinne des § 19 Absatz 2 der Insolvenzordnung ohne schuldhaftes Zögern anzuzeigen.	(1) u n v e r ä n d e r t
(2) Die Stellung eines den Anforderungen des § 15a der Insolvenzordnung genügenden Insolvenzantrags gilt als rechtzeitige Erfüllung der Anzeigepflicht nach Absatz 1 Satz 2.	(2) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
<p>(3) Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer entgegen Absatz 1 Satz 2 den Eintritt der Zahlungsunfähigkeit oder der Überschuldung nicht oder nicht rechtzeitig anzeigt. Handelt der Täter fahrlässig, ist die Strafe Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder Geldstrafe. Die Sätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden auf Vereine und Stiftungen, für die die Pflicht nach Absatz 1 Satz 1 gilt.</p>	<p>(3) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>(4) Wenn die Anzeige der Restrukturierungssache nach § 33 Absatz 4 ihre Wirkung verliert, leben die Antragspflichten nach § 15a Absatz 1 und 2 der Insolvenzordnung und nach § 42 Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs wieder auf.</p>	<p>(4) Wenn die Anzeige der Restrukturierungssache nach § <b>31</b> Absatz 4 ihre Wirkung verliert, leben die nach Absatz 1 <b>Satz 1 ruhenden</b> Antragspflichten wieder auf.</p>
<p>§ 45</p>	<p>§ 43</p>
Haftung der Organe	Pflichten und Haftung der Organe
<p>Handelt es sich bei dem Schuldner um eine juristische Person oder um eine Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit im Sinne des § 15a Absatz 1 Satz 3, Absatz 2 der Insolvenzordnung, <i>haben Gläubiger gegen die Geschäftsleiter des Schuldners einen Anspruch auf Ersatz des Schadens, der ihnen infolge einer während der Rechtshängigkeit der Restrukturierungssache schuldhaft begangenen Verletzung der Pflichten aus § 2 Absatz 1 entstanden ist. § 3 Absatz 1 Satz 2, Absatz 5 ist anwendbar.</i></p>	<p>(1) Handelt es sich bei dem Schuldner um eine juristische Person oder um eine Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit im Sinne des § 15a Absatz 1 Satz 3, Absatz 2 der Insolvenzordnung, <b>wirken dessen Geschäftsleiter darauf hin, dass der Schuldner die Restrukturierungssache mit der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters betreibt und die Interessen der Gesamtheit der Gläubiger wahrt. Für die Verletzung dieser Pflicht haften sie dem Schuldner in Höhe des den Gläubigern entstandenen Schadens, es sei denn sie haben die Pflichtverletzung nicht zu vertreten.</b></p>
	<p>(2) <b>Ein Verzicht des Schuldners auf Ansprüche nach Absatz 1 Satz 2 oder ein Vergleich über diese Ansprüche ist unwirksam, soweit der Ersatz zur Befriedigung der Gläubiger erforderlich ist. Dies gilt nicht, wenn sich der Ersatzpflichtige zur Abwendung eines Insolvenzverfahrens über sein Vermögen mit seinen Gläubigern vergleicht, wenn die Ersatzpflicht in einem Insolvenzplan geregelt wird oder wenn für den Ersatzberechtigten ein Insolvenzverwalter handelt.</b></p>
	<p>(3) <b>Ansprüche nach Absatz 1 Satz 2 verjähren in fünf Jahren. Ist der Schuldner zum Zeitpunkt der Pflichtverletzung eine börsennotierte Gesellschaft, verjähren die Ansprüche in zehn Jahren.</b></p>

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
§ 46	§ 44
<b>Verbot von Lösungsklauseln</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
(1) Die Rechtshängigkeit der Restrukturierungssache oder die Inanspruchnahme von Instrumenten des Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmens durch den Schuldner ist ohne Weiteres kein Grund	
1. für die Beendigung von Vertragsverhältnissen, an denen der Schuldner beteiligt ist,	
2. für die Fälligestellung von Leistungen oder	
3. für ein Recht des anderen Teils, die diesem obliegende Leistung zu verweigern oder die Anpassung oder anderweitige Gestaltung des Vertrags zu verlangen.	
Sie berühren ohne Weiteres auch nicht die Wirksamkeit des Vertrags.	
(2) Dem Absatz 1 entgegenstehende Vereinbarungen sind unwirksam.	
(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für Geschäfte nach § 104 Absatz 1 der Insolvenzordnung und Vereinbarungen über das Liquidationsnetting nach § 104 Absatz 3 und 4 der Insolvenzordnung und Finanzsicherheiten im Sinne von § 1 Absatz 17 des Kreditwesengesetzes. Dies gilt auch für Geschäfte, die im Rahmen eines Systems nach § 1 Absatz 16 des Kreditwesengesetzes der Verrechnung von Ansprüchen und Leistungen unterliegen.	
A b s c h n i t t 2	A b s c h n i t t 2
G e r i c h t l i c h e P l a n a b s t i m m u n g	G e r i c h t l i c h e P l a n a b s t i m m u n g
§ 47	§ 45
<b>Erörterungs- und Abstimmungstermin</b>	<b>Erörterungs- und Abstimmungstermin</b>
(1) Auf Antrag des Schuldners bestimmt das Restrukturierungsgericht einen Termin, in dem der Restrukturierungsplan und das Stimmrecht der Planbetroffenen erörtert werden und anschließend über den Plan abgestimmt wird. Die Ladungsfrist beträgt mindestens 14 Tage.	(1) u n v e r ä n d e r t
(2) Dem Antrag ist der vollständige Restrukturierungsplan nebst Anlagen beizufügen.	(2) u n v e r ä n d e r t

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 6. Ausschusses</b>
(3) Die Planbetroffenen sind zu dem Termin zu laden. Die Ladung enthält den Hinweis darauf, dass der Termin und die Abstimmung auch dann durchgeführt werden können, wenn nicht alle Planbetroffenen teilnehmen. Das Gericht kann den Schuldner mit der Zustimmung der Ladungen beauftragen.	(3) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
(4) Auf das Verfahren finden die §§ 239 bis 242 der Insolvenzordnung sowie die §§ 26 bis 30 dieses Gesetzes entsprechende Anwendung. Ist streitig, welches Stimmrecht die Forderung, die Absonderungsanwartschaft, die gruppeninterne Drittsicherheit oder das Anteils- oder Mitgliedschaftsrecht einem Planbetroffenen gewährt und lässt sich darüber keine Einigung zwischen den Beteiligten erzielen, legt das Gericht das Stimmrecht fest.	(4) Auf das Verfahren finden die §§ 239 bis 242 der Insolvenzordnung sowie die §§ <b>24 bis 28</b> dieses Gesetzes entsprechende Anwendung. Ist streitig, welches Stimmrecht die Forderung, die Absonderungsanwartschaft, die gruppeninterne Drittsicherheit oder das Anteils- oder Mitgliedschaftsrecht einem Planbetroffenen gewährt und lässt sich darüber keine Einigung zwischen den Beteiligten erzielen, legt das Gericht das Stimmrecht fest.
§ 48	§ 46
<b>Vorprüfungstermin</b>	<b>Vorprüfungstermin</b>
(1) Auf Antrag des Schuldners bestimmt das Gericht einen gesonderten Termin zur Vorprüfung des Restrukturierungsplans vor dem Erörterungs- und Abstimmungstermin. Gegenstand dieser Vorprüfung kann jede Frage sein, die für die Bestätigung des Restrukturierungsplans erheblich ist, insbesondere,	(1) Auf Antrag des Schuldners bestimmt das Gericht einen gesonderten Termin zur Vorprüfung des Restrukturierungsplans vor dem Erörterungs- und Abstimmungstermin. Gegenstand dieser Vorprüfung kann jede Frage sein, die für die Bestätigung des Restrukturierungsplans erheblich ist, insbesondere,
1. ob die Auswahl der Planbetroffenen und die Einteilung der Planbetroffenen in Gruppen den Anforderungen der §§ 10 und 11 entspricht,	1. ob die Auswahl der Planbetroffenen und die Einteilung der Planbetroffenen in Gruppen den Anforderungen der §§ <b>8 bis 9</b> entspricht,
2. welches Stimmrecht eine Restrukturierungsforderung, eine Absonderungsanwartschaft oder ein Anteils- oder Mitgliedschaftsrecht gewährt oder	2. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
3. ob dem Schuldner die Zahlungsunfähigkeit droht.	3. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
§ 47 Absatz 3 gilt entsprechend. Die Ladungsfrist beträgt mindestens sieben Tage.	§ <b>45</b> Absatz 3 gilt entsprechend. Die Ladungsfrist beträgt mindestens sieben Tage.
(2) Das Ergebnis der Vorprüfung fasst das Gericht in einem Hinweis zusammen.	(2) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
(3) Das Gericht kann einen Vorprüfungstermin auch von Amts wegen bestimmen, wenn dies zweckmäßig ist.	(3) <b>u n v e r ä n d e r t</b>

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
Abschnitt 3	Abschnitt 3
Vorprüfung	Vorprüfung
§ 49	§ 47
<b>Antrag</b>	<b>Antrag</b>
<p>Auf Antrag des Schuldners führt das Restrukturierungsgericht auch dann eine Vorprüfung durch, wenn der Restrukturierungsplan nicht im gerichtlichen Verfahren zur Abstimmung gebracht werden soll. Gegenstand einer solchen Vorprüfung kann jede Frage sein, die für die Bestätigung des Restrukturierungsplans erheblich ist. Neben den in § 48 Absatz 1 Satz 2 genannten Gegenständen können dies insbesondere auch die Anforderungen sein, die an das Planabstimmungsverfahren nach den §§ 19 bis 24 zu stellen sind.</p>	<p>Auf Antrag des Schuldners führt das Restrukturierungsgericht auch dann eine Vorprüfung durch, wenn der Restrukturierungsplan nicht im gerichtlichen Verfahren zur Abstimmung gebracht werden soll. Gegenstand einer solchen Vorprüfung kann jede Frage sein, die für die Bestätigung des Restrukturierungsplans erheblich ist. Neben den in § 46 Absatz 1 Satz 2 genannten Gegenständen können dies insbesondere auch die Anforderungen sein, die an das Planabstimmungsverfahren nach den §§ 17 bis 22 zu stellen sind.</p>
§ 50	§ 48
<b>Verfahren</b>	<b>Verfahren</b>
(1) Die von der Vorprüfungsfrage berührten Planbetroffenen sind anzuhören.	(1) <i>u n v e r ä n d e r t</i>
(2) Das Ergebnis der Vorprüfung fasst das Gericht in einem Hinweis zusammen. Der Hinweis soll innerhalb von zwei Wochen nach Antragstellung oder, sofern ein Anhörungstermin stattfindet, innerhalb von zwei Wochen nach diesem Termin ergehen. Für die Ladung zu dem Anhörungstermin gelten § 47 Absatz 3 und § 48 Absatz 1 Satz 3 entsprechend.	(2) Das Ergebnis der Vorprüfung fasst das Gericht in einem Hinweis zusammen. Der Hinweis soll innerhalb von zwei Wochen nach Antragstellung oder, sofern ein Anhörungstermin stattfindet, innerhalb von zwei Wochen nach diesem Termin ergehen. Für die Ladung zu dem Anhörungstermin gelten § 45 Absatz 3 und § 46 Absatz 1 Satz 3 entsprechend.
Abschnitt 4	Abschnitt 4
<i>V e r t r a g s b e e n d i g u n g</i>	<i>e n t f ä l l t</i>
§ 51	
<b>Vertragsbeendigung</b>	
(1) <i>Auf Antrag des Schuldners beendet das Restrukturierungsgericht einen gegenseitigen, nicht beiderseitig vollständig erfüllten Vertrag, an dem der Schuldner beteiligt ist, wenn der andere Teil einem Anpassungs- oder Beendigungsverlangen des Schuldners</i>	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
<i>nicht nachkommt und der Schuldner drohend zahlungsunfähig ist. Der Antrag nach Satz 1 kann nur gleichzeitig mit einem Antrag auf Bestätigung eines Restrukturierungsplans gestellt werden, der weitere Restrukturierungsmaßnahmen vorsieht.</i>	
<i>(2) Eine Vertragsbeendigung nach Absatz 1 ist nicht statthaft, wenn sie unter Berücksichtigung des Restrukturierungskonzepts, das dem Restrukturierungsplan zugrunde liegt, offensichtlich nicht sachgerecht ist.</i>	
<i>(3) Einer Vertragsbeendigung nach Absatz 1 sind vorbehaltlich der in Absatz 4 genannten Ausnahmen Verträge zugänglich, bei denen in einem Insolvenzverfahren nach § 103 Absatz 1 der Insolvenzordnung eine Erfüllungsverweigerung möglich wäre, oder die nach Maßgabe des § 109 der Insolvenzordnung kündbar wären.</i>	
<i>(4) Einer Vertragsbeendigung nach dieser Vorschrift sind unzugänglich:</i>	
<ol style="list-style-type: none"> <li data-bbox="162 1028 796 1361">1. <i>Geschäfte, die den Gegenstand einer Vereinbarung über das Liquidationsnetting nach § 104 Absatz 3 und 4 der Insolvenzordnung bilden können, Vereinbarungen über das Liquidationsnetting nach § 104 Absatz 3 und 4 der Insolvenzordnung, Finanzsicherheiten im Sinne von § 1 Absatz 17 des Kreditwesengesetzes und Geschäfte, die im Rahmen eines Systems im Sinne des § 1 Absatz 16 des Kreditwesengesetzes einer Verrechnung von Zahlungen und Leistungen unterliegen, und</i></li> </ol>	
<ol style="list-style-type: none"> <li data-bbox="162 1364 796 1509">2. <i>sofern es sich bei dem Schuldner um eine natürliche Person handelt, Verträge, die mit seiner unternehmerischen Tätigkeit in keinem Zusammenhang stehen.</i></li> </ol>	
<i>§ 52</i>	
<b><i>Entscheidung des Restrukturierungsgerichts</i></b>	
<i>(1) Über den Antrag auf Vertragsbeendigung ist zusammen mit dem Antrag auf Bestätigung des Restrukturierungsplans zu entscheiden. Das Restrukturierungsgericht darf dem Antrag auf Vertragsbeendigung nur stattgeben, wenn es den Restrukturierungsplan bestätigt. Die Entscheidung ergeht in einem einheitlichen Beschluss.</i>	
<i>(2) Der andere Teil ist anzuhören.</i>	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
(3) Zweifel an dem Vorliegen der Voraussetzungen für die Vertragsbeendigung gehen zulasten des Schuldners.	
(4) Der Beschluss ist dem Schuldner und dem anderen Teil zuzustellen.	
§ 53	
<b>Sofortige Beschwerde</b>	
(1) Gegen die Entscheidung des Restrukturierungsgerichts findet die sofortige Beschwerde statt. Der Beschluss kann nur einheitlich angefochten werden.	
(2) Soweit sich die sofortige Beschwerde gegen die Vertragsbeendigung richtet, gilt § 73 Absatz 5 mit der Maßgabe entsprechend, dass die Interessen des anderen Teils hinreichend gewahrt werden müssen, insbesondere durch eine Planbestimmung gemäß § 71 Absatz 3.	
§ 54	
<b>Rechtsfolgen der Vertragsbeendigung</b>	
(1) Ist der Vertrag beendet worden, kann aus ihm keine Erfüllung mehr verlangt werden. Handelt es sich bei dem Vertrag um ein Dauerschuldverhältnis, kommt der Entscheidung die Wirkung einer Kündigung mit einer dreimonatigen Frist zu. Ist eine kürzere Kündigungsfrist maßgeblich, tritt sie an die Stelle der dreimonatigen Frist.	
(2) Die Wirkungen nach Absatz 1 setzen die Rechtskraft des Beschlusses nach § 52 Absatz 1 Satz 3 voraus.	
(3) Dem anderen Teil steht eine Forderung wegen Nichterfüllung zu. Die Nichterfüllungsforderung kann im gestaltenden Teil des Restrukturierungsplans gestaltet werden. Forderungen wegen Nichterfüllung sind in einer separaten Gruppe zusammenzufassen.	
§ 55	
<b>Haftung der Organe</b>	
Handelt es sich bei dem Schuldner um eine juristische Person oder um eine Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit im Sinne des § 15a Absatz 1 Satz 3, Absatz 2 der Insolvenzordnung und erwirkt er aufgrund	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
<i>vorsätzlich oder grob fahrlässig unrichtiger Angaben eine Vertragsbeendigung, ist der Geschäftsleiter dem anderen Teil zum Ersatz des Schadens verpflichtet, der diesem infolge einer aufgrund der Falschangaben erwirkten Vertragsbeendigung entsteht. Dies gilt nicht, wenn den Geschäftsleiter kein Verschulden trifft. § 3 Absatz 5 gilt entsprechend.</i>	
A b s c h n i t t 5	A b s c h n i t t 4
S t a b i l i s i e r u n g	S t a b i l i s i e r u n g
§ 56	§ 49
<b>Stabilisierungsanordnung</b>	<b>Stabilisierungsanordnung</b>
(1) Soweit dies zur Wahrung der Aussichten auf die Verwirklichung des Restrukturierungsziels erforderlich ist, ordnet das Restrukturierungsgericht auf Antrag des Schuldners an, dass	(1) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
1. Maßnahmen der Zwangsvollstreckung gegen den Schuldner untersagt oder einstweilen eingestellt werden (Vollstreckungssperre) und	
2. Rechte an Gegenständen des beweglichen Vermögens, die im Fall der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens als Ab- oder Aussonderungsrecht geltend gemacht werden könnten, von dem Gläubiger nicht durchgesetzt werden dürfen und dass solche Gegenstände zur Fortführung des Unternehmens des Schuldners eingesetzt werden können, soweit sie hierfür von erheblicher Bedeutung sind (Verwertungssperre).	
(2) Forderungen, die nach § 6 einer Gestaltung durch einen Restrukturierungsplan unzugänglich sind, bleiben von einer Anordnung nach Absatz 1 und deren vertragsrechtlichen Wirkungen unberührt. Die Anordnung kann sich im Übrigen gegen einzelne, mehrere oder alle Gläubiger richten.	(2) Forderungen, die nach § 4 einer Gestaltung durch einen Restrukturierungsplan unzugänglich sind, bleiben von einer Anordnung nach Absatz 1 und deren vertragsrechtlichen Wirkungen unberührt. Die Anordnung kann sich im Übrigen gegen einzelne, mehrere oder alle Gläubiger richten.
(3) Die Anordnung nach Absatz 1 kann auch das Recht von Gläubigern zur Durchsetzung von Rechten aus gruppeninternen Drittsicherheiten (§ 4 Absatz 4) sperren.	(3) Die Anordnung nach Absatz 1 kann auch das Recht von Gläubigern zur Durchsetzung von Rechten aus gruppeninternen Drittsicherheiten (§ 2 Absatz 4) sperren.

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
§ 57	§ 50
<b>Antrag</b>	<b>Antrag</b>
(1) Der Schuldner hat die beantragte Stabilisierungsanordnung nach § 56 Absatz 1 ihrem Inhalt, dem Adressatenkreis und der Dauer nach zu bezeichnen.	(1) Der Schuldner hat die beantragte Stabilisierungsanordnung nach § 49 Absatz 1 ihrem Inhalt, dem Adressatenkreis und der Dauer nach zu bezeichnen.
(2) Der Schuldner fügt dem Antrag eine Restrukturierungsplanung bei, welche umfasst:	(2) Der Schuldner fügt dem Antrag eine Restrukturierungsplanung bei, welche umfasst:
1. einen auf den Tag der Antragstellung aktualisierten Entwurf des Restrukturierungsplans oder ein auf diesen Tag aktualisiertes Konzept für die Restrukturierung nach § 33 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1,	1. einen auf den Tag der Antragstellung aktualisierten Entwurf des Restrukturierungsplans oder ein auf diesen Tag aktualisiertes Konzept für die Restrukturierung nach § 31 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1,
2. einen Finanzplan, der den Zeitraum von sechs Monaten umfasst und eine fundierte Darstellung der Finanzierungsquellen enthält, durch welche die Fortführung des Unternehmens in diesem Zeitraum sichergestellt werden soll; dabei bleiben Finanzierungsquellen außer Betracht, die sich mit dem Restrukturierungsziel nicht vereinbaren lassen.	2. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
(3) Des Weiteren hat der Schuldner zu erklären,	(3) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
1. ob, in welchem Umfang und gegenüber welchen Gläubigern er sich mit der Erfüllung von Verbindlichkeiten aus Arbeitsverhältnissen, Pensionszusagen oder dem Steuerschuldverhältnis, gegenüber den Sozialversicherungsträgern oder Lieferanten in Verzug befindet,	
2. ob und in welchen Verfahren zu seinen Gunsten innerhalb der letzten drei Jahre vor dem Antrag Vollstreckungs- oder Verwertungssperren nach diesem Gesetz oder nach § 21 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 oder 5 der Insolvenzordnung angeordnet wurden und	
3. ob er für die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre seinen Verpflichtungen aus den §§ 325 bis 328 oder aus § 339 des Handelsgesetzbuchs nachgekommen ist.	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
§ 58	§ 51
<b>Voraussetzungen der Stabilisierungsanordnung</b>	<b>Voraussetzungen der Stabilisierungsanordnung</b>
(1) Die Stabilisierungsanordnung ergeht, wenn die von dem Schuldner vorgelegte Restrukturierungsplanung vollständig und schlüssig ist und keine Umstände bekannt sind, aus denen sich ergibt, dass	(1) Die Stabilisierungsanordnung ergeht, wenn die von dem Schuldner vorgelegte Restrukturierungsplanung vollständig und schlüssig ist und keine Umstände bekannt sind, aus denen sich ergibt, dass
1. die Restrukturierungsplanung oder die Erklärungen zu § 57 Absatz 3 in wesentlichen Punkten auf unzutreffenden Tatsachen beruht oder beruhen,	1. die Restrukturierungsplanung oder die Erklärungen zu § 50 Absatz 3 in wesentlichen Punkten auf unzutreffenden Tatsachen beruht oder beruhen,
2. die Restrukturierung aussichtslos ist, weil keine Aussicht darauf besteht, dass ein das Restrukturierungskonzept umsetzender Plan von den Planbetroffenen angenommen oder vom Gericht bestätigt werden würde,	2. u n v e r ä n d e r t
3. der Schuldner noch nicht drohend zahlungsunfähig ist oder	3. u n v e r ä n d e r t
4. die beantragte Anordnung nicht erforderlich ist, um das Restrukturierungsziel zu verwirklichen.	4. u n v e r ä n d e r t
Schlüssig ist die Planung, wenn nicht offensichtlich ist, dass sich das Restrukturierungsziel nicht auf Grundlage der in Aussicht genommenen Maßnahmen erreichen lässt. Weist die Restrukturierungsplanung behebbare Mängel auf, erlässt das Gericht die Anordnung für einen Zeitraum von höchstens 20 Tagen und gibt dem Schuldner auf, die Mängel innerhalb dieses Zeitraums zu beheben.	u n v e r ä n d e r t
(2) Sind Umstände bekannt, aus denen sich ergibt, dass	(2) Sind Umstände bekannt, aus denen sich ergibt, dass
1. erhebliche Zahlungsrückstände gegenüber den in § 57 Absatz 3 Nummer 1 genannten Gläubigern bestehen oder	1. erhebliche Zahlungsrückstände gegenüber den in § 50 Absatz 3 Nummer 1 genannten Gläubigern bestehen oder
2. der Schuldner für <i>die</i> letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre gegen die Offenlegungspflichten nach den §§ 325 bis 328 oder nach § 339 des Handelsgesetzbuchs verstoßen hat,	2. der Schuldner für <b>mindestens eines der</b> letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre gegen die Offenlegungspflichten nach den §§ 325 bis 328 oder nach § 339 des Handelsgesetzbuchs verstoßen hat,
erfolgt die Stabilisierungsanordnung nur, wenn trotz dieser Umstände zu erwarten ist, dass der Schuldner bereit und in der Lage ist, seine Geschäftsführung an den Interessen der Gläubigergesamtheit auszurichten. Dies gilt auch, wenn zugunsten des Schuldners in den letzten drei Jahren vor der Stellung des Antrags die in § 56 Absatz 1 genannten Vollstreckungs- oder Ver-	erfolgt die Stabilisierungsanordnung nur, wenn trotz dieser Umstände zu erwarten ist, dass der Schuldner bereit und in der Lage ist, seine Geschäftsführung an den Interessen der Gläubigergesamtheit auszurichten. Dies gilt auch, wenn zugunsten des Schuldners in den letzten drei Jahren vor der Stellung des Antrags die in § 49 Absatz 1 genannten Vollstreckungs- oder Ver-

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 6. Ausschusses</b>
wertungssperren oder vorläufige Sicherungsanordnungen nach § 21 Absatz 1 Satz 2 Nummer 3 oder 5 der Insolvenzordnung angeordnet wurden, sofern nicht der Anlass dieser Anordnungen durch eine nachhaltige Sanierung des Schuldners bewältigt wurde.	wertungssperren oder vorläufige Sicherungsanordnungen nach § 21 Absatz 1 Satz 2 Nummer 3 oder 5 der Insolvenzordnung angeordnet wurden, sofern nicht der Anlass dieser Anordnungen durch eine nachhaltige Sanierung des Schuldners bewältigt wurde.
(3) Liegt zum Zeitpunkt der Stabilisierungsanordnung kein Restrukturierungsplan vor, kann das Gericht dem Schuldner eine Frist setzen, binnen derer der Restrukturierungsplan vorzulegen ist.	(3) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
(4) Die Stabilisierungsanordnung ist allen Gläubigern, die von ihr betroffen sind, zuzustellen. In öffentlichen Restrukturierungssachen (§ 91) kann auf eine Zustellung verzichtet werden, wenn sich die Anordnung mit Ausnahme der in § 6 genannten Gläubiger gegen alle Gläubiger richtet.	(4) Die Stabilisierungsanordnung ist allen Gläubigern, die von ihr betroffen sind, zuzustellen. In öffentlichen Restrukturierungssachen (§ 84) kann auf eine Zustellung verzichtet werden, wenn sich die Anordnung mit Ausnahme der in § 4 genannten Gläubiger gegen alle Gläubiger richtet.
(5) Das Restrukturierungsgericht entscheidet über den Antrag auf Erlass der Stabilisierungsanordnung durch Beschluss. Soweit das Gericht den Antrag zurückweist <i>und eine Zahlungsunfähigkeit des Schuldners feststellt</i> , steht dem Schuldner gegen den Beschluss die sofortige Beschwerde zu.	(5) Das Restrukturierungsgericht entscheidet über den Antrag auf Erlass der Stabilisierungsanordnung durch Beschluss. Soweit das Gericht den Antrag zurückweist, steht dem Schuldner gegen den Beschluss die sofortige Beschwerde zu.
§ 59	§ 52
<b>Folgeanordnung, Neuordnung</b>	<b>Folgeanordnung, Neuordnung</b>
Unter den Voraussetzungen des § 58 Absatz 1 und 2 kann eine Stabilisierungsanordnung auf weitere Gläubiger erstreckt, inhaltlich erweitert oder zeitlich verlängert werden (Folgeanordnung) oder, sofern die Anordnungsdauer bereits überschritten ist, erneuert werden (Neuanordnung).	Unter den Voraussetzungen des § 51 Absatz 1 und 2 kann eine Stabilisierungsanordnung auf weitere Gläubiger erstreckt, inhaltlich erweitert oder zeitlich verlängert werden (Folgeanordnung) oder, sofern die Anordnungsdauer bereits überschritten ist, erneuert werden (Neuanordnung).
§ 60	§ 53
<b>Anordnungsdauer</b>	<b>Anordnungsdauer</b>
(1) Die Stabilisierungsanordnung kann für eine Dauer von bis zu drei Monaten ergehen.	(1) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
(2) Folge- oder Neuordnungen können nur im Rahmen der Anordnungshöchstdauer nach Absatz 1 ergehen, es sei denn,	(2) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
1. der Schuldner hat den Gläubigern ein Planangebot unterbreitet und	
2. es sind keine Umstände bekannt, aus denen sich ergibt, dass mit einer Planannahme innerhalb eines Monats nicht zu rechnen ist.	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
In diesem Fall verlängert sich die Anordnungshöchstdauer um einen Monat und die Anordnung richtet sich ausschließlich gegen Planbetroffene.	
(3) Hat der Schuldner die gerichtliche Bestätigung des von den Planbetroffenen angenommenen Restrukturierungsplans beantragt, können Folge- oder Neuordnungen bis zur Rechtskraft der Planbestätigung, höchstens aber bis zum Ablauf von acht Monaten nach dem Erlass der Erstanordnung ergehen. Dies gilt nicht, wenn der Restrukturierungsplan offensichtlich nicht bestätigungsfähig ist.	(3) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
(4) Absatz 3 ist nicht anzuwenden, wenn der Mittelpunkt der hauptsächlichen Interessen des Schuldners innerhalb eines Zeitraums von drei Monaten vor der ersten Inanspruchnahme von Instrumenten des Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmens <i>in einen</i> anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union verlegt wurde und keine öffentlichen Bekanntmachungen nach den §§ 91 bis 93 erfolgen.	(4) Absatz 3 ist nicht anzuwenden, wenn der Mittelpunkt der hauptsächlichen Interessen des Schuldners innerhalb eines Zeitraums von drei Monaten vor der ersten Inanspruchnahme von Instrumenten des Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmens <b>aus einem</b> anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union <b>in das Inland</b> verlegt wurde und keine öffentlichen Bekanntmachungen nach den §§ 84 bis 86 erfolgen.
§ 61	§ 54
<b>Folgen der Verwertungssperre</b>	<b>Folgen der Verwertungssperre</b>
(1) Ist eine Verwertungssperre ergangen, sind dem Gläubiger die geschuldeten Zinsen zu zahlen und der durch die Nutzung eintretende Wertverlust ist durch laufende Zahlungen an den Gläubiger auszugleichen. Dies gilt nicht, soweit nach der Höhe der Forderung und der sonstigen Belastung des Gegenstands mit einer Befriedigung des Gläubigers aus dem Verwertungserlös nicht zu rechnen ist.	(1) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
(2) Zieht der Schuldner Forderungen ein, die zur Sicherung eines Anspruchs abgetreten sind, oder veräußert oder verarbeitet er bewegliche Sachen, an denen Rechte bestehen, die im Fall der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens als Aus- oder Absonderungsrechte geltend gemacht werden könnten, sind die dabei erzielten Erlöse an <i>die</i> Berechtigten auszukehren oder unterscheidbar zu verwahren, es sei denn, der Schuldner trifft mit <i>den</i> Berechtigten eine anderweitige Vereinbarung.	(2) Zieht der Schuldner <b>nach Maßgabe der vertraglichen Vereinbarungen mit dem Berechtigten</b> Forderungen ein, die zur Sicherung eines Anspruchs abgetreten sind, oder veräußert oder verarbeitet er bewegliche Sachen, an denen Rechte bestehen, die im Fall der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens als Aus- oder Absonderungsrechte geltend gemacht werden könnten, sind die dabei erzielten Erlöse an <b>den</b> Berechtigten auszukehren oder unterscheidbar zu verwahren, es sei denn, der Schuldner trifft mit <b>dem</b> Berechtigten eine anderweitige Vereinbarung.
§ 62	§ 55
<b>Vertragsrechtliche Wirkungen</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
(1) Ist der Schuldner zum Zeitpunkt der Stabilisierungsanordnung einem Gläubiger etwas aus einem	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
<p>Vertrag schuldig, so kann der Gläubiger nicht allein wegen der rückständigen Leistung eine ihm im Anordnungszeitraum obliegende Leistung verweigern oder Vertragsbeendigungs- oder -abänderungsrechte geltend machen; unberührt bleibt das Recht des Gläubigers, die Erbringung des Teils der ihm obliegenden Gegenleistung zu verweigern, der auf die rückständige Leistung des Schuldners entfällt. Ergehen Folge- oder Neuordnungen, ist der Zeitpunkt der Erstanordnung maßgeblich.</p>	
<p>(2) Absatz 1 gilt nicht, wenn der Schuldner für die Fortführung des Unternehmens nicht auf die dem Gläubiger obliegende Leistung angewiesen ist.</p>	
<p>(3) Ist der Gläubiger vorleistungspflichtig, hat er das Recht, die ihm obliegende Leistung gegen Sicherheitsleistung oder Zug um Zug gegen die dem Schuldner obliegende Leistung zu erbringen. Absatz 1 berührt nicht das Recht von Darlehensgebern, den Darlehensvertrag vor der Auszahlung des Darlehens wegen einer Verschlechterung der Vermögensverhältnisse des Schuldners oder der Werthaltigkeit der für das Darlehen gestellten Sicherheit zu kündigen (§ 490 Absatz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs). Satz 2 gilt auch für andere Kreditzusagen.</p>	
<p>§ 63</p>	<p>§ 56</p>
<p><b>Finanzsicherheiten, Zahlungs- und Abwicklungssysteme, Liquidationsnetting</b></p>	<p><b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>(1) Die Stabilisierungsanordnung berührt nicht die Wirksamkeit von Verfügungen über Finanzsicherheiten nach § 1 Absatz 17 des Kreditwesengesetzes und die Wirksamkeit der Verrechnung von Ansprüchen und Leistungen aus Zahlungsaufträgen, Aufträgen zwischen Zahlungsdienstleistern oder zwischengeschalteten Stellen oder Aufträgen zur Übertragung von Wertpapieren, die in Systeme nach § 1 Absatz 16 des Kreditwesengesetzes eingebracht wurden. Dies gilt auch dann, wenn ein solches Rechtsgeschäft des Schuldners am Tag der Anordnung getätigt und verrechnet oder eine Finanzsicherheit bestellt wird und der andere Teil nachweist, dass er die Anordnung weder kannte noch hätte kennen müssen; ist der andere Teil ein Systembetreiber oder Teilnehmer in dem System, bestimmt sich der Tag der Anordnung nach dem Geschäftstag im Sinne des § 1 Absatz 16b des Kreditwesengesetzes.</p>	
<p>(2) Von der Stabilisierungsanordnung und ihren Wirkungen bleiben Geschäfte, die den Gegenstand einer Vereinbarung über das Liquidationsnetting im</p>	

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 6. Ausschusses</b>
Sinne von § 104 Absatz 3 und 4 der Insolvenzordnung bilden können, sowie Vereinbarungen über das Liquidationsnetting unberührt. Die aus dem Liquidationsnetting resultierende Forderung kann einer Vollstreckungssperre und, im Rahmen des nach Absatz 1 Zulässigen, auch einer Verwertungssperre unterworfen werden.	
§ 64	§ 57
<b>Haftung der Organe</b>	<b>Haftung der Organe</b>
Handelt es sich bei dem Schuldner um eine juristische Person oder um eine Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit im Sinne des § 15a Absatz 1 Satz 3, Absatz 2 der Insolvenzordnung und erwirkt er aufgrund vorsätzlich oder fahrlässig unrichtiger Angaben eine Stabilisierungsanordnung, ist der Geschäftsleiter den davon betroffenen Gläubigern zum Ersatz des Schadens verpflichtet, den diese durch die Anordnung erleiden. Dies gilt nicht, wenn ihn kein Verschulden trifft. Die Sätze 1 und 2 gelten auch für den Ersatz des Schadens, der einem Gläubiger aus einer nicht ordnungsgemäßen Auskehrung oder Verwahrung der Erlöse nach § 61 Absatz 2 entsteht. Für Ansprüche nach den Sätzen 1 und 3 gilt § 3 Absatz 5 entsprechend.	Handelt es sich bei dem Schuldner um eine juristische Person oder um eine Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit im Sinne des § 15a Absatz 1 Satz 3, Absatz 2 der Insolvenzordnung und erwirkt er aufgrund vorsätzlich oder fahrlässig unrichtiger Angaben eine Stabilisierungsanordnung, ist der Geschäftsleiter den davon betroffenen Gläubigern zum Ersatz des Schadens verpflichtet, den diese durch die Anordnung erleiden. Dies gilt nicht, wenn ihn kein Verschulden trifft. Die Sätze 1 und 2 gelten auch für den Ersatz des Schadens, der einem Gläubiger aus einer nicht ordnungsgemäßen Auskehrung oder Verwahrung der Erlöse nach § 54 Absatz 2 entsteht. Für Ansprüche nach den Sätzen 1 und 3 gilt § 43 Absatz 3 entsprechend.
§ 65	§ 58
<b>Insolvenzantrag</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
Das Verfahren über den Antrag eines Gläubigers, das Insolvenzverfahren über das Vermögen des Schuldners zu eröffnen, wird für die Anordnungsdauer ausgesetzt.	
§ 66	§ 59
<b>Aufhebung und Beendigung der Stabilisierungsanordnung</b>	<b>Aufhebung und Beendigung der Stabilisierungsanordnung</b>
(1) Das Restrukturierungsgericht hebt die Stabilisierungsanordnung auf, wenn	(1) Das Restrukturierungsgericht hebt die Stabilisierungsanordnung auf, wenn
1. der Schuldner dies beantragt,	1. u n v e r ä n d e r t
2. die Anzeige nach § 33 Absatz 4 ihre Wirkungen verloren hat oder wenn die Voraussetzungen einer Aufhebung der Restrukturierungssache nach § 33 Absatz 4 Nummer 3, § 35 vorliegen,	2. die Anzeige nach § 31 Absatz 4 ihre Wirkungen verloren hat oder wenn die Voraussetzungen einer Aufhebung der Restrukturierungssache nach § 31 Absatz 4 Nummer 3, § 33 vorliegen,

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
3. der Schuldner es versäumt, dem Gericht nach Ablauf einer zu diesem Zweck eingeräumten angemessenen Frist den Entwurf eines Restrukturierungsplans zu übermitteln oder	3. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
4. Umstände bekannt sind, aus denen sich ergibt, dass	4. Umstände bekannt sind, aus denen sich ergibt, dass <b>der Schuldner nicht bereit und in der Lage ist, seine Geschäftsführung an den Interessen der Gläubigersamtheit auszurichten, insbesondere weil</b>
a) die Restrukturierungsplanung in wesentlichen Punkten auf unzutreffenden Tatsachen beruht,	a) die Restrukturierungsplanung in wesentlichen Punkten auf unzutreffenden Tatsachen beruht <b>oder</b>
b) die Rechnungslegung und Buchführung des Schuldners so unvollständig oder mangelhaft sind, dass sie eine Beurteilung der Restrukturierungsplanung, insbesondere des Finanzplans, nicht ermöglichen <i>oder</i>	b) die Rechnungslegung und Buchführung des Schuldners so unvollständig oder mangelhaft sind, dass sie eine Beurteilung der Restrukturierungsplanung, insbesondere des Finanzplans, nicht ermöglichen.
c) <i>wenn sich auf andere Weise ergibt, dass der Schuldner nicht bereit und in der Lage ist, seine Geschäftsführung an den Interessen der Gläubigersamtheit auszurichten.</i>	c) <b>entfällt</b>
(2) Die Stabilisierungsanordnung wird wegen der in Absatz 1 Nummer 2 und 3 genannten Gründe auch auf Antrag eines von der Anordnung betroffenen Gläubigers aufgehoben, wenn dieser das Vorliegen des Beendigungsgrunds glaubhaft macht.	(2) Die Stabilisierungsanordnung wird wegen der in Absatz 1 Nummer 2 und <b>4</b> genannten Gründe auch auf Antrag eines von der Anordnung betroffenen Gläubigers aufgehoben, wenn dieser das Vorliegen des Beendigungsgrunds glaubhaft macht.
(3) Das Restrukturierungsgericht kann von einer Aufhebung absehen, wenn die Fortdauer der Stabilisierungsanordnung geboten erscheint, um im Interesse der Gesamtheit der Gläubiger einen geordneten Übergang in ein Insolvenzverfahren zu gewährleisten. Das Gericht setzt dem Schuldner eine Frist von höchstens drei Wochen, innerhalb derer er dem Gericht die Beantragung eines Insolvenzverfahrens nachzuweisen hat. Nach Ablauf dieser Frist ist die Stabilisierungsanordnung aufzuheben.	(3) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
(4) Die Stabilisierungsanordnung endet, wenn der Restrukturierungsplan bestätigt ist oder die Planbestätigung versagt wird.	(4) <b>u n v e r ä n d e r t</b>

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
Abschnitt 6	Abschnitt 5
Planbestätigung	Planbestätigung
Unterabschnitt 1	Unterabschnitt 1
Bestätigungsverfahren	Bestätigungsverfahren
§ 67	§ 60
<b>Antrag</b>	<b>Antrag</b>
<p>(1) Auf Antrag des Schuldners bestätigt das Gericht den von den Planbetroffenen angenommenen Restrukturierungsplan durch Beschluss. Der Antrag kann auch im Erörterungs- und Abstimmungstermin gestellt werden. Ist die Planabstimmung nicht im gerichtlichen Verfahren (§ 47) erfolgt, hat der Schuldner dem Antrag auf Bestätigung des Restrukturierungsplans neben dem zur Abstimmung gestellten Plan und seinen Anlagen die Dokumentation über das Abstimmungsergebnis sowie sämtliche Urkunden und sonstigen Nachweise beizufügen, aus denen sich ergibt, wie die Abstimmung durchgeführt wurde und zu welchem Ergebnis sie geführt hat.</p>	<p>(1) Auf Antrag des Schuldners bestätigt das Gericht den von den Planbetroffenen angenommenen Restrukturierungsplan durch Beschluss. Der Antrag kann auch im Erörterungs- und Abstimmungstermin gestellt werden. Ist die Planabstimmung nicht im gerichtlichen Verfahren (§ 45) erfolgt, hat der Schuldner dem Antrag auf Bestätigung des Restrukturierungsplans neben dem zur Abstimmung gestellten Plan und seinen Anlagen die Dokumentation über das Abstimmungsergebnis sowie sämtliche Urkunden und sonstigen Nachweise beizufügen, aus denen sich ergibt, wie die Abstimmung durchgeführt wurde und zu welchem Ergebnis sie geführt hat.</p>
<p>(2) Handelt es sich bei dem Schuldner um eine Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit oder um eine Kommanditgesellschaft auf Aktien, bedarf der Antrag auf Bestätigung eines Restrukturierungsplans, der die persönlich haftenden Gesellschafter nicht von deren Haftung für die durch den Plan gestalteten Forderungen und Rechte befreit, der Zustimmung aller persönlich haftenden Gesellschafter. Dies gilt nicht, soweit es sich bei den persönlich haftenden Gesellschaftern</p>	<p>(2) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>1. um juristische Personen handelt oder</p>	
<p>2. um Gesellschaften ohne Rechtspersönlichkeit handelt, bei denen kein persönlich haftender Gesellschafter eine natürliche Person ist und kein persönlich haftender Gesellschafter selbst eine Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit ist, bei der ein persönlich haftender Gesellschafter eine natürliche Person ist oder sich die Verbindung von Gesellschaften in dieser Art fortsetzt.</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
§ 68	§ 61
<b>Anhörung</b>	<b>Anhörung</b>
Vor der Entscheidung über die Bestätigung des Restrukturierungsplans kann das Gericht die Planbetroffenen anhören. Ist die Planabstimmung nicht im gerichtlichen Verfahren erfolgt, hat das Gericht einen Termin zur Anhörung der Planbetroffenen durchzuführen. § 47 Absatz 3 und § 48 Absatz 1 Satz 3 gelten entsprechend.	Vor der Entscheidung über die Bestätigung des Restrukturierungsplans kann das Gericht die Planbetroffenen anhören. Ist die Planabstimmung nicht im gerichtlichen Verfahren erfolgt, hat das Gericht einen Termin zur Anhörung der Planbetroffenen durchzuführen. § 45 Absatz 3 und § 46 Absatz 1 Satz 4 gelten entsprechend.
§ 69	§ 62
<b>Bedingter Restrukturierungsplan</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
Ist im Restrukturierungsplan vorgesehen, dass vor dessen Bestätigung bestimmte Leistungen erbracht oder andere Maßnahmen verwirklicht werden sollen, wird der Plan nur bestätigt, wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind und Versagungsgründe nicht vorliegen.	
§ 70	§ 63
<b>Versagung der Bestätigung</b>	<b>Versagung der Bestätigung</b>
(1) Die Bestätigung des Restrukturierungsplans ist von Amts wegen zu versagen, wenn	(1) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
1. der Schuldner nicht drohend zahlungsunfähig ist;	
2. die Vorschriften über den Inhalt und die verfahrensmäßige Behandlung des Restrukturierungsplans sowie über die Annahme des Plans durch die Planbetroffenen in einem wesentlichen Punkt nicht beachtet worden sind und der Schuldner den Mangel nicht beheben kann oder innerhalb einer angemessenen, vom Restrukturierungsgericht gesetzten Frist nicht behebt oder	
3. die Ansprüche, die den Planbetroffenen durch den gestaltenden Teil des Plans zugewiesen werden, und die durch den Plan nicht berührten Ansprüche der übrigen Gläubiger offensichtlich nicht erfüllt werden können.	
(2) Sieht der Restrukturierungsplan eine neue Finanzierung vor, ist die Bestätigung zu versagen, wenn das dem Plan zugrunde liegende Restrukturierungskonzept unschlüssig ist oder wenn Umstände bekannt sind, aus denen sich ergibt, dass das Konzept	(2) <b>u n v e r ä n d e r t</b>

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 6. Ausschusses</b>
nicht von den tatsächlichen Gegebenheiten ausgeht oder keine begründete Aussicht auf Erfolg vermittelt.	
(3) Ist die Planabstimmung nicht im gerichtlichen Verfahren erfolgt, gehen Zweifel an der ordnungsgemäßen Annahme des Restrukturierungsplans durch die Planbetroffenen zulasten des Schuldners. Besteht Streit über das einem Planbetroffenen zustehende Stimmrecht, legt das Gericht seiner Entscheidung das nach Maßgabe des § 26 zu bestimmende Stimmrecht zugrunde.	(3) Ist die Planabstimmung nicht im gerichtlichen Verfahren erfolgt, gehen Zweifel an der ordnungsgemäßen Annahme des Restrukturierungsplans durch die Planbetroffenen zulasten des Schuldners. Besteht Streit über das einem Planbetroffenen zustehende Stimmrecht, legt das Gericht seiner Entscheidung das nach Maßgabe des § 24 zu bestimmende Stimmrecht zugrunde.
(4) Die Bestätigung ist auch zu versagen, wenn die Annahme des Restrukturierungsplans unlauter herbeigeführt worden ist, insbesondere durch Begünstigung eines Planbetroffenen.	(4) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
§ 71	§ 64
<b>Minderheitenschutz</b>	<b>Minderheitenschutz</b>
(1) Auf Antrag eines Planbetroffenen, der gegen den Restrukturierungsplan gestimmt hat, ist die Bestätigung des Plans zu versagen, wenn der Antragsteller durch den Restrukturierungsplan voraussichtlich schlechter gestellt wird als er ohne den Plan stünde. Hat der Schuldner gegen den Inhaber einer Absonderungsanwartschaft eine Vollstreckungs- oder Verwertungsperre erwirkt, die diesen an der Verwertung der Anwartschaft hinderte, bleiben Minderungen im Wert der Anwartschaft, die sich während der Dauer der Anordnung ergeben, für die Bestimmung der Stellung des Berechtigten ohne Plan außer Betracht, es sei denn, die Wertminderung hätte sich auch ohne die Anordnung ergeben.	(1) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
(2) Der Antrag nach Absatz 1 ist nur zulässig, wenn der Antragsteller bereits im Abstimmungsverfahren dem Plan widersprochen und geltend gemacht hat, dass er durch den Plan voraussichtlich schlechter gestellt wird als er ohne Plan stünde. Ist die Planabstimmung in einem gerichtlichen Erörterungs- und Abstimmungstermin erfolgt, muss der Antragsteller spätestens in diesem Termin glaubhaft machen, durch den Plan voraussichtlich schlechter gestellt zu werden.	(2) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
(3) Der Antrag nach Absatz 1 ist abzuweisen, wenn im gestaltenden Teil des Restrukturierungsplans Mittel für den Fall bereitgestellt werden, dass ein Planbetroffener eine Schlechterstellung nachweist. Ob der Antragsteller einen Ausgleich aus diesen Mitteln erhält, ist außerhalb der Restrukturierungssache zu klären.	(3) <b>u n v e r ä n d e r t</b>

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 6. Ausschusses</b>
<p>(4) Hat weder eine Versammlung der Planbetroffenen (§ 22) noch ein Erörterungs- und Abstimmungstermin (§ 47) stattgefunden, gilt Absatz 2 Satz 1 nur, wenn im Planangebot besonders auf das Erfordernis der Geltendmachung der voraussichtlichen Schlechterstellung durch den Plan im Abstimmungsverfahren hingewiesen wurde. Hat eine Versammlung der Planbetroffenen stattgefunden, gilt Absatz 2 Satz 1 nur, wenn in dem Einberufungsschreiben besonders auf das Erfordernis der Geltendmachung der voraussichtlichen Schlechterstellung durch den Plan im Abstimmungsverfahren hingewiesen wurde. Absatz 2 Satz 2 gilt nur, wenn in der Ladung besonders auf das Erfordernis der Glaubhaftmachung der voraussichtlichen Schlechterstellung durch den Plan spätestens im Erörterungs- und Abstimmungstermin hingewiesen wurde.</p>	<p>(4) Hat weder eine Versammlung der Planbetroffenen (§ 20) noch ein Erörterungs- und Abstimmungstermin (§ 45) stattgefunden, gilt Absatz 2 Satz 1 nur, wenn im Planangebot besonders auf das Erfordernis der Geltendmachung der voraussichtlichen Schlechterstellung durch den Plan im Abstimmungsverfahren hingewiesen wurde. Hat eine Versammlung der Planbetroffenen stattgefunden, gilt Absatz 2 Satz 1 nur, wenn in dem Einberufungsschreiben besonders auf das Erfordernis der Geltendmachung der voraussichtlichen Schlechterstellung durch den Plan im Abstimmungsverfahren hingewiesen wurde. Absatz 2 Satz 2 gilt nur, wenn in der Ladung besonders auf das Erfordernis der Glaubhaftmachung der voraussichtlichen Schlechterstellung durch den Plan spätestens im Erörterungs- und Abstimmungstermin hingewiesen wurde.</p>
§ 72	§ 65
<b>Bekanntgabe der Entscheidung</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
<p>(1) Wird die Entscheidung über den Antrag auf Bestätigung des Restrukturierungsplans nicht im Anhörungstermin oder im Erörterungs- und Abstimmungstermin verkündet, ist sie in einem alsbald zu bestimmenden besonderen Termin zu verkünden.</p>	
<p>(2) Wird der Restrukturierungsplan bestätigt, so ist den Planbetroffenen unter Hinweis auf die Bestätigung ein Abdruck des Plans oder eine Zusammenfassung seines wesentlichen Inhalts zuzusenden; für an dem Schuldner beteiligte Aktionäre oder Kommanditaktionäre gilt dies nicht. Börsennotierte Gesellschaften haben eine Zusammenfassung des wesentlichen Inhalts des Plans über ihre Internetseite zugänglich zu machen. Die Übersendung eines Abdrucks des Plans oder eine Zusammenfassung seines wesentlichen Inhalts nach Satz 1 kann unterbleiben, wenn der vor der Abstimmung übersendete Plan unverändert angenommen wurde.</p>	
§ 73	§ 66
<b>Sofortige Beschwerde</b>	<b>Sofortige Beschwerde</b>
<p>(1) Gegen den Beschluss, durch den der Restrukturierungsplan bestätigt wird, steht jedem Planbetroffenen die sofortige Beschwerde zu. Dem Schuldner steht die sofortige Beschwerde zu, wenn die Bestätigung des Restrukturierungsplans abgelehnt worden ist.</p>	<p>(1) u n v e r ä n d e r t</p>

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
(2) Die sofortige Beschwerde gegen die Bestätigung des Restrukturierungsplans ist nur zulässig, wenn der Beschwerdeführer	(2) Die sofortige Beschwerde gegen die Bestätigung des Restrukturierungsplans ist nur zulässig, wenn der Beschwerdeführer
1. dem Plan im Abstimmungsverfahren widersprochen hat (§ 71 Absatz 2),	1. dem Plan im Abstimmungsverfahren widersprochen hat (§ 64 Absatz 2),
2. gegen den Plan gestimmt hat und	2. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
3. glaubhaft macht, dass er durch den Plan wesentlich schlechter gestellt wird als er ohne den Plan stünde und dass dieser Nachteil nicht durch eine Zahlung aus den in § 71 Absatz 3 genannten Mitteln ausgeglichen werden kann.	3. glaubhaft macht, dass er durch den Plan wesentlich schlechter gestellt wird als er ohne den Plan stünde und dass dieser Nachteil nicht durch eine Zahlung aus den in § 64 Absatz 3 genannten Mitteln ausgeglichen werden kann.
(3) Absatz 2 Nummer 1 und 2 gilt nur, wenn im Einberufungsschreiben oder in der Ladung zum Termin auf die Notwendigkeit des Widerspruchs und der Ablehnung des Plans besonders hingewiesen wurde. Hat weder eine Versammlung der Planbetroffenen (§ 22) noch ein Erörterungs- und Abstimmungstermin (§ 47) stattgefunden, so gilt Absatz 2 Nummer 1 und 2 nur, wenn im Planangebot auf die Notwendigkeit des Widerspruchs und der Ablehnung des Plans besonders hingewiesen wurde.	(3) Absatz 2 Nummer 1 und 2 gilt nur, wenn im Einberufungsschreiben oder in der Ladung zum Termin auf die Notwendigkeit des Widerspruchs und der Ablehnung des Plans besonders hingewiesen wurde. Hat weder eine Versammlung der Planbetroffenen (§ 20) noch ein Erörterungs- und Abstimmungstermin (§ 45) stattgefunden, so gilt Absatz 2 Nummer 1 und 2 nur, wenn im Planangebot auf die Notwendigkeit des Widerspruchs und der Ablehnung des Plans besonders hingewiesen wurde.
(4) Auf Antrag des Beschwerdeführers ordnet das Gericht die aufschiebende Wirkung der Beschwerde an, wenn der Vollzug des Restrukturierungsplans mit schwerwiegenden, insbesondere nicht rückgängig zu machenden Nachteilen für den Beschwerdeführer einhergeht, die außer Verhältnis zu den Vorteilen des sofortigen Planvollzugs stehen.	(4) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
(5) Das Beschwerdegericht weist die Beschwerde gegen die Bestätigung des Restrukturierungsplans auf Antrag des Schuldners unverzüglich zurück, wenn die alsbaldige Rechtskraft der Planbestätigung vorrangig erscheint, weil die Nachteile eines verzögerten Planvollzugs die Nachteile für den Beschwerdeführer überwiegen; ein Abhilfeverfahren findet nicht statt. Dies gilt nicht, wenn ein besonders schwerer Rechtsverstoß vorliegt. Weist das Beschwerdegericht die Beschwerde nach Satz 1 zurück, ist der Schuldner dem Beschwerdeführer zum Ersatz des Schadens verpflichtet, der ihm durch den Planvollzug entsteht; die Rückgängigmachung der Wirkungen des Restrukturierungsplans kann nicht als Schadensersatz verlangt werden. Für Klagen, mit denen Schadensersatzansprüche nach Satz 3 geltend gemacht werden, ist das Landgericht ausschließlich zuständig, das die Beschwerde zurückgewiesen hat.	(5) <b>u n v e r ä n d e r t</b>

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
Unterabschnitt 2	Unterabschnitt 2
Wirkungen des bestätigten Plans; Überwachung der Planerfüllung	Wirkungen des bestätigten Plans; Überwachung der Planerfüllung
§ 74	§ 67
<b>Wirkungen des Restrukturierungsplans</b>	<b>Wirkungen des Restrukturierungsplans</b>
(1) Mit der Bestätigung des Restrukturierungsplans treten die im gestaltenden Teil festgelegten Wirkungen ein. Dies gilt auch im Verhältnis zu Planbetroffenen, die gegen den Plan gestimmt haben oder die an der Abstimmung nicht teilgenommen haben, obgleich sie ordnungsgemäß an dem Abstimmungsverfahren beteiligt worden sind.	(1) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
(2) <i>Wird in dem Beschluss über die Bestätigung des Restrukturierungsplans auch über eine Vertragsbeendigung entschieden (§ 52 Absatz 1 Satz 3) treten die Wirkungen des Plans abweichend von Absatz 1 erst mit der Rechtskraft des Beschlusses ein.</i>	(2) <b>e n t f ä l l t</b>
(3) Handelt es sich bei dem Schuldner um eine Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit oder eine Kommanditgesellschaft auf Aktien, wirkt eine Befreiung des Schuldners von Verbindlichkeiten auch zugunsten seiner persönlich haftenden Gesellschafter, sofern im Restrukturierungsplan nichts anderes bestimmt ist.	(2) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
(4) Die Rechte der Restrukturierungsgläubiger gegen Mitschuldner und Bürgen des Schuldners sowie die Rechte der Gläubiger an Gegenständen, die nicht zum Vermögen des Schuldners gehören, oder aus einer Vormerkung, die sich auf solche Gegenstände bezieht, werden mit Ausnahme der nach § 4 Absatz 4 gestalteten Rechte aus gruppeninternen Drittsicherheiten von dem Restrukturierungsplan nicht berührt. Der Schuldner wird jedoch durch den Plan gegenüber dem Mitschuldner, Bürgen oder sonstigen Rückgriffsberechtigten befreit wie gegenüber dem Gläubiger.	(3) Die Rechte der Restrukturierungsgläubiger gegen Mitschuldner und Bürgen des Schuldners sowie die Rechte der Gläubiger an Gegenständen, die nicht zum Vermögen des Schuldners gehören, oder aus einer Vormerkung, die sich auf solche Gegenstände bezieht, werden mit Ausnahme der nach § 2 Absatz 4 gestalteten Rechte aus gruppeninternen Drittsicherheiten von dem Restrukturierungsplan nicht berührt. Der Schuldner wird jedoch durch den Plan gegenüber dem Mitschuldner, Bürgen oder sonstigen Rückgriffsberechtigten befreit wie gegenüber dem Gläubiger.
(5) Ist ein Gläubiger weitergehend befriedigt worden, als er es nach dem Restrukturierungsplan zu beanspruchen hat, so begründet dies keine Pflicht zur Rückgewähr des Erlangten.	(4) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
(6) Werden Restrukturierungsforderungen in Anteils- oder Mitgliedschaftsrechte an dem Schuldner umgewandelt, kann der Schuldner nach der gerichtlichen Bestätigung des Restrukturierungsplans keine	(5) <b>u n v e r ä n d e r t</b>

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 6. Ausschusses</b>
Ansprüche wegen einer Überbewertung der Forderungen im Plan gegen die bisherigen Gläubiger geltend machen.	
(7) Mit der rechtskräftigen Bestätigung des Restrukturierungsplans gelten Mängel im Verfahren der Planabstimmung sowie Willensmängel von Planangebot und Planannahme als geheilt.	<b>(6) un verändert</b>
§ 75	§ 68
<b>Sonstige Wirkungen des Restrukturierungsplans</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
(1) Wenn Rechte an Gegenständen begründet, geändert, übertragen oder aufgehoben oder Geschäftsanteile an einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung abgetreten werden sollen, gelten die in den Restrukturierungsplan aufgenommenen Willenserklärungen der Planbetroffenen und des Schuldners als in der vorgeschriebenen Form abgegeben.	
(2) Die in den Restrukturierungsplan aufgenommenen Beschlüsse und sonstigen Willenserklärungen der Planbetroffenen und des Schuldners gelten als in der vorgeschriebenen Form abgegeben. Gesellschaftsrechtlich erforderliche Ladungen, Bekanntmachungen und sonstige Maßnahmen zur Vorbereitung von Beschlüssen der Planbetroffenen gelten als in der vorgeschriebenen Form bewirkt.	
(3) Entsprechendes gilt für die in den Restrukturierungsplan aufgenommenen Verpflichtungserklärungen, die einer Maßnahme nach Absatz 1 oder Absatz 2 zugrunde liegen.	
§ 76	§ 69
<b>Wiederaufleben gestundeter oder erlassener Forderungen</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
(1) Sind aufgrund des gestaltenden Teils des Restrukturierungsplans einbezogene Restrukturierungsforderungen gestundet oder teilweise erlassen worden, so wird die Stundung oder der Erlass für den Gläubiger hinfällig, gegenüber dem der Schuldner mit der Erfüllung des Plans erheblich in Rückstand gerät. Ein erheblicher Rückstand ist erst anzunehmen, wenn der Schuldner eine fällige Verbindlichkeit nicht bezahlt hat, obwohl der Gläubiger ihn schriftlich gemahnt und ihm dabei eine mindestens zweiwöchige Nachfrist gesetzt hat.	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
(2) Wird vor vollständiger Erfüllung des Restrukturierungsplans über das Vermögen des Schuldners ein Insolvenzverfahren eröffnet, so ist die Stundung oder der Erlass im Sinne des Absatzes 1 für alle Gläubiger hinfällig.	
(3) Im Restrukturierungsplan kann etwas von Absatz 1 oder 2 Abweichendes vorgesehen werden. Jedoch kann von Absatz 1 nicht zum Nachteil des Schuldners abgewichen werden.	
§ 77	§ 70
<b>Streitige Forderungen und Ausfallforderungen</b>	<b>Streitige Forderungen und Ausfallforderungen</b>
(1) Streitige Restrukturierungsforderungen unterliegen der auf sie anwendbaren Regelung des Restrukturierungsplans in der Höhe, in der sie später festgestellt sind, nicht aber über den Betrag hinaus, der dem Plan zugrunde gelegt wurde.	(1) u n v e r ä n d e r t
(2) Ist eine Restrukturierungsforderung im Abstimmungsverfahren bestritten worden oder steht die Höhe der Ausfallforderung des Inhabers einer Absonderungsanwartschaft noch nicht fest, so ist ein Rückstand mit der Erfüllung des Restrukturierungsplans im Sinne des § 76 Absatz 1 nicht anzunehmen, wenn der Schuldner die Forderung bis zur endgültigen Feststellung in der Höhe berücksichtigt, die der Entscheidung über das Stimmrecht bei der Abstimmung über den Plan entspricht. Ist keine Entscheidung des Restrukturierungsgerichts über das Stimmrecht getroffen worden, so hat das Restrukturierungsgericht auf Antrag des Schuldners oder des Gläubigers nachträglich festzustellen, in welchem Ausmaß der Schuldner die Forderung vorläufig zu berücksichtigen hat.	(2) Ist eine Restrukturierungsforderung im Abstimmungsverfahren bestritten worden oder steht die Höhe der Ausfallforderung des Inhabers einer Absonderungsanwartschaft noch nicht fest, so ist ein Rückstand mit der Erfüllung des Restrukturierungsplans im Sinne des § 69 Absatz 1 nicht anzunehmen, wenn der Schuldner die Forderung bis zur endgültigen Feststellung in der Höhe berücksichtigt, die der Entscheidung über das Stimmrecht bei der Abstimmung über den Plan entspricht. Ist keine Entscheidung des Restrukturierungsgerichts über das Stimmrecht getroffen worden, so hat das Restrukturierungsgericht auf Antrag des Schuldners oder des Gläubigers nachträglich festzustellen, in welchem Ausmaß der Schuldner die Forderung vorläufig zu berücksichtigen hat.
(3) Ergibt die endgültige Feststellung der Forderung, dass der Schuldner zu wenig gezahlt hat, so hat er das Fehlende nachzuzahlen. Ein erheblicher Rückstand mit der Erfüllung des Restrukturierungsplans ist erst anzunehmen, wenn der Schuldner das Fehlende nicht nachzahlt, obwohl der Gläubiger ihn schriftlich gemahnt und ihm dabei eine mindestens zweiwöchige Nachfrist gesetzt hat.	(3) u n v e r ä n d e r t
(4) Ergibt die endgültige Feststellung der Forderung, dass der Schuldner zu viel gezahlt hat, so kann er den Mehrbetrag nur insoweit zurückfordern, als dieser auch den nicht fälligen Teil der Forderung übersteigt, die dem Gläubiger nach dem Restrukturierungsplan zusteht.	(4) u n v e r ä n d e r t

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 6. Ausschusses</b>
§ 78	§ 71
<b>Vollstreckung aus dem Restrukturierungsplan</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
<p>(1) Aus dem rechtskräftig bestätigten Restrukturierungsplan können die Restrukturierungsgläubiger, deren Forderungen im Bestätigungsbeschluss nicht als bestritten ausgewiesen sind, wie aus einem vollstreckbaren Urteil die Zwangsvollstreckung gegen den Schuldner betreiben. § 202 der Insolvenzordnung gilt entsprechend.</p>	
<p>(2) Absatz 1 gilt auch für die Zwangsvollstreckung gegen einen Dritten, der durch eine dem Restrukturierungsgericht eingereichte schriftliche Erklärung für die Erfüllung des Plans neben dem Schuldner ohne Vorbehalt der Einrede der Vorausklage Verpflichtungen übernommen hat.</p>	
<p>(3) Macht ein Gläubiger die Rechte geltend, die ihm im Fall eines erheblichen Rückstands des Schuldners mit der Erfüllung des Plans zustehen, so hat er zur Erteilung der Vollstreckungsklausel für diese Rechte und zur Durchführung der Vollstreckung die Mahnung und den Ablauf der Nachfrist glaubhaft zu machen, jedoch keinen weiteren Beweis für den Rückstand des Schuldners zu führen.</p>	
<p>(4) Bestand für die einer Planregelung unterliegende Forderung bereits ein vollstreckbarer Titel, tritt der rechtskräftig bestätigte Restrukturierungsplan an dessen Stelle; die weitere Vollstreckung aus dem früheren Titel ist insoweit unzulässig.</p>	
§ 79	§ 72
<b>Planüberwachung</b>	<b>unverändert</b>
<p>(1) Im gestaltenden Teil des Restrukturierungsplans kann vorgesehen werden, dass die Erfüllung der den Gläubigern nach dem gestaltenden Teil zustehenden Ansprüche überwacht wird.</p>	
<p>(2) Die Überwachung ist einem Restrukturierungsbeauftragten zu übertragen.</p>	
<p>(3) Stellt der Restrukturierungsbeauftragte fest, dass Ansprüche, deren Erfüllung überwacht wird, nicht erfüllt werden oder nicht erfüllt werden können, so hat er dies unverzüglich dem Restrukturierungsgericht und den Gläubigern anzuzeigen, denen nach dem gestaltenden Teil des Plans Ansprüche gegen den Schuldner zustehen.</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
(4) Das Restrukturierungsgericht beschließt die Aufhebung der Überwachung, wenn	
1. die Ansprüche, deren Erfüllung überwacht wird, erfüllt sind oder wenn gewährleistet ist, dass sie erfüllt werden,	
2. seit dem Eintritt der Rechtskraft des Restrukturierungsplans drei Jahre verstrichen sind oder	
3. das Insolvenzverfahren über das Vermögen des Schuldners eröffnet oder die Eröffnung mangels Masse abgewiesen wird.	
Kapitel 3	Kapitel 3
Restrukturierungsbeauftragter	Restrukturierungsbeauftragter
Abschnitt 1	Abschnitt 1
Bestellung von Amts wegen	Bestellung von Amts wegen
§ 80	§ 73
<b>Bestellung von Amts wegen</b>	<b>Bestellung von Amts wegen</b>
(1) Das Restrukturierungsgericht bestellt einen Restrukturierungsbeauftragten, wenn	(1) Das Restrukturierungsgericht bestellt einen Restrukturierungsbeauftragten, wenn
1. im Rahmen der Restrukturierung die Rechte von Verbrauchern oder mittleren, kleinen oder Kleinstunternehmen berührt werden sollen, <i>insbesondere</i> , weil deren Forderungen oder Absonderungsanswartschaften durch den Restrukturierungsplan gestaltet werden sollen oder die Durchsetzung solcher Forderungen oder Absonderungsanswartschaften durch eine Stabilisierungsanordnung gesperrt werden soll,	1. im Rahmen der Restrukturierung die Rechte von Verbrauchern oder mittleren, kleinen oder Kleinstunternehmen berührt werden sollen, weil deren Forderungen oder Absonderungsanswartschaften durch den Restrukturierungsplan gestaltet werden sollen oder die Durchsetzung solcher Forderungen oder Absonderungsanswartschaften durch eine Stabilisierungsanordnung gesperrt werden soll,
2. der Schuldner eine Stabilisierungsanordnung beantragt, welche sich mit Ausnahme der nach § 6 ausgenommenen Forderungen gegen alle oder im Wesentlichen alle Gläubiger richten soll,	2. der Schuldner eine Stabilisierungsanordnung beantragt, welche sich mit Ausnahme der nach § 4 ausgenommenen Forderungen gegen alle oder im Wesentlichen alle Gläubiger richten soll,
3. der Restrukturierungsplan eine Überwachung der Erfüllung der den Gläubigern zustehenden Ansprüche vorsieht (§ 79).	3. der Restrukturierungsplan eine Überwachung der Erfüllung der den Gläubigern zustehenden Ansprüche vorsieht (§ 72).
Das Gericht kann im Einzelfall von einer Bestellung absehen, wenn die Bestellung zur Wahrung der Rechte	u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
der Beteiligten nicht erforderlich oder offensichtlich unverhältnismäßig ist.	
<p>(2) Eine Bestellung erfolgt auch, wenn absehbar ist, dass das Restrukturierungsziel nur gegen den Willen von Inhabern von Restrukturierungsforderungen oder Absonderungsanwartschaften erreichbar ist, ohne deren Zustimmung zum Restrukturierungsplan eine Planbestätigung allein unter den Voraussetzungen des § 28 möglich ist. Dies gilt nicht, wenn an der Restrukturierung allein Unternehmen des Finanzsektors als Planbetroffene beteiligt sind. Den Unternehmen des Finanzsektors stehen Planbetroffene gleich, die als Rechtsnachfolger in die von Unternehmen des Finanzsektors begründeten Forderungen eingetreten sind oder die mit Forderungen aus geld- oder kapitalmarktgehandelten Instrumenten betroffen werden. Den geld- und kapitalmarktgehandelten Instrumenten stehen nicht verbrieft Instrumente gleich, die zu gleichlautenden Bedingungen ausgegeben wurden.</p>	<p>(2) Eine Bestellung erfolgt auch, wenn absehbar ist, dass das Restrukturierungsziel nur gegen den Willen von Inhabern von Restrukturierungsforderungen oder Absonderungsanwartschaften erreichbar ist, ohne deren Zustimmung zum Restrukturierungsplan eine Planbestätigung allein unter den Voraussetzungen des § 26 möglich ist. Dies gilt nicht, wenn an der Restrukturierung allein Unternehmen des Finanzsektors als Planbetroffene beteiligt sind. Den Unternehmen des Finanzsektors stehen Planbetroffene gleich, die als Rechtsnachfolger in die von Unternehmen des Finanzsektors begründeten Forderungen eingetreten sind oder die mit Forderungen aus geld- oder kapitalmarktgehandelten Instrumenten betroffen werden. Den geld- und kapitalmarktgehandelten Instrumenten stehen nicht verbrieft Instrumente gleich, die zu gleichlautenden Bedingungen ausgegeben wurden.</p>
<p>(3) Das Gericht kann einen Restrukturierungsbeauftragten bestellen, um Prüfungen als Sachverständiger vorzunehmen, insbesondere</p>	<p>(3) Das Gericht kann einen Restrukturierungsbeauftragten bestellen, um Prüfungen als Sachverständiger vorzunehmen, insbesondere</p>
<p>1. zu den Bestätigungsvoraussetzungen nach § 70 Absatz 1 Nummer 1 und 3, Absatz 2 und § 71 Absatz 1 oder</p>	<p>1. zu den Bestätigungsvoraussetzungen nach § 63 Absatz 1 Nummer 1, Absatz 2 und § 64 Absatz 1 oder</p>
<p>2. zur Angemessenheit der Entschädigung bei einem Eingriff in gruppeninterne Drittsicherheiten oder einer Beschränkung der Haftung von unbeschränkt haftenden Gesellschaftern.</p>	<p>2. u n v e r ä n d e r t</p>
<p>§ 81</p>	<p>§ 74</p>
<p><b>Bestellung</b></p>	<p><b>Bestellung</b></p>
<p>(1) Zum Restrukturierungsbeauftragten ist ein für den jeweiligen Einzelfall geeigneter, in Restrukturierungs- und Insolvenzverfahren erfahrener Steuerberater, Wirtschaftsprüfer oder Rechtsanwalt oder eine sonstige natürliche Person mit vergleichbarer Qualifikation zu bestellen, die von den Gläubigern und dem Schuldner unabhängig ist und die aus dem Kreis aller zur Übernahme des Amtes bereiten Personen auszuwählen ist.</p>	<p>(1) u n v e r ä n d e r t</p>
<p>(2) Das Restrukturierungsgericht berücksichtigt bei der Auswahl eines Restrukturierungsbeauftragten nach § 80 Absatz 1 und 2 Vorschläge des Schuldners, der Gläubiger und der an dem Schuldner beteiligten Personen. Hat der Schuldner die Bescheinigung eines in Restrukturierungs- und Insolvenzverfahren erfahrenen</p>	<p>(2) Das Restrukturierungsgericht berücksichtigt bei der Auswahl eines Restrukturierungsbeauftragten nach § 73 Absatz 1 und 2 Vorschläge des Schuldners, der Gläubiger und der an dem Schuldner beteiligten Personen. Hat der Schuldner die Bescheinigung eines in Restrukturierungs- und Insolvenzverfahren erfahrenen</p>

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 6. Ausschusses</b>
<p>Steuerberaters, Wirtschaftsprüfers, Rechtsanwalts oder einer Person mit vergleichbarer Qualifikation vorgelegt, aus der sich ergibt, dass der Schuldner die Voraussetzungen des § 58 Absatz 1 und 2 erfüllt, kann das Gericht vom Vorschlag des Schuldners nur dann abweichen, wenn die vorgeschlagene Person offensichtlich ungeeignet ist; dies ist zu begründen. Wenn Planbetroffene, auf welche in jeder der nach § 11 gebildeten oder zu bildenden Gruppen von Inhabern von Restrukturierungsforderungen und Absonderungsanwartschaften mehr als 25 Prozent des Stimmrechts entfallen oder voraussichtlich entfallen werden, einen gemeinschaftlichen Vorschlag unterbreiten und wenn keine Bindung des Gerichts nach Satz 2 besteht, kann das Gericht vom gemeinsamen Vorschlag der Planbetroffenen nur dann abweichen, wenn die vorgeschlagene Person offensichtlich ungeeignet ist; dies ist zu begründen.</p>	<p>Steuerberaters, Wirtschaftsprüfers, Rechtsanwalts oder einer Person mit vergleichbarer Qualifikation vorgelegt, aus der sich ergibt, dass der Schuldner die Voraussetzungen des § 51 Absatz 1 und 2 erfüllt, kann das Gericht vom Vorschlag des Schuldners nur dann abweichen, wenn die vorgeschlagene Person offensichtlich ungeeignet ist; dies ist zu begründen. Wenn Planbetroffene, auf welche in jeder der nach § 9 gebildeten oder zu bildenden Gruppen von Inhabern von Restrukturierungsforderungen und Absonderungsanwartschaften mehr als 25 Prozent des Stimmrechts entfallen oder voraussichtlich entfallen werden, einen gemeinschaftlichen Vorschlag unterbreiten und wenn keine Bindung des Gerichts nach Satz 2 besteht, kann das Gericht vom gemeinsamen Vorschlag der Planbetroffenen nur dann abweichen, wenn die vorgeschlagene Person offensichtlich ungeeignet ist; dies ist zu begründen.</p>
<p>(3) Folgt das Restrukturierungsgericht einem Vorschlag des Schuldners nach Absatz 2 Satz 2 oder der Planbetroffenen nach Absatz 2 Satz 3, kann es einen weiteren Restrukturierungsbeauftragten bestellen und diesem dessen Aufgaben übertragen; dies gilt nicht für die Aufgaben nach § 83 Absatz 2 Nummer 1 Halbsatz 1 und 2.</p>	<p>(3) Folgt das Restrukturierungsgericht einem Vorschlag des Schuldners nach Absatz 2 Satz 2 oder der Planbetroffenen nach Absatz 2 Satz 3, kann es einen weiteren Restrukturierungsbeauftragten bestellen und diesem dessen Aufgaben übertragen; dies gilt nicht für die Aufgaben nach § 76 Absatz 2 Nummer 1 Halbsatz 1 und 2.</p>
<p>§ 82</p>	<p>§ 75</p>
<p><b>Rechtsstellung</b></p>	<p><b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>(1) Der Restrukturierungsbeauftragte steht unter der Aufsicht des Restrukturierungsgerichts. Das Gericht kann jederzeit einzelne Auskünfte oder einen Bericht über den Sachstand verlangen.</p>	
<p>(2) Das Restrukturierungsgericht kann den Restrukturierungsbeauftragten aus wichtigem Grund aus dem Amt entlassen. Die Entlassung kann von Amts wegen oder auf Antrag des Restrukturierungsbeauftragten, des Schuldners oder eines Gläubigers erfolgen. Auf Antrag des Schuldners oder eines Gläubigers erfolgt die Entlassung nur, wenn der Beauftragte nicht unabhängig ist; dies ist von dem Antragsteller glaubhaft zu machen. Vor der Entscheidung ist der Restrukturierungsbeauftragte zu hören.</p>	
<p>(3) Gegen die Entlassung steht dem Beauftragten die sofortige Beschwerde zu. Gegen die Ablehnung des Antrags steht dem Antragsteller die sofortige Beschwerde zu.</p>	
<p>(4) Der Restrukturierungsbeauftragte erfüllt seine Aufgaben mit der gebotenen Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit. Er nimmt seine Aufgaben unparteiisch</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
<p>wahr. Verletzt er die ihm obliegenden Pflichten in schuldhafter Weise, ist er den Betroffenen zum Schadensersatz verpflichtet. Die Verjährung des Anspruchs auf Ersatz des Schadens, der aus einer Pflichtverletzung des Restrukturierungsbeauftragten entstanden ist, richtet sich nach den Regelungen über die regelmäßige Verjährung nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch. Der Anspruch verjährt spätestens in drei Jahren nach der Beendigung der Rechtshängigkeit der Restrukturierungssache. Ist eine Planüberwachung angeordnet, tritt an die Stelle des Endes der Rechtshängigkeit der Restrukturierungssache der Abschluss der Planüberwachung.</p>	
§ 83	§ 76
<b>Aufgaben</b>	<b>Aufgaben</b>
<p>(1) Stellt der Restrukturierungsbeauftragte Umstände fest, die eine Aufhebung der Restrukturierungssache nach § 35 rechtfertigen, hat er diese dem Restrukturierungsgericht unverzüglich mitzuteilen.</p>	<p>(1) Stellt der Restrukturierungsbeauftragte Umstände fest, die eine Aufhebung der Restrukturierungssache nach § 33 rechtfertigen, hat er diese dem Restrukturierungsgericht unverzüglich mitzuteilen.</p>
<p>(2) <i>Erfolgt</i> die <i>Bestellung</i> nach § 80 Absatz 1 Nummer 1 oder 2 oder Absatz 2,</p>	<p>(2) <b>Liegen</b> die <b>Voraussetzungen</b> von § 73 Absatz 1 Nummer 1 oder 2 oder Absatz 2 <b>vor</b>,</p>
<p>1. steht dem Restrukturierungsbeauftragten die Entscheidung darüber zu, wie der Restrukturierungsplan zur Abstimmung gebracht wird; erfolgt die Abstimmung nicht im gerichtlichen Verfahren, leitet der Beauftragte die Versammlung der Planbetroffenen und dokumentiert die Abstimmung; der Beauftragte prüft die Forderungen, Absonderungsanwartschaften, gruppeninternen Drittsicherheiten und Anteils- und Mitgliedschaftsrechte der Planbetroffenen; ist eine Restrukturierungsforderung, Absonderungsanwartschaft oder gruppeninterne Drittsicherheit oder ein Anteils- und Mitgliedschaftsrecht dem Grunde oder der Höhe nach streitig oder zweifelhaft, weist er die anderen Planbetroffenen darauf hin und wirkt auf eine Klärung des Stimmrechts im Wege einer Vorprüfung nach den §§ 49 und 50 hin,</p>	<p>1. steht dem Restrukturierungsbeauftragten die Entscheidung darüber zu, wie der Restrukturierungsplan zur Abstimmung gebracht wird; erfolgt die Abstimmung nicht im gerichtlichen Verfahren, leitet der Beauftragte die Versammlung der Planbetroffenen und dokumentiert die Abstimmung; der Beauftragte prüft die Forderungen, Absonderungsanwartschaften, gruppeninternen Drittsicherheiten und Anteils- und Mitgliedschaftsrechte der Planbetroffenen; ist eine Restrukturierungsforderung, Absonderungsanwartschaft oder gruppeninterne Drittsicherheit oder ein Anteils- und Mitgliedschaftsrecht dem Grunde oder der Höhe nach streitig oder zweifelhaft, weist er die anderen Planbetroffenen darauf hin und wirkt auf eine Klärung des Stimmrechts im Wege einer Vorprüfung nach den §§ 47 und 48 hin,</p>
<p>2. kann das Gericht dem Beauftragten die Befugnis übertragen,</p>	<p>2. kann das Gericht dem Beauftragten die Befugnis übertragen,</p>
<p>a) die wirtschaftliche Lage des Schuldners zu prüfen und dessen Geschäftsführung zu überwachen,</p>	<p>a) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
b) von dem Schuldner zu verlangen, dass eingehende Gelder nur von dem Beauftragten entgegengenommen werden können,	b) von dem Schuldner zu verlangen, dass eingehende Gelder nur von dem Beauftragten entgegengenommen <b>und Zahlungen nur von dem Beauftragten geleistet</b> werden können,
3. kann das Gericht dem Schuldner aufgeben, dem Beauftragten Zahlungen anzuzeigen und Zahlungen außerhalb des gewöhnlichen Geschäftsbetriebs nur zu tätigen, wenn der Beauftragte zustimmt.	3. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
(3) Wird zugunsten des Schuldners eine Stabilisierungsanordnung erlassen,	(3) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
1. prüft der Beauftragte fortlaufend, ob die Anordnungsvoraussetzungen fortbestehen und ob ein Aufhebungsgrund vorliegt; zu diesem Zweck untersucht der Beauftragte die Verhältnisse des Schuldners;	
2. steht dem Beauftragten das Recht zu, die Gründe für die Aufhebung der Anordnung geltend zu machen.	
(4) Legt der Schuldner einen Restrukturierungsplan zur Bestätigung vor, nimmt der Beauftragte Stellung zur Erklärung nach § 16 Absatz 1. Erfolgt die Bestellung des Beauftragten vor der Planabstimmung, ist die Stellungnahme den Planbetroffenen als weitere Anlage beizufügen. Der Bericht nach Satz 1 stellt auch die Zweifel am Bestehen oder an der Höhe einer Restrukturierungsforderung, einer Absonderungsanwartschaft, einer gruppeninternen Drittsicherheit oder eines Anteils- und Mitgliedschaftsrechts nach Absatz 2 Nummer 1 Halbsatz 4 oder einen diesbezüglichen Streit dar.	(4) Legt der Schuldner einen Restrukturierungsplan zur Bestätigung vor, nimmt der Beauftragte Stellung zur Erklärung nach § 14 Absatz 1. Erfolgt die Bestellung des Beauftragten vor der Planabstimmung, ist die Stellungnahme den Planbetroffenen als weitere Anlage beizufügen. Der Bericht nach Satz 1 stellt auch die Zweifel am Bestehen oder an der Höhe einer Restrukturierungsforderung, einer Absonderungsanwartschaft, einer gruppeninternen Drittsicherheit oder eines Anteils- und Mitgliedschaftsrechts nach Absatz 2 Nummer 1 Halbsatz 4 oder einen diesbezüglichen Streit dar.
(5) Der Schuldner ist verpflichtet, dem Beauftragten die erforderlichen Auskünfte zu erteilen, ihm Einsicht in die Bücher und Geschäftspapiere zu gewähren und ihn bei der Erfüllung seiner Aufgaben zu unterstützen.	(5) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
(6) Das Restrukturierungsgericht kann den Restrukturierungsbeauftragten beauftragen, die dem Gericht obliegenden Zustellungen durchzuführen. Zur Durchführung der Zustellung und zur Erfassung in den Akten kann der Beauftragte sich Dritter, insbesondere auch eigenen Personals, bedienen. Er hat die von ihm nach § 184 Absatz 2 Satz 4 der Zivilprozessordnung angefertigten Vermerke unverzüglich zu den Gerichtsakten zu reichen.	(6) <b>u n v e r ä n d e r t</b>

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
Abschnitt 2	Abschnitt 2
Bestellung auf Antrag	Bestellung auf Antrag
§ 84	§ 77
<b>Antrag</b>	<b>Antrag</b>
(1) Auf Antrag des Schuldners bestellt das Restrukturierungsgericht einen Restrukturierungsbeauftragten zur Förderung der Verhandlungen zwischen den Beteiligten (fakultativer Restrukturierungsbeauftragter). Gläubigern steht dieses Recht gemeinschaftlich zu, wenn auf sie mehr als 25 Prozent der Stimmrechte in einer Gruppe entfallen oder voraussichtlich entfallen werden und wenn sie sich zur gesamtschuldnerischen Übernahme der Kosten der Beauftragung verpflichten.	(1) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
(2) Der Antrag kann darauf gerichtet sein, dem Beauftragten zusätzlich eine oder mehrere Aufgaben nach § 83 zuzuweisen.	(2) Der Antrag kann darauf gerichtet sein, dem Beauftragten zusätzlich eine oder mehrere Aufgaben nach § 76 zuzuweisen.
§ 85	§ 78
<b>Bestellung und Rechtsstellung</b>	<b>Bestellung und Rechtsstellung</b>
(1) Auf die Bestellung des fakultativen Restrukturierungsbeauftragten findet § 81 Absatz 1 entsprechende Anwendung.	(1) Auf die Bestellung des fakultativen Restrukturierungsbeauftragten findet § 74 Absatz 1 entsprechende Anwendung.
(2) Wird von Gläubigern, die zusammen alle in den Restrukturierungsplan einbezogenen Gruppen repräsentieren, ein Vorschlag zur Person des fakultativen Restrukturierungsbeauftragten gemacht, kann das Gericht von diesem nur dann abweichen, wenn die Person offensichtlich ungeeignet ist oder, falls der Beauftragte lediglich zum Zwecke der Förderung der Verhandlungen zwischen den Beteiligten bestellt werden soll, der Schuldner dem Vorschlag widerspricht; eine Abweichung ist zu begründen.	(2) Wird von Gläubigern, die zusammen alle <b>vo-raussichtlich</b> in den Restrukturierungsplan einbezogenen Gruppen repräsentieren, ein Vorschlag zur Person des fakultativen Restrukturierungsbeauftragten gemacht, kann das Gericht von diesem nur dann abweichen, wenn die Person offensichtlich ungeeignet ist oder, falls der Beauftragte lediglich zum Zwecke der Förderung der Verhandlungen zwischen den Beteiligten bestellt werden soll, der Schuldner dem Vorschlag widerspricht; eine Abweichung ist zu begründen.
(3) Auf die Rechtsstellung des fakultativen Restrukturierungsbeauftragten findet § 82 entsprechende Anwendung.	(3) Auf die Rechtsstellung des fakultativen Restrukturierungsbeauftragten findet § 75 entsprechende Anwendung.

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
§ 86	§ 79
<b>Aufgaben</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
Der fakultative Restrukturierungsbeauftragte unterstützt den Schuldner und die Gläubiger bei der Ausarbeitung und Aushandlung des Restrukturierungskonzepts und des auf ihm basierenden Plans.	
A b s c h n i t t 3	A b s c h n i t t 3
V e r g ü t u n g	V e r g ü t u n g
§ 87	§ 80
<b>Vergütungsanspruch</b>	<b>unverändert</b>
Der Restrukturierungsbeauftragte hat nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen Anspruch auf Vergütung (Honorar und Auslagen). Vereinbarungen über die Vergütung sind nur dann wirksam, wenn die nachfolgenden Bestimmungen zum zulässigen Inhalt und zum Verfahren beachtet sind.	
§ 88	§ 81
<b>Regelvergütung</b>	<b>Regelvergütung</b>
(1) Der Restrukturierungsbeauftragte erhält, soweit er persönlich tätig wird, ein Honorar auf der Grundlage angemessener Stundensätze.	(1) u n v e r ä n d e r t
(2) Soweit der unterstützende Einsatz qualifizierter Mitarbeiter erforderlich ist, erhält der Restrukturierungsbeauftragte auch für deren Tätigkeit ein Honorar auf der Grundlage angemessener Stundensätze.	(2) u n v e r ä n d e r t
(3) Bei der Bemessung der Stundensätze berücksichtigt das Restrukturierungsgericht die Unternehmensgröße, Art und Umfang der wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Schuldners und die Qualifikation des Restrukturierungsbeauftragten sowie der qualifizierten Mitarbeiter. Im Regelfall beläuft sich der Stundensatz für die persönliche Tätigkeit des Restrukturierungsbeauftragten auf bis zu 350 Euro und für die Tätigkeit qualifizierter Mitarbeiter auf bis zu 200 Euro.	(3) u n v e r ä n d e r t
(4) Mit der Bestellung des Restrukturierungsbeauftragten setzt das Restrukturierungsgericht die Stundensätze fest. Zugleich bestimmt es auf der Grundlage	(4) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
<p>von Stundenbudgets, die dem voraussichtlichen Aufwand und der Qualifikation des Beauftragten und der qualifizierten Mitarbeiter angemessen Rechnung tragen, einen Höchstbetrag für das Honorar. Dazu hört das Restrukturierungsgericht die zu bestellende Person und diejenigen an, die die Auslagen nach Nummer 9017 des Kostenverzeichnisses zum Gerichtskostengesetz schulden (Auslagenschuldner).</p>	
<p>(5) Die Bestellung eines fakultativen Restrukturierungsbeauftragten soll erst nach Zahlung der Gerichtsgebühr für die Bestellung nach Nummer 2513 des Kostenverzeichnisses zum Gerichtskostengesetz und eines Vorschusses auf die Auslagen nach Nummer 9017 des Kostenverzeichnisses zum Gerichtskostengesetz erfolgen. <i>Hat</i> eine Bestellung von Amts wegen <i>zu erfolgen</i>, soll das Restrukturierungsgericht auch über jeden Antrag des Schuldners auf Inanspruchnahme eines Instruments des Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmens erst nach Zahlung der Gerichtsgebühr für die Bestellung nach Nummer 2513 des Kostenverzeichnisses zum Gerichtskostengesetz und eines Vorschusses auf die Auslagen nach Nummer 9017 des Kostenverzeichnisses zum Gerichtskostengesetz entscheiden.</p>	<p>(5) Die Bestellung eines fakultativen Restrukturierungsbeauftragten soll erst nach Zahlung der Gerichtsgebühr für die Bestellung nach Nummer 2513 des Kostenverzeichnisses zum Gerichtskostengesetz und eines Vorschusses auf die Auslagen nach Nummer 9017 des Kostenverzeichnisses zum Gerichtskostengesetz erfolgen. <b>Erfolgt</b> eine Bestellung von Amts wegen, soll das Restrukturierungsgericht auch über jeden Antrag des Schuldners auf Inanspruchnahme eines Instruments des Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmens erst nach Zahlung der Gerichtsgebühr für die Bestellung nach Nummer 2513 des Kostenverzeichnisses zum Gerichtskostengesetz und eines Vorschusses auf die Auslagen nach Nummer 9017 des Kostenverzeichnisses zum Gerichtskostengesetz entscheiden.</p>
<p>(6) Reichen die der Ermittlung des Höchstbetrags zugrunde gelegten Stundenbudgets für eine sachgerechte Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse nicht aus, legt der Beauftragte Grund und Ausmaß des Erhebungsbedarfs unverzüglich dem Restrukturierungsgericht dar. Das Restrukturierungsgericht hat in diesem Fall nach Anhörung der Auslagenschuldner unverzüglich über eine Anpassung der Budgets zu entscheiden.</p>	<p>(6) Reichen die der Ermittlung des Höchstbetrags zugrunde gelegten Stundenbudgets für eine sachgerechte Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse nicht aus, legt der Beauftragte Grund und Ausmaß des Erhebungsbedarfs unverzüglich dem Restrukturierungsgericht dar. Das Restrukturierungsgericht hat in diesem Fall nach Anhörung der Auslagenschuldner unverzüglich über eine Anpassung der Budgets zu entscheiden. <b>Absatz 5 gilt entsprechend.</b></p>
<p>(7) Für den Ersatz der Auslagen gelten § 5 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 und die §§ 6, 7 und 12 Absatz 1 Satz 2 Nummer 4 des Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetzes entsprechend.</p>	<p>(7) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p style="text-align: center;">§ 89</p>	<p style="text-align: center;">§ 82</p>
<p style="text-align: center;"><b>Festsetzung der Vergütung</b></p>	<p style="text-align: center;"><b>Festsetzung der Vergütung</b></p>
<p>(1) Auf Antrag des Restrukturierungsbeauftragten setzt das Restrukturierungsgericht nach Beendigung des Amtes des Restrukturierungsbeauftragten die Vergütung durch Beschluss fest.</p>	<p>(1) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>(2) Das Restrukturierungsgericht entscheidet bei der Festsetzung der Vergütung nach Absatz 1 auch darüber, wer in welchem Umfang die Auslagen nach</p>	<p>(2) <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
<p>Nummer 9017 des Kostenverzeichnisses zum Gerichtskostengesetz zu tragen hat. Die Auslagen sind dem Schuldner aufzuerlegen. Abweichend von Satz 2 sind die Auslagen bei Bestellung eines fakultativen Restrukturierungsbeauftragten auf Antrag von Gläubigern den antragstellenden Gläubigern aufzuerlegen, soweit sie nicht für Tätigkeiten entstehen, die das Restrukturierungsgericht dem Restrukturierungsbeauftragten von Amts wegen oder auf Antrag des Schuldners übertragen hat.</p>	
<p>(3) Gegen die Festsetzung des Stundensatzes nach § 88 Absatz 4, gegen die Bestimmung oder Anpassung des Höchstbetrags nach § 88 Absatz 4 und 6 und gegen die Festsetzung der Vergütung steht dem Restrukturierungsbeauftragten und jedem Auslagenschuldner die sofortige Beschwerde zu.</p>	<p>(3) Gegen die Festsetzung des Stundensatzes nach § <b>81</b> Absatz 4, gegen die Bestimmung oder Anpassung des Höchstbetrags nach § <b>81</b> Absatz 4 und 6 und gegen die Festsetzung der Vergütung steht dem Restrukturierungsbeauftragten und jedem Auslagenschuldner die sofortige Beschwerde zu.</p>
<p>(4) Auf Antrag des Restrukturierungsbeauftragten ist ein angemessener Vorschuss <i>festzusetzen</i>, wenn ihm erhebliche Auslagen entstanden sind oder voraussichtlich entstehen werden oder wenn die zu erwartende Vergütung für bereits erbrachte Arbeiten einen Betrag von 10 000 Euro übersteigt.</p>	<p>(4) Auf Antrag des Restrukturierungsbeauftragten ist ein angemessener Vorschuss <b>auszuzahlen</b>, wenn ihm erhebliche Auslagen entstanden sind oder voraussichtlich entstehen werden oder wenn die zu erwartende Vergütung für bereits erbrachte Arbeiten einen Betrag von 10 000 Euro übersteigt.</p>
§ 90	§ 83
<b>Vergütung in besonderen Fällen</b>	<b>Vergütung in besonderen Fällen</b>
<p>(1) In besonderen Fällen können Stundensätze als Grundlage für das Honorar festgesetzt werden, welche die Höchstbeträge des § 88 Absatz 3 übersteigen, insbesondere, wenn</p>	<p>(1) In besonderen Fällen können Stundensätze als Grundlage für das Honorar festgesetzt werden, welche die Höchstbeträge des § <b>81</b> Absatz 3 übersteigen, insbesondere, wenn</p>
<p>1. alle Auslagenschuldner zustimmen,</p>	<p>1. alle <b>voraussichtlichen</b> Auslagenschuldner zustimmen,</p>
<p>2. sich ansonsten keine geeignete Person zur Übernahme des Amtes bereit erklärt oder</p>	<p>2. <b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>3. die dem Restrukturierungsbeauftragten übertragenen Aufgaben unter den besonderen Umständen der Restrukturierungssache den Aufgaben nahekomen, die einem Sachwalter in einem in Eigenverwaltung geführten Insolvenzverfahren übertragen sind, insbesondere, weil eine allgemeine Stabilisierungsanordnung ergeht oder weil in den Restrukturierungsplan mit Ausnahme der nach § 6 auszunehmenden Gläubiger alle oder im Wesentlichen alle Gläubiger und an dem Schuldner beteiligten Personen einbezogen werden.</p>	<p>3. die dem Restrukturierungsbeauftragten übertragenen Aufgaben unter den besonderen Umständen der Restrukturierungssache den Aufgaben nahekomen, die einem Sachwalter in einem in Eigenverwaltung geführten Insolvenzverfahren übertragen sind, insbesondere, weil eine allgemeine Stabilisierungsanordnung ergeht oder weil in den Restrukturierungsplan mit Ausnahme der nach § <b>4</b> auszunehmenden Gläubiger alle oder im Wesentlichen alle Gläubiger und an dem Schuldner beteiligten Personen einbezogen werden.</p>
<p>Im Fall des Satzes 1 Nummer 3 kommt auch eine Vergütung nach anderen Grundsätzen, insbesondere eine</p>	<p><b>u n v e r ä n d e r t</b></p>

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
Bemessung auf Grundlage des Wertes der in den Restrukturierungsplan einbezogenen Forderungen gegen den Schuldner oder des Unternehmensvermögens in Betracht.	
(2) Wenn der Restrukturierungsbeauftragte auf Antrag und auf Vorschlag aller Auslagenschuldner bestellt wird und der Restrukturierungsbeauftragte und sämtliche Auslagenschuldner eine Vereinbarung über die Vergütung vorlegen, hat das Gericht diese Vereinbarung der Bemessung der Vergütung zugrunde zu legen, wenn die Vereinbarung nicht zu einer unangemessenen Vergütung führt.	(2) Wenn der Restrukturierungsbeauftragte auf Antrag und auf Vorschlag aller <b>voraussichtlichen</b> Auslagenschuldner bestellt wird und der Restrukturierungsbeauftragte und sämtliche Auslagenschuldner eine Vereinbarung über die Vergütung vorlegen, hat das Gericht diese Vereinbarung der Bemessung der Vergütung zugrunde zu legen, wenn die Vereinbarung nicht zu einer unangemessenen Vergütung führt.
Kapitel 4	Kapitel 4
Öffentliche Restrukturierungssachen	Öffentliche Restrukturierungssachen
§ 91	§ 84
<b>Antrag und erste Entscheidung</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
(1) In Verfahren über Restrukturierungssachen erfolgen öffentliche Bekanntmachungen nur, wenn der Schuldner dies beantragt. Der Antrag ist vor der ersten Entscheidung in der Restrukturierungssache zu stellen und kann nur bis zur ersten Entscheidung zurückgenommen werden. Auf den Antrag findet Artikel 102c § 5 des Einführungsgesetzes zur Insolvenzordnung entsprechende Anwendung.	
(2) Hat der Schuldner beantragt, dass in den Verfahren in der Restrukturierungssache öffentliche Bekanntmachungen erfolgen sollen, sind in der ersten Entscheidung, die in der Restrukturierungssache ergeht, anzugeben:	
1. die Gründe, auf denen die internationale Zuständigkeit des Gerichts beruht, sowie	
2. ob die Zuständigkeit auf Artikel 3 Absatz 1 oder Absatz 2 der Verordnung (EU) 2015/848 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2015 über Insolvenzverfahren (ABl. L 141 vom 5.6.2015, S. 19; L 349 vom 21.12.2016, S. 6) in der jeweils geltenden Fassung beruht.	
Öffentlich bekannt zu machen sind die in Artikel 24 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2015/848 genannten Angaben. Artikel 102c § 4 des Einführungsgesetzes zur Insolvenzordnung ist entsprechend anzuwenden.	

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 6. Ausschusses</b>
§ 92	§ 85
<b>Besondere Bestimmungen</b>	<b>Besondere Bestimmungen</b>
(1) Öffentlich bekannt zu machen sind neben den in § 91 Absatz 2 Satz 2 genannten Angaben:	(1) Öffentlich bekannt zu machen sind neben den in § 84 Absatz 2 Satz 2 genannten Angaben:
1. Ort und Zeit gerichtlicher Termine,	1. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
2. die Bestellung und Abberufung eines Restrukturierungsbeauftragten,	2. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
3. sämtliche gerichtliche Entscheidungen, die in der Restrukturierungssache ergehen.	3. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
(2) Erfolgen öffentliche Bekanntmachungen nach Absatz 1, ist eine Zustellung von Ladungen zu Terminen gegenüber Aktionären, Kommanditaktionären und Inhabern von Schuldverschreibungen nicht erforderlich. Handelt es sich bei dem Schuldner um eine börsennotierte Aktiengesellschaft, findet § 121 Absatz 4a des Aktiengesetzes entsprechende Anwendung.	(2) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
§ 93	§ 86
<b>Öffentliche Bekanntmachung; Verordnungsermächtigung</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
(1) Die öffentliche Bekanntmachung erfolgt durch eine zentrale und länderübergreifende Veröffentlichung im Internet; diese kann auszugsweise geschehen. Die Bekanntmachung gilt als bewirkt, sobald nach dem Tag der Veröffentlichung zwei weitere Tage verstrichen sind.	
(2) Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die Einzelheiten der zentralen und länderübergreifenden Veröffentlichung im Internet zu regeln. Dabei sind insbesondere Lösungsfristen vorzusehen sowie Vorschriften, die sicherstellen, dass die Veröffentlichungen	
1. unversehrt, vollständig, sachlich richtig und aktuell bleiben,	
2. jederzeit ihrem Ursprung nach zugeordnet werden können.	
(3) Die öffentliche Bekanntmachung genügt zum Nachweis der Zustellung an alle Beteiligten, auch wenn dieses Gesetz neben ihr eine besondere Zustellung vorschreibt.	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
§ 94	§ 87
<b>Restrukturierungsforum; Verordnungsermächtigung</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
(1) Planbetroffene können im Restrukturierungsforum des Bundesanzeigers andere Planbetroffene auffordern, das Stimmrecht im Rahmen einer Planabstimmung in bestimmter Weise auszuüben, eine Stimmrechtsvollmacht zu erteilen oder einen Vorschlag zur Änderung des vorgelegten Restrukturierungsplans zu unterstützen.	
(2) Die Aufforderung hat die folgenden Angaben zu enthalten:	
1. den Namen und eine Anschrift des Planbetroffenen,	
2. den Schuldner,	
3. das Restrukturierungsgericht und das Aktenzeichen der Restrukturierungssache,	
4. den Vorschlag für die Stimmrechtsausübung, für die Stimmrechtsvollmacht oder zur Änderung des Plans und	
5. den Tag der Versammlung der Planbetroffenen oder des Fristablaufs zur Annahme des Planangebots.	
(3) Die Aufforderung kann auf eine Begründung auf der Internetseite des Auffordernden und deren elektronische Adresse hinweisen.	
(4) Der Schuldner kann im Restrukturierungsforum des Bundesanzeigers auf eine Stellungnahme zu der Aufforderung auf seiner Internetseite hinweisen.	
(5) Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, die äußere Gestaltung des Restrukturierungsforums und weitere Einzelheiten insbesondere zu der Aufforderung, dem Hinweis, den Entgelten, zu Lösungsfristen, zum Lösungsanspruch, zu Missbrauchsfällen und zur Einsichtnahme zu regeln.	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
§ 95	§ 88
<b>Anwendbarkeit des Artikels 102c des Einführungsgesetzes zur Insolvenzordnung</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
In öffentlichen Restrukturierungssachen ist Artikel 102c §§ 1, 2, 3 Absatz 1 und 3, die §§ 6, 15, 25 und 26 des Einführungsgesetzes zur Insolvenzordnung entsprechend anwendbar.	
Kapitel 5	Kapitel 5
Anfechtungs- und Haftungsrecht	Anfechtungs- und Haftungsrecht
§ 96	§ 89
<b>Rechtshandlungen, die während der Rechtshängigkeit der Restrukturierungssache vorgenommen werden</b>	<b>Rechtshandlungen, die während der Rechtshängigkeit der Restrukturierungssache vorgenommen werden</b>
(1) Die Annahme eines sittenwidrigen Beitrags zur Insolvenzverschleppung oder einer Rechtshandlung, die mit dem Vorsatz einer Benachteiligung der Gläubiger vorgenommen wurde, kann nicht allein darauf gestützt werden, dass ein an der Rechtshandlung Beteiligter Kenntnis davon hatte, dass die Restrukturierungssache rechtshängig war oder dass der Schuldner Instrumente des Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmens in Anspruch nahm.	(1) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
(2) Hebt das Gericht nach einer Anzeige der Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung die Restrukturierungssache nicht nach § 35 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 auf, so gilt Absatz 1 auch für die Kenntnis der Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung.	(2) Hebt das Gericht nach einer Anzeige der Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung die Restrukturierungssache nicht nach § <b>33</b> Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 auf, so gilt Absatz 1 auch für die Kenntnis der Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung.
(3) Hat der Schuldner eine Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung nach § 34 Absatz 3 angezeigt, so gilt bis zur Aufhebung der Restrukturierungssache nach § 35 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 jede Zahlung im ordnungsgemäßen Geschäftsgang, insbesondere Zahlungen, die für die Fortführung der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit und die Vorbereitung und Umsetzung des angezeigten Restrukturierungsvorhabens erforderlich sind, als mit der Sorgfalt eines ordentlichen Geschäftsleiters vereinbar. Das gilt nicht für Zahlungen, die bis zu der absehbar zu erwartenden Entscheidung des Restrukturierungsgerichts zurückgehalten werden können, ohne dass damit Nachteile für eine Fortsetzung des Restrukturierungsvorhabens verbunden sind.	(3) Hat der Schuldner eine Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung nach § <b>32</b> Absatz 3 angezeigt, so gilt bis zur Aufhebung der Restrukturierungssache nach § <b>33</b> Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 jede Zahlung im ordnungsgemäßen Geschäftsgang, insbesondere Zahlungen, die für die Fortführung der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit und die Vorbereitung und Umsetzung des angezeigten Restrukturierungsvorhabens erforderlich sind, als mit der Sorgfalt eines ordentlichen Geschäftsleiters vereinbar. Das gilt nicht für Zahlungen, die bis zu der absehbar zu erwartenden Entscheidung des Restrukturierungsgerichts zurückgehalten werden können, ohne dass damit Nachteile für eine Fortsetzung des Restrukturierungsvorhabens verbunden sind.

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
§ 97	§ 90
<b>Planfolgen und Planvollzug</b>	<b>Planfolgen und Planvollzug</b>
<p>(1) Die Regelungen eines rechtskräftig bestätigten Restrukturierungsplans und Rechtshandlungen, die im Vollzug eines solchen Plans erfolgen, sind mit Ausnahme von Forderungen im Rang des § 39 Absatz 1 Nummer 5 der Insolvenzordnung und Sicherheitsleistungen, die nach § 135 der Insolvenzordnung anfechtbar sind, bis zur nachhaltigen Restrukturierung einer Anfechtung nur zugänglich, wenn die Bestätigung auf der Grundlage unrichtiger oder unvollständiger Angaben des Schuldners erfolgte und dem anderen Teil dies bekannt war.</p>	<p>(1) Die Regelungen eines rechtskräftig bestätigten Restrukturierungsplans und Rechtshandlungen, die im Vollzug eines solchen Plans erfolgen, sind mit Ausnahme von Forderungen im Rang des § 39 Absatz 1 Nummer 5 der Insolvenzordnung und Sicherheitsleistungen, die nach § 135 der Insolvenzordnung <b>oder § 6 des Anfechtungsgesetzes</b> anfechtbar sind, bis zur nachhaltigen Restrukturierung einer Anfechtung nur zugänglich, wenn die Bestätigung auf der Grundlage unrichtiger oder unvollständiger Angaben des Schuldners erfolgte und dem anderen Teil dies bekannt war.</p>
<p>(2) Sieht der gestaltende Teil des Restrukturierungsplans die Übertragung des gesamten schuldnerischen Vermögens oder wesentlicher Teile davon vor, gilt Absatz 1 nur, soweit sichergestellt wird, dass die Gläubiger, die nicht planbetroffen sind, sich gegenüber den Planbetroffenen vorrangig aus der dem Wert des Gegenstands der Übertragung angemessenen Gegenleistung befriedigen können.</p>	(2) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
§ 98	§ 91
<b>Berechnung von Fristen</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
<p>In die Fristen der §§ 3 bis 6a des Anfechtungsgesetzes sowie der §§ 88, 130 bis 136 der Insolvenzordnung wird die Zeit der Rechtshängigkeit der Restrukturierungssache nicht eingerechnet.</p>	
Kapitel 6	Kapitel 6
Arbeitnehmerbeteiligung	Arbeitnehmerbeteiligung; <b>Gläubigerbeirat</b>
§ 99	§ 92
<b>Beteiligungsrechte nach dem Betriebsverfassungsgesetz</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
<p>Die Verpflichtungen des Schuldners gegenüber den Arbeitnehmervertretungsorganen und deren Beteiligungsrechte nach dem Betriebsverfassungsgesetz bleiben von diesem Gesetz unberührt.</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
	§ 93
	Gläubigerbeirat
	<p>(1) Sollen in einer Restrukturierungssache mit Ausnahme der in § 4 genannten Forderungen die Forderungen aller Gläubiger durch einen Restrukturierungsplan gestaltet werden, und weist die Restrukturierungssache gesamtverfahrensartige Züge auf, kann das Gericht einen Gläubigerbeirat einsetzen. § 21 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1a der Insolvenzordnung gilt entsprechend. In dem Beirat können auch nicht planbetroffene Gläubiger vertreten sein.</p>
	<p>(2) Ist ein Gläubigerbeirat eingerichtet, tritt an die Stelle des gemeinschaftlichen Vorschlags der Planbetroffenen nach § 74 Absatz 2 Satz 3 der einstimmige Beschluss des Gläubigerbeirats.</p>
	<p>(3) Die Mitglieder des Beirats unterstützen und überwachen den Schuldner bei seiner Geschäftsführung. Der Schuldner zeigt dem Beirat die Inanspruchnahme der Instrumente des Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmens an.</p>
	<p>(4) Die Mitglieder des Gläubigerbeirates haben Anspruch auf Vergütung für ihre Tätigkeit und auf Erstattung angemessener Auslagen. Die Höhe der Vergütung richtet sich nach § 17 der Insolvenzzrechtlichen Vergütungsverordnung.</p>
Teil 3	Teil 3
Sanierungsmoderation	Sanierungsmoderation
§ 100	§ 94
Antrag	Antrag
<p>(1) Auf Antrag eines restrukturierungsfähigen Schuldners bestellt das Gericht eine geeignete, insbesondere geschäftskundige und von den Gläubigern und dem Schuldner unabhängige natürliche Person zum Sanierungsmoderator. Dies gilt nicht, wenn der Schuldner offensichtlich zahlungsunfähig ist, <i>insbesondere, weil er die Zahlungen eingestellt hat</i>. Handelt es sich bei dem Schuldner um eine juristische Person oder eine Person ohne Rechtspersönlichkeit, für deren Verbindlichkeiten keine natürliche Person als unmittelbarer</p>	<p>(1) Auf Antrag eines restrukturierungsfähigen Schuldners bestellt das Gericht eine geeignete, insbesondere geschäftskundige und von den Gläubigern und dem Schuldner unabhängige natürliche Person zum Sanierungsmoderator. Dies gilt nicht, wenn der Schuldner offensichtlich zahlungsunfähig ist. Handelt es sich bei dem Schuldner um eine juristische Person oder eine Person ohne Rechtspersönlichkeit, für deren Verbindlichkeiten keine natürliche Person als unmittelbarer</p>

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 6. Ausschusses</b>
oder mittelbarer Gesellschafter haftet, gilt Satz 2 auch bei einer offensichtlichen Überschuldung.	oder mittelbarer Gesellschafter haftet, gilt Satz 2 auch bei einer offensichtlichen Überschuldung.
(2) Im Antrag sind anzugeben:	(2) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
1. der Gegenstand des Unternehmens und	
2. die Art der wirtschaftlichen oder finanziellen Schwierigkeiten.	
Dem Antrag sind ein Verzeichnis der Gläubiger und ein Verzeichnis des Vermögens sowie die Erklärung des Schuldners beizufügen, nicht zahlungsunfähig zu sein. Handelt es sich bei dem Schuldner um eine juristische Person oder eine Person ohne Rechtspersönlichkeit, für deren Verbindlichkeiten keine natürliche Person als unmittelbarer oder mittelbarer Gesellschafter haftet, hat sich die Erklärung auch darauf zu erstrecken, dass keine Überschuldung vorliegt.	
(3) Der Antrag ist an das für Restrukturierungssachen zuständige Gericht zu richten.	(3) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
§ 101	§ 95
<b>Bestellung</b>	<b>Bestellung</b>
(1) Die Bestellung des Sanierungsmoderators erfolgt für einen Zeitraum von bis zu drei Monaten. Auf Antrag des Moderators, welcher der Zustimmung des Schuldners und der in die Verhandlungen einbezogenen Gläubiger bedarf, kann der Beststellungszeitraum um bis zu drei weitere Monate verlängert werden. Wird innerhalb dieses Zeitraums die Bestätigung eines Sanierungsvergleichs nach § 103 beantragt, verlängert sich die Bestellung bis zur Entscheidung über die Bestätigung des Vergleichs.	(1) Die Bestellung des Sanierungsmoderators erfolgt für einen Zeitraum von bis zu drei Monaten. Auf Antrag des Moderators, welcher der Zustimmung des Schuldners und der in die Verhandlungen einbezogenen Gläubiger bedarf, kann der Beststellungszeitraum um bis zu drei weitere Monate verlängert werden. Wird innerhalb dieses Zeitraums die Bestätigung eines Sanierungsvergleichs nach § 97 beantragt, verlängert sich die Bestellung bis zur Entscheidung über die Bestätigung des Vergleichs.
(2) Die Bestellung wird nicht öffentlich bekannt gemacht.	(2) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
§ 102	§ 96
<b>Sanierungsmoderation</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
(1) Der Sanierungsmoderator vermittelt zwischen dem Schuldner und seinen Gläubigern bei der Herbeiführung einer Lösung zur Überwindung der wirtschaftlichen oder finanziellen Schwierigkeiten.	
(2) Der Schuldner gewährt dem Moderator Einblick in seine Bücher und Geschäftsunterlagen und erteilt ihm die angeforderten zweckmäßigen Auskünfte.	

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 6. Ausschusses</b>
(3) Der Sanierungsmoderator erstattet dem Gericht über den Fortgang der Sanierungsmoderation monatlich schriftlich Bericht. Der Bericht enthält mindestens Angaben über	
1. die Art und Ursachen der wirtschaftlichen oder finanziellen Schwierigkeiten;	
2. den Kreis der in die Verhandlungen einbezogenen Gläubiger und sonstigen Beteiligten;	
3. den Gegenstand der Verhandlungen und	
4. das Ziel und den voraussichtlichen Fortgang der Verhandlungen.	
(4) Der Sanierungsmoderator zeigt dem Gericht eine ihm bekannt gewordene Zahlungsunfähigkeit des Schuldners an. Handelt es sich bei dem Schuldner um eine juristische Person oder um eine Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit, bei der kein persönlich haftender Gesellschafter eine natürliche Person ist, gilt dies auch für die Überschuldung des Schuldners.	
(5) Der Sanierungsmoderator steht unter der Aufsicht des Restrukturierungsgerichts. Das Restrukturierungsgericht kann den Sanierungsmoderator aus wichtigem Grund aus dem Amt entlassen. Vor der Entscheidung ist der Sanierungsmoderator zu hören.	
§ 103	§ 97
<b>Bestätigung eines Sanierungsvergleichs</b>	<b>Bestätigung eines Sanierungsvergleichs</b>
(1) Ein Sanierungsvergleich, den der Schuldner mit seinen Gläubigern schließt und an dem sich auch Dritte beteiligen können, kann auf Antrag des Schuldners durch das Restrukturierungsgericht bestätigt werden. Die Bestätigung wird versagt, wenn das dem Vergleich zugrunde liegende Sanierungskonzept	(1) u n v e r ä n d e r t
1. nicht schlüssig ist oder nicht von den tatsächlichen Gegebenheiten ausgeht oder	
2. keine vernünftige Aussicht auf Erfolg hat.	
(2) Der Sanierungsmoderator nimmt zu den Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 2 schriftlich Stellung.	(2) u n v e r ä n d e r t
(3) Ein nach Absatz 1 bestätigter Sanierungsvergleich ist nur unter den Voraussetzungen des § 97 anfechtbar.	(3) Ein nach Absatz 1 bestätigter Sanierungsvergleich ist nur unter den Voraussetzungen des § 90 anfechtbar.

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
§ 104	§ 98
<b>Vergütung</b>	<b>Vergütung</b>
(1) Der Sanierungsmoderator hat Anspruch auf eine angemessene Vergütung. Diese bemisst sich nach dem Zeit- und Sachaufwand der mit der Sanierungsmoderation verbundenen Aufgaben.	(1) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
(2) Die §§ 87 bis 90 finden entsprechende Anwendung.	(2) Die §§ <b>80 bis 83</b> finden entsprechende Anwendung.
§ 105	§ 99
<b>Abberufung</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
(1) Der Sanierungsmoderator wird abberufen:	
1. auf eigenen Antrag oder auf Antrag des Schuldners,	
2. von Amts wegen, wenn dem Restrukturierungsgericht durch den Moderator die Insolvenzreife des Schuldners angezeigt wurde.	
(2) Wird der Moderator nach Absatz 1 Nummer 1 abberufen, bestellt das Gericht auf Antrag des Schuldners einen anderen Moderator.	
§ 106	§ 100
<b>Übergang in den Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmen</b>	<b>Übergang in den Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmen</b>
(1) Nimmt der Schuldner Instrumente des Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmens in Anspruch, bleibt der Sanierungsmoderator im Amt, bis der Beststellungszeitraum abläuft, er nach § 105 abberufen wird oder ein Restrukturierungsbeauftragter bestellt wird.	(1) Nimmt der Schuldner Instrumente des Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmens in Anspruch, bleibt der Sanierungsmoderator im Amt, bis der Beststellungszeitraum abläuft, er nach § <b>99</b> abberufen wird oder ein Restrukturierungsbeauftragter bestellt wird.
(2) Das Restrukturierungsgericht kann den Sanierungsmoderator zum Restrukturierungsbeauftragten bestellen.	(2) <b>u n v e r ä n d e r t</b>

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
Teil 4	Teil 4
Frühwarnsysteme	Frühwarnsysteme
§ 107	§ 101
<b>Informationen zu Frühwarnsystemen</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
Informationen über die Verfügbarkeit der von öffentlichen Stellen bereitgestellten Instrumentarien zur frühzeitigen Identifizierung von Krisen werden vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz unter seiner Internetadresse <a href="http://www.bmjv.bund.de">www.bmjv.bund.de</a> bereitgestellt.	
§ 108	§ 102
<b>Hinweis- und Warnpflichten</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
Bei der Erstellung eines Jahresabschlusses für einen Mandanten haben Steuerberater, Steuerbevollmächtigte, Wirtschaftsprüfer, vereidigte Buchprüfer und Rechtsanwälte den Mandanten auf das Vorliegen eines möglichen Insolvenzgrundes nach den §§ 17 bis 19 der Insolvenzordnung und die sich daran anknüpfenden Pflichten der Geschäftsleiter und Mitglieder der Überwachungsorgane hinzuweisen, wenn entsprechende Anhaltspunkte offenkundig sind und sie annehmen müssen, dass dem Mandanten die mögliche Insolvenzreife nicht bewusst ist.	
<b>Anlage</b>	<b>Anlage</b>
(zu § 7 Satz 2)	(zu § 5 Satz 2)
<b>Notwendige Angaben im Restrukturierungsplan</b>	<b>Notwendige Angaben im Restrukturierungsplan</b>
Neben den sich aus den §§ 7 bis 17 ergebenden Angaben hat der Restrukturierungsplan mindestens die folgenden Angaben zu enthalten:	Neben den sich aus den §§ 5 bis 15 ergebenden Angaben hat der Restrukturierungsplan mindestens die folgenden Angaben zu enthalten:
1. Firma oder Namen und Vornamen, Geburtsdatum, Registergericht und Registernummer, unter der der Schuldner in das Handelsregister eingetragen ist, Geschäftszweig oder Beschäftigung, gewerbliche Niederlassungen oder Wohnung des Schuldners und bei mehreren Niederlassungen die Hauptniederlassung;	1. <b>u n v e r ä n d e r t</b>

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 6. Ausschusses</b>
2. die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des Schuldners zum Zeitpunkt der Vorlage des Restrukturierungsplans, einschließlich einer Bewertung der Vermögenswerte, eine Beschreibung der wirtschaftlichen Situation des Schuldners und der Position der Arbeitnehmer sowie eine Beschreibung der Ursachen und des Umfangs der wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Schuldners;	2. u n v e r ä n d e r t
3. die Planbetroffenen, die entweder namentlich zu benennen oder unter hinreichend konkreter Bezeichnung der Forderungen oder Rechte zu beschreiben sind;	3. u n v e r ä n d e r t
4. die Gruppen, in welche die Planbetroffenen für die Zwecke der Annahme des Restrukturierungsplans unterteilt wurden, und die auf deren Forderungen und Rechte entfallenden Stimmrechte;	4. u n v e r ä n d e r t
5. die Gläubiger, Inhaber von Absonderungsanswartschaften sowie Inhaber von Anteils- oder Mitgliedschaftsrechten, die nicht in den Restrukturierungsplan einbezogen wurden, zusammen mit einer Erläuterung der Gründe für die unterbliebene Einbeziehung; eine Beschreibung unter Bezugnahme auf Kategorien gleichartiger Gläubiger, Inhaber von Absonderungsanswartschaften sowie Inhaber von Anteils- oder Mitgliedschaftsrechten genügt, wenn dadurch die Überprüfung der sachgerechten Abgrenzung nach § 10 nicht erschwert wird;	5. die Gläubiger, Inhaber von Absonderungsanswartschaften sowie Inhaber von Anteils- oder Mitgliedschaftsrechten, die nicht in den Restrukturierungsplan einbezogen wurden, zusammen mit einer Erläuterung der Gründe für die unterbliebene Einbeziehung; eine Beschreibung unter Bezugnahme auf Kategorien gleichartiger Gläubiger, Inhaber von Absonderungsanswartschaften sowie Inhaber von Anteils- oder Mitgliedschaftsrechten genügt, wenn dadurch die Überprüfung der sachgerechten Abgrenzung nach § 8 nicht erschwert wird;
6. Name und Anschrift des Restrukturierungsbeauftragten, sofern ein solcher bestellt ist;	6. u n v e r ä n d e r t
7. die Auswirkungen des Restrukturierungsvorhabens auf die Beschäftigungsverhältnisse sowie Entlassungen und Kurzarbeiterregelungen und die Modalitäten der Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmervertretung;	7. u n v e r ä n d e r t
8. sofern der Restrukturierungsplan eine neue Finanzierung (§ 14) vorsieht, die Gründe für die Erforderlichkeit dieser Finanzierung.	8. sofern der Restrukturierungsplan eine neue Finanzierung (§ 12) vorsieht, die Gründe für die Erforderlichkeit dieser Finanzierung.
<b>Artikel 2</b>	<b>Artikel 2</b>
<b>Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
Das Gerichtsverfassungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Mai 1975 (BGBl. I S. 1077), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 10. Juli	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
2020 (BGBl. I S. 1648) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	
1. § 22 Absatz 6 wird wie folgt gefasst:	
<p>„(6) Ein Richter auf Probe darf im ersten Jahr nach seiner Ernennung Geschäfte in Insolvenz- und Restrukturierungssachen nicht wahrnehmen. Richter in Insolvenz- und Restrukturierungssachen sollen, soweit dies zur Erfüllung der jeweiligen Richtergeschäftsaufgabe erforderlich ist, über belegbare Kenntnisse auf den Gebieten des Insolvenzrechts, des Restrukturierungsrechts, des Handels- und Gesellschaftsrechts sowie über Grundkenntnisse der für das Insolvenz- und Restrukturierungsverfahren notwendigen Teile des Arbeits-, Sozial- und Steuerrechts und des Rechnungswesens verfügen. Einem Richter, dessen Kenntnisse auf diesen Gebieten nicht belegt sind, dürfen die Aufgaben eines Insolvenz- oder Restrukturierungsrichters nur zugewiesen werden, wenn der Erwerb der Kenntnisse alsbald zu erwarten ist.“</p>	
2. § 71 Absatz 2 wird wie folgt geändert:	
a) In Nummer 5 Buchstabe b wird der Punkt am Ende durch ein Semikolon ersetzt.	
b) Folgende Nummer 6 wird angefügt:	
<p>„6. für Ansprüche aus dem Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetz.“</p>	
3. In § 72a Absatz 1 Nummer 7 wird das Wort „sowie“ durch ein Komma ersetzt und werden nach dem Wort „Anfechtungsgesetz“ die Wörter „sowie Streitigkeiten und Beschwerden aus dem Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetz“ eingefügt.	
4. In § 74c Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 werden nach den Wörtern „der Insolvenzordnung“ ein Komma und die Wörter „dem Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetz“ eingefügt.	
5. In § 119a Absatz 1 Nummer 7 wird das Wort „sowie“ durch ein Komma ersetzt und werden nach dem Wort „Anfechtungsgesetz“ die Wörter „sowie Streitigkeiten aus dem Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetz“ eingefügt.	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
Artikel 3	Artikel 3
Änderung der Zivilprozessordnung	u n v e r ä n d e r t
<p>Die Zivilprozessordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3202; 2006 I S. 431; 2007 I S. 1781), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 12. Dezember 2019 (BGBl. I S. 2633) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:</p>	
<p>1. In der Inhaltsübersicht wird nach der Angabe zu § 19a folgende Angabe eingefügt:</p>	
<p>„§ 19b Ausschließlicher Gerichtsstand bei Restrukturierungsbezogenen Klagen; Verordnungsermächtigung“.</p>	
<p>2. Nach § 19a wird folgender § 19b eingefügt:</p>	
<p>„§ 19b</p>	
<p>Ausschließlicher Gerichtsstand bei Restrukturierungsbezogenen Klagen; Verordnungsermächtigung</p>	
<p>(1) Für Klagen, die sich auf Restrukturierungssachen nach dem Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetz beziehen, ist ausschließlich das Gericht zuständig, in dessen Bezirk das für die Restrukturierungssache zuständige Restrukturierungsgericht seinen Sitz hat.</p>	
<p>(2) Die Landesregierungen werden ermächtigt, durch Rechtsverordnung die in Absatz 1 genannten Klagen einem Landgericht für die Bezirke mehrerer Oberlandesgerichte zuzuweisen, sofern dies der sachlichen Förderung oder schnelleren Erledigung der Verfahren dienlich ist. Die Landesregierungen können diese Ermächtigung durch Rechtsverordnung auf die Landesjustizverwaltungen übertragen.“</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
Artikel 4	Artikel 4
Änderung des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung	Änderung des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung
Nach § 30f des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 310-14, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 24. Mai 2016 (BGBl. I S. 1217) geändert worden ist, wird folgender § 30g eingefügt:	Nach § 30f des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 310-14, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 24. Mai 2016 (BGBl. I S. 1217) geändert worden ist, wird folgender § 30g eingefügt:
„§ 30g	„§ 30g
Vollzug der Vollstreckungssperre bei Stabilisierungsmaßnahmen	Vollzug der Vollstreckungssperre bei Stabilisierungsmaßnahmen
(1) Hat das Restrukturierungsgericht eine Vollstreckungssperre nach § 56 Absatz 1 Nummer 1 des Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetzes angeordnet, die auch unbewegliches Vermögen des Schuldners erfasst, so ist das Verfahren auf Antrag des Schuldners einstweilen einzustellen. Der Antrag ist abzulehnen, wenn die Einstellung dem betreibenden Gläubiger unter Berücksichtigung seiner wirtschaftlichen Verhältnisse nicht zuzumuten ist.	(1) Hat das Restrukturierungsgericht eine Vollstreckungssperre nach § 49 Absatz 1 Nummer 1 des Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetzes angeordnet, die auch unbewegliches Vermögen des Schuldners erfasst, so ist das Verfahren auf Antrag des Schuldners einstweilen einzustellen. Der Antrag ist abzulehnen, wenn die Einstellung dem betreibenden Gläubiger unter Berücksichtigung seiner wirtschaftlichen Verhältnisse nicht zuzumuten ist.
(2) Die einstweilige Einstellung ist mit der Auflage anzuordnen, dass dem betreibenden Gläubiger laufend die geschuldeten Zinsen zu zahlen sind und ein durch die Nutzung entstehender Wertverlust durch laufende Zahlungen auszugleichen ist. Dies gilt nicht, soweit nach der Höhe der Forderung sowie dem Wert und der sonstigen Belastung des Grundstücks nicht mit einer Befriedigung des Gläubigers aus dem Versteigerungserlös zu rechnen ist.	(2) u n v e r ä n d e r t
(3) Das Verfahren wird auf Antrag des Gläubigers fortgesetzt, wenn die Voraussetzungen für die einstweilige Einstellung entfallen sind, wenn die Auflagen nach Absatz 2 nicht beachtet werden oder der Schuldner der Fortsetzung zustimmt. Vor der Entscheidung des Gerichts ist der Schuldner zu hören.“	(3) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
Artikel 5	Artikel 5
Änderung der Insolvenzordnung	Änderung der Insolvenzordnung
Die Insolvenzordnung vom 5. Oktober 1994 (BGBl. I S. 2866), die zuletzt durch Artikel 24 Absatz 3 des Gesetzes vom 23. Juni 2017 (BGBl. I S. 1693) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	Die Insolvenzordnung vom 5. Oktober 1994 (BGBl. I S. 2866), die zuletzt durch Artikel 24 Absatz 3 des Gesetzes vom 23. Juni 2017 (BGBl. I S. 1693) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. § 2 Absatz 2 wird wie folgt geändert:	<b>1. entfällt</b>
a) In Satz 1 werden die Wörter „oder zusätzliche“ gestrichen.	
b) Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:	
„Für Verbraucherinsolvenzverfahren, Nachlassinsolvenzverfahren, Insolvenzverfahren über das Gesamtgut einer fortgesetzten Gütergemeinschaft und Insolvenzverfahren über das gemeinschaftlich verwaltete Gesamtgut einer Gütergemeinschaft werden die Landesregierungen zudem ermächtigt, zusätzliche Amtsgerichte durch Rechtsverordnung zu Insolvenzgerichten zu bestimmen.“	
c) In dem neuen Satz 3 wird das Wort „Ermächtigung“ durch die Wörter „Ermächtigungen nach den Sätzen 1 und 2 durch Rechtsverordnung“ ersetzt.	
2. § 3 wird wie folgt geändert:	<b>1. § 3 wird wie folgt geändert:</b>
a) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 2 eingefügt:	a) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 2 eingefügt:
„(2) Hat der Schuldner in den letzten sechs Monaten vor der Antragstellung Instrumente gemäß § 31 des Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetzes in Anspruch genommen, ist auch das Gericht örtlich zuständig, das als Restrukturierungsgericht für die Maßnahmen zuständig war.“	„(2) Hat der Schuldner in den letzten sechs Monaten vor der Antragstellung Instrumente gemäß § 29 des Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetzes in Anspruch genommen, ist auch das Gericht örtlich zuständig, das als Restrukturierungsgericht für die Maßnahmen zuständig war.“
b) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3.	b) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
3. Dem § 3a wird folgender Absatz 4 angefügt:	<b>2. Dem § 3a wird folgender Absatz 4 angefügt:</b>
„(4) Auf Antrag des Schuldners erklärt sich unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 das für Gruppen-Folgeverfahren zuständige Gericht, sofern es nach § 36 des Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetzes für Ent-	„(4) Auf Antrag des Schuldners erklärt sich unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 das für Gruppen-Folgeverfahren zuständige Gericht, sofern es nach § 34 des Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetzes für Ent-

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
scheidungen in Restrukturierungssachen zuständig ist, als Restrukturierungsgericht auch für Gruppen-Folgeverfahren in Insolvenzsachen nach Absatz 1 für zuständig.“	scheidungen in Restrukturierungssachen zuständig ist, als Restrukturierungsgericht auch für Gruppen-Folgeverfahren in Insolvenzsachen nach Absatz 1 für zuständig.“
	<b>3. In § 3c Absatz 1 werden die Wörter „der Richter zuständig, der“ durch die Wörter „die Abteilung zuständig, die“ ersetzt.</b>
4. Dem § 4 wird folgender Satz angefügt:	4. un v e r ä n d e r t
„§ 128a der Zivilprozessordnung gilt mit der Maßgabe, dass bei Gläubigerversammlungen sowie sonstigen Versammlungen und Terminen die Beteiligten in der Ladung auf die Verpflichtung hinzuweisen sind, wissentliche Ton- und Bildaufzeichnungen zu unterlassen und durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass Dritte die Ton- und Bildübertragung nicht wahrnehmen können.“	
5. Dem § 5 wird folgender Absatz 5 angefügt:	5. un v e r ä n d e r t
„(5) Insolvenzverwalter sollen ein elektronisches Gläubigerinformationssystem vorhalten, mit dem jedem Insolvenzgläubiger, der eine Forderung angemeldet hat, alle Entscheidungen des Insolvenzgerichts, alle an das Insolvenzgericht übersandten Berichte, welche nicht ausschließlich die Forderungen anderer Gläubiger betreffen, und alle die eigenen Forderungen betreffenden Unterlagen in einem gängigen Dateiformat zur Verfügung gestellt werden können. Hat der Schuldner im vorangegangenen Geschäftsjahr mindestens zwei der drei in § 22a Absatz 1 genannten Merkmale erfüllt, muss der Insolvenzverwalter ein elektronisches Gläubigerinformationssystem vorhalten und die in Satz 1 genannten Dokumente unverzüglich zum elektronischen Abruf zur Verfügung stellen. Den Einsichtsberechtigten stellt der Verwalter die für den Zugang erforderlichen Daten unverzüglich zur Verfügung.“	
6. Nach § 10 wird folgender § 10a eingefügt:	6. un v e r ä n d e r t
„§ 10a	
Vorgespräch	
(1) Ein Schuldner, der mindestens zwei der drei in § 22a Absatz 1 genannten Voraussetzungen erfüllt, hat an dem für ihn zuständigen Insolvenzgericht Anspruch auf ein Vorgespräch über die für das Verfahren relevanten Gegenstände, insbesondere die Voraussetzungen für eine Eigenverwaltung, die Eigenverwaltungsplanung, die	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
Besetzung des vorläufigen Gläubigerausschusses, die Person des vorläufigen Insolvenzverwalters oder Sachwalters, etwaige weitere Sicherungsanordnungen und die Ermächtigung zur Begründung von Masseverbindlichkeiten. Wenn der Schuldner nach Satz 1 keinen Anspruch auf ein Vorgespräch hat, liegt das Angebot eines Vorgesprächs im Ermessen des Gerichts.	
(2) Mit Zustimmung des Schuldners kann das Gericht Gläubiger anhören, insbesondere, um deren Bereitschaft für eine Mitgliedschaft in einem vorläufigen Gläubigerausschuss zu erörtern.	
(3) Die Abteilung, für die der Richter das Vorgespräch nach Absatz 1 Satz 1 führt, ist in den sechs Monaten nach dem Vorgespräch für das Insolvenzverfahren über das Vermögen des Schuldners zuständig.“	
7. Dem § 14 Absatz 3 wird folgender Satz angefügt:	7. un v e r ä n d e r t
„Der Schuldner hat die Kosten auch dann zu tragen, wenn der Antrag eines Gläubigers wegen einer zum Zeitpunkt der Antragstellung wirksamen nichtöffentlichen Stabilisierungsanordnung nach dem Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetz abgewiesen wird und der Gläubiger von der Stabilisierungsanordnung keine Kenntnis haben konnte.“	
8. § 15a wird wie folgt geändert:	8. un v e r ä n d e r t
a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:	
aa) In Satz 1 werden nach dem Wort „Zögern“ das Komma und die Wörter „spätestens aber drei Wochen nach Eintritt der Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung,“ gestrichen.	
bb) Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:	
„Der Antrag ist spätestens drei Wochen nach Eintritt der Zahlungsunfähigkeit und sechs Wochen nach Eintritt der Überschuldung zu stellen.“	
b) In Absatz 2 wird die Angabe „Satz 2“ durch die Angabe „Satz 3“ ersetzt.	
c) In Absatz 4 in dem Satzteil vor Nummer 1 wird nach der Angabe „Satz 1“ die Angabe „und 2“ eingefügt und wird die Angabe „Satz 2“ durch die Angabe „Satz 3“ ersetzt.	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
9. Nach § 15a wird folgender § 15b eingefügt:	9. Nach § 15a wird folgender § 15b eingefügt:
„§ 15b	„§ 15b
Zahlungen bei Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung; Verjährung	Zahlungen bei Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung; Verjährung
<p>(1) Die <i>in</i> § 15a Absatz 1 Satz 1 <i>genannten</i> Mitglieder des Vertretungsorgans und Abwickler einer juristischen Person dürfen nach dem Eintritt der Zahlungsunfähigkeit oder der Überschuldung der juristischen Person keine Zahlungen mehr für diese vornehmen. Dies gilt nicht für Zahlungen, die mit der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters vereinbar sind.</p>	<p>(1) Die <b>nach</b> § 15a Absatz 1 Satz 1 <b>antragspflichtigen</b> Mitglieder des Vertretungsorgans und Abwickler einer juristischen Person dürfen nach dem Eintritt der Zahlungsunfähigkeit oder der Überschuldung der juristischen Person keine Zahlungen mehr für diese vornehmen. Dies gilt nicht für Zahlungen, die mit der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters vereinbar sind.</p>
<p>(2) Zahlungen, die im ordnungsgemäßen Geschäftsgang erfolgen, insbesondere solche Zahlungen, die der Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs dienen, gelten vorbehaltlich des Absatzes 3 als mit der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters vereinbar. Im Rahmen des für eine rechtzeitige Antragstellung maßgeblichen Zeitraums nach § 15a Absatz 1 Satz 1 und 2 gilt dies nur, solange die Antragspflichtigen Maßnahmen zur nachhaltigen Beseitigung der Insolvenzreife oder zur Vorbereitung eines Insolvenzantrags mit der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters betreiben. Zahlungen, die im Zeitraum zwischen der Stellung des Antrags und der Eröffnung des Verfahrens geleistet werden, gelten auch dann als mit der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters vereinbar, wenn diese mit Zustimmung eines vorläufigen Insolvenzverwalters vorgenommen wurden.</p>	(2) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
<p>(3) Ist der nach § 15a Absatz 1 Satz 1 und 2 für eine rechtzeitige Antragstellung maßgebliche Zeitpunkt verstrichen und hat der Antragspflichtige keinen Antrag gestellt, sind Zahlungen in der Regel nicht mit der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters vereinbar.</p>	(3) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
<p>(4) Werden entgegen Absatz 1 Zahlungen geleistet, sind die Antragspflichtigen der juristischen Person zur Erstattung verpflichtet. Ist der Gläubigerschaft der juristischen Person ein geringerer Schaden entstanden, beschränkt sich die Ersatzpflicht auf den Ausgleich dieses Schadens. Soweit die Erstattung oder der Ersatz zur Befrie-</p>	(4) <b>u n v e r ä n d e r t</b>

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
<p>digung der Gläubiger der juristischen Person erforderlich ist, wird die Pflicht nicht dadurch ausgeschlossen, dass dieselben in Befolgung eines Beschlusses eines Organs der juristischen Person gehandelt haben. Ein Verzicht der juristischen Person auf Erstattungs- oder Ersatzansprüche oder ein Vergleich der juristischen Person über diese Ansprüche ist unwirksam. Dies gilt nicht, wenn der Erstattungs- oder Ersatzpflichtige zahlungsunfähig ist und sich zur Abwendung des Insolvenzverfahrens mit seinen Gläubigern vergleicht, wenn die Erstattungs- oder Ersatzpflicht in einem Insolvenzplan geregelt wird oder wenn ein Insolvenzverwalter für die juristische Person handelt.</p>	
<p>(5) Absatz 1 Satz 1 und Absatz 4 gelten auch für Zahlungen an Personen, die an der juristischen Person beteiligt sind, soweit diese zur Zahlungsunfähigkeit der juristischen Person führen mussten, es sei denn, dies war auch bei Beachtung der in Absatz 1 Satz 2 bezeichneten Sorgfalt nicht erkennbar. Satz 1 ist auf Genossenschaften nicht anwendbar.</p>	(5) un verändert
<p>(6) Die Absätze 1 bis 5 gelten auch für die nach § 15a Absatz 1 Satz 3 und Absatz 2 zur Stellung des Antrags verpflichteten organschaftlichen Vertreter der zur Vertretung der Gesellschaft ermächtigten Gesellschafter.</p>	(6) un verändert
<p>(7) Die Ansprüche aufgrund der vorstehenden Bestimmungen verjähren in fünf Jahren. Besteht zum Zeitpunkt der Pflichtverletzung eine Börsennotierung, verjähren die Ansprüche in zehn Jahren.“</p>	(7) Die Ansprüche aufgrund der vorstehenden Bestimmungen verjähren in fünf Jahren. Besteht zum Zeitpunkt der Pflichtverletzung eine Börsennotierung, verjähren die Ansprüche in zehn Jahren.
	<p><b>(8) Eine Verletzung steuerrechtlicher Zahlungspflichten liegt nicht vor, wenn zwischen dem Eintritt der Zahlungsunfähigkeit nach § 17 oder der Überschuldung nach § 19 und der Entscheidung des Insolvenzgerichts über den Insolvenzantrag Ansprüche aus dem Steuerschuldverhältnis nicht oder nicht rechtzeitig erfüllt werden, sofern die Antragspflichtigen ihren Verpflichtungen nach § 15a nachkommen. Wird entgegen der Verpflichtung nach § 15a ein Insolvenzantrag verspätet gestellt, gilt dies nur für die nach Bestellung eines vorläufigen Insolvenzverwalters oder Anordnung der vorläufigen Eigenverwaltung fällig werdenden Ansprüche aus dem Steuerschuldverhältnis. Wird das Insolvenzverfahren nicht eröffnet und ist dies auf eine Pflichtverletzung</b></p>

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
	<b>der Antragspflichtigen zurückzuführen, gelten die Sätze 1 und 2 nicht.“</b>
10. Dem § 18 Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:	10. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
„In aller Regel ist ein Prognosezeitraum von 24 Monaten zugrunde zu legen.“	
11. In § 19 Absatz 2 Satz 1 werden nach dem Wort „Unternehmens“ die Wörter „in den nächsten zwölf Monaten“ eingefügt.	11. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
12. In § 21 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1a werden nach der Angabe „§ 67 Absatz 2“ ein Komma und die Angabe „3“ eingefügt.	12. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
	<b>13. Dem § 39 Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:</b>
	<b>„Satz 1 Nummer 5 ist nicht anzuwenden, wenn eine staatliche Förderbank oder eines ihrer Tochterunternehmen einem Unternehmen, an dem die staatliche Förderbank oder eines ihrer Tochterunternehmen beteiligt ist, ein Darlehen gewährt oder eine andere einer Darlehensgewährung wirtschaftlich entsprechende Rechts-handlung vorgenommen hat.“</b>
	<b>14. § 55 Absatz 4 wird wie folgt gefasst:</b>
	<b>„(4) Umsatzsteuerverbindlichkeiten des Insolvenzschuldners, die von einem vorläufigen Insolvenzverwalter oder vom Schuldner mit Zustimmung eines vorläufigen Insolvenzverwalters oder vom Schuldner nach Bestellung eines vorläufigen Sachwalters begründet worden sind, gelten nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens als Masseverbindlichkeit. Den Umsatzsteuerverbindlichkeiten stehen die folgenden Verbindlichkeiten gleich:</b>
	<b>1. sonstige Ein- und Ausfuhrabgaben,</b>
	<b>2. bundesgesetzlich geregelte Verbrauchsteuern,</b>
	<b>3. die Luftverkehr- und die Kraftfahrzeugsteuer und</b>
	<b>4. die Lohnsteuer.“</b>
13. Nach § 56 Absatz 1 Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:	15. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
„Wer als Restrukturierungsbeauftragter oder Sanierungsmoderator in einer Restrukturierungssache des Schuldners tätig war, kann, wenn der Schuldner mindestens zwei der drei in § 22a Absatz 1 genannten Voraussetzungen erfüllt, nur	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
dann zum Insolvenzverwalter bestellt werden, wenn der vorläufige Gläubigerausschuss zustimmt.“	
14. § 56a wird wie folgt geändert:	<b>16. unverändert</b>
a) In Absatz 1 werden nach dem Wort „nicht“ die Wörter „innerhalb von zwei Werktagen“ eingefügt.	
b) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:	
„(3) Sieht das Gericht mit Rücksicht auf eine nachteilige Veränderung der Vermögenslage des Schuldners von einer Anhörung nach Absatz 1 ab, hat es seine Entscheidung schriftlich zu begründen. Der vorläufige Gläubigerausschuss kann in seiner ersten Sitzung einstimmig eine andere Person als die bestellte zum Insolvenzverwalter wählen.“	
15. § 59 wird wie folgt geändert:	<b>17. § 59 wird wie folgt geändert:</b>
a) Absatz 1 Satz 2 wird durch die folgenden Sätze ersetzt:	a) Absatz 1 Satz 2 wird durch die folgenden Sätze ersetzt:
„Die Entlassung kann von Amts wegen oder auf Antrag des Verwalters, des Schuldners, des Gläubigerausschusses, der Gläubigerversammlung oder eines Insolvenzgläubigers erfolgen. Auf Antrag des Schuldners oder eines Insolvenzgläubigers erfolgt die Entlassung nur, wenn dies innerhalb von sechs Monaten beantragt wird und der Verwalter nicht unabhängig ist; dies ist von dem Antragsteller glaubhaft zu machen.“	„Die Entlassung kann von Amts wegen oder auf Antrag des Verwalters, des Schuldners, des Gläubigerausschusses, der Gläubigerversammlung oder eines Insolvenzgläubigers erfolgen. Auf Antrag des Schuldners oder eines Insolvenzgläubigers erfolgt die Entlassung nur, wenn dies innerhalb von sechs Monaten <b>nach der Bestellung</b> beantragt wird und der Verwalter nicht unabhängig ist; dies ist von dem Antragsteller glaubhaft zu machen.“
b) Absatz 2 Satz 2 wird durch die folgenden Sätze ersetzt:	b) <b>unverändert</b>
„Gegen die Ablehnung des Antrags steht dem Antragsteller die sofortige Beschwerde zu. Hat die Gläubigerversammlung den Antrag gestellt, steht auch jedem Insolvenzgläubiger die sofortige Beschwerde zu.“	
16. § 64 wird wie folgt geändert:	<b>16. entfällt</b>
a) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:	
„(2) Der Beschluss ist dem Verwalter, dem Schuldner und, wenn ein Gläubigerausschuss bestellt ist, den Mitgliedern des Ausschusses besonders zuzustellen. Es ist sofort öffentlich bekanntzumachen, dass der Be-	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
<i>schluss ergangen ist und dass er in der Geschäftsstelle eingesehen werden und über das Gläubigerinformationssystem des Insolvenzverwalters nach § 5 Absatz 5 abgerufen werden kann, sofern ein solches für das Verfahren genutzt wird.“</i>	
b) Dem Absatz 3 wird folgender Satz angefügt:	
<i>„Abweichend von § 569 Absatz 1 der Zivilprozessordnung beträgt die Frist für die Einlegung der sofortigen Beschwerde vier Wochen. Sie beginnt mit der öffentlichen Bekanntmachung nach Absatz 2 Satz 2. Ist der Verwalter zur Unterhaltung eines Gläubigerinformationssystems nach § 5 Absatz 5 Satz 2 verpflichtet oder nutzt er ein solches für das Verfahren, beginnt die Beschwerdefrist nicht vor der Bereitstellung des Beschlusses in diesem System.“</i>	
17. § 66 wird wie folgt geändert:	<b>18. unverändert</b>
a) Absatz 1 Satz 2 wird aufgehoben.	
b) Folgender Absatz 4 wird angefügt:	
<i>„(4) Der Insolvenzplan kann eine abweichende Regelung treffen.“</i>	
18. <i>In § 169 Satz 2 werden vor dem Punkt am Ende ein Semikolon und die Wörter „war der Anordnung eine gegen den Gläubiger gerichtete Verwertungssperre nach § 56 Absatz 1 Nummer 2 des Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetzes vorangegangen, verkürzt sich der Dreimonatszeitraum um die Dauer der Verwertungssperre“ eingefügt.</i>	<b>18. entfällt</b>
19. § 174 Absatz 4 Satz 2 wird durch die folgenden Sätze ersetzt:	<b>19. unverändert</b>
<i>„Als Urkunde im Sinne des Absatzes 1 Satz 2 kann in diesem Fall auch eine elektronische Rechnung übermittelt werden. Auf Verlangen des Insolvenzverwalters oder des Insolvenzgerichts sind Ausdrucke, Abschriften oder Originale von Urkunden einzureichen.“</i>	
20. § 210a Nummer 2 wird wie folgt gefasst:	<b>20. unverändert</b>
<i>„2. an die Stelle der nachrangigen Insolvenzgläubiger die nicht nachrangigen Insolvenzgläubiger treten.“</i>	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
21. § 217 wird wie folgt geändert:	21. § 217 wird wie folgt geändert:
a) Der Wortlaut wird Absatz 1.	a) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
b) Folgender Absatz 2 wird angefügt:	b) Folgender Absatz 2 wird angefügt:
<p>„(2) Der Insolvenzplan kann ferner die Rechte der Inhaber von Insolvenzforderungen gestalten, die diesen aus einer von einem <i>Tochterunternehmen</i> im Sinne von § 290 des <i>Handelsgesetzbuchs</i> als Bürge, Mitschuldner oder aufgrund einer anderweitig übernommenen Haftung oder an Gegenständen des Vermögens dieses Unternehmens (gruppeninterne Drittsicherheit) zustehen.“</p>	<p>„(2) Der Insolvenzplan kann ferner die Rechte der Inhaber von Insolvenzforderungen gestalten, die diesen aus einer von einem <b>verbundenen Unternehmen</b> im Sinne des § 15 des <b>Aktiengesetzes</b> als Bürge, Mitschuldner oder aufgrund einer anderweitig übernommenen Haftung oder an Gegenständen des Vermögens dieses Unternehmens (gruppeninterne Drittsicherheit) zustehen.“</p>
22. § 220 wird wie folgt geändert:	22. § 220 wird wie folgt geändert:
a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:	a) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
aa) Das Wort „soll“ wird durch das Wort „muss“ ersetzt.	
bb) Die folgenden Sätze werden angefügt:	
<p>„Er enthält insbesondere eine Vergleichsrechnung, in der die Auswirkungen des Plans auf die voraussichtliche Befriedigung der Gläubiger dargestellt werden. Sieht der Plan eine Fortführung des Unternehmens vor, ist für die Ermittlung der voraussichtlichen Befriedigung ohne Plan in der Regel zu unterstellen, dass das Unternehmen fortgeführt wird. Dies gilt nicht, wenn ein Verkauf des Unternehmens oder eine anderweitige Fortführung aussichtslos ist.“</p>	
b) Folgender Absatz 3 wird angefügt:	b) Folgender Absatz 3 wird angefügt:
<p>„(3) Sieht der Insolvenzplan Eingriffe in die Rechte von Insolvenzgläubigern aus gruppeninternen Drittsicherheiten (§ 217 Absatz 2) vor, sind in die Darstellung auch die Verhältnisse des die Sicherheit gewährenden <i>Tochterunternehmens</i> und die Auswirkungen des Plans auf dieses Unternehmen einzubeziehen.“</p>	<p>„(3) Sieht der Insolvenzplan Eingriffe in die Rechte von Insolvenzgläubigern aus gruppeninternen Drittsicherheiten (§ 217 Absatz 2) vor, sind in die Darstellung auch die Verhältnisse des die Sicherheit gewährenden <b>verbundenen Unternehmens</b> und die Auswirkungen des Plans auf dieses Unternehmen einzubeziehen.“</p>
23. § 222 Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt geändert:	23. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
a) In Nummer 4 wird der Punkt am Ende durch ein Semikolon ersetzt.	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
b) Folgende Nummer 5 wird angefügt:	
„5. den Inhabern von Rechten aus gruppeninternen Drittsicherheiten.“	
24. Nach § 223 wird folgender § 223a eingefügt:	24. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
„§ 223a Gruppeninterne Drittsicherheiten	
Ist im Insolvenzplan nichts anderes bestimmt, so wird das Recht eines Insolvenzgläubigers aus einer gruppeninternen Drittsicherheit (§ 217 Absatz 2) durch den Insolvenzplan nicht berührt. Wird eine Regelung getroffen, ist der Eingriff angemessen zu entschädigen. § 223 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 gilt entsprechend.“	
25. Dem § 230 wird folgender Absatz 4 angefügt:	25. Dem § 230 wird folgender Absatz 4 angefügt:
„(4) Sieht der Insolvenzplan Eingriffe in die Rechte von Gläubigern aus gruppeninternen Drittsicherheiten vor, so ist dem Plan die Zustimmung des <i>Tochterunternehmens</i> beizufügen, das die Sicherheit gestellt hat.“	„(4) Sieht der Insolvenzplan Eingriffe in die Rechte von Gläubigern aus gruppeninternen Drittsicherheiten vor, so ist dem Plan die Zustimmung des <b>verbundenen Unternehmens</b> beizufügen, das die Sicherheit gestellt hat.“
26. § 232 wird wie folgt geändert:	26. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
a) In Absatz 1 in dem Satzteil vor Nummer 1 werden nach den Wörtern „zur Stellungnahme“ ein Komma und die Wörter „insbesondere zur Vergleichsrechnung,“ eingefügt.	
b) Folgender Absatz 4 wird angefügt:	
„(4) Das Gericht kann den in den Absätzen 1 und 2 Genannten den Plan bereits vor der Entscheidung nach § 231 zur Stellungnahme zuleiten. Enthält eine daraufhin eingehende Stellungnahme neuen Tatsachenvortrag, auf den das Gericht eine Zurückweisungsentscheidung stützen will, hat das Gericht die Stellungnahme dem Planvortrager und den anderen nach Absatz 1 zur Stellungnahme Berechtigten zur Stellungnahme binnen einer Frist von höchstens einer Woche zuzuleiten.“	
27. Nach § 235 Absatz 3 Satz 3 wird folgender Satz eingefügt:	27. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
„§ 8 Absatz 3 gilt entsprechend.“	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
28. Nach § 238a wird folgender § 238b eingefügt:	28. u n v e r ä n d e r t
<p style="text-align: center;">„§ 238b</p>	
<p style="text-align: center;">Stimmrecht der Berechtigten aus gruppeninter- nen Drittsicherheiten</p>	
<p style="text-align: center;">Sieht der Plan Eingriffe in Rechte aus gruppeninternen Drittsicherheiten vor, richtet sich das Stimmrecht nach dem Befriedigungsbeitrag, der aus der Geltendmachung der Rechte aus der Drittsicherheit mutmaßlich zu erwarten ist.“</p>	
29. § 245 wird wie folgt geändert:	29. u n v e r ä n d e r t
a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:	
<p style="padding-left: 20px;">aa) In Nummer 2 werden vor dem Wort „wirtschaftlichen“ die Wörter „durch Leistung in das Vermögen des Schuldners nicht vollständig ausgeglichenen“ eingefügt.</p>	
bb) Die folgenden Sätze werden angefügt:	
<p style="padding-left: 20px;">„Handelt es sich bei dem Schuldner um eine natürliche Person, deren Mitwirkung bei der Fortführung des Unternehmens infolge besonderer, in der Person des Schuldners liegender Umstände unerlässlich ist, um den Planmehrwert zu verwirklichen, und hat sich der Schuldner im Plan zur Fortführung des Unternehmens sowie dazu verpflichtet, die wirtschaftlichen Werte, die er erhält oder behält, zu übertragen, wenn seine Mitwirkung aus von ihm zu vertretenden Gründen vor Ablauf von fünf Jahren oder einer kürzeren, für den Planvollzug vorgesehenen Frist endet, kann eine angemessene Beteiligung der Gläubigergruppe auch dann vorliegen, wenn der Schuldner in Abweichung von Satz 1 Nummer 2 wirtschaftliche Werte erhält. Satz 2 gilt entsprechend für an der Geschäftsführung beteiligte Inhaber von Anteils- oder Mitgliedschaftsrechten.“</p>	
b) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 2a eingefügt:	
<p style="padding-left: 20px;">„(2a) Wird die erforderliche Mehrheit in der nach § 222 Absatz 1 Satz 2 Nummer 5 zu bildenden Gruppe nicht erreicht, gelten die</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
Absätze 1 und 2 für diese Gruppe nur, wenn die für den Eingriff vorgesehene Entschädigung die Inhaber der Rechte aus der gruppeninternen Drittsicherheit für den zu erleidenden Rechtsverlust angemessen entschädigt.“	
30. Nach § 245 wird folgender § 245a eingefügt:	30. u n v e r ä n d e r t
„§ 245a	
Schlechterstellung bei natürlichen Personen	
Ist der Schuldner eine natürliche Person, ist für die Prüfung einer voraussichtlichen Schlechterstellung nach § 245 Absatz 1 Nummer 1 im Zweifel davon auszugehen, dass die Einkommens-, Vermögens- und Familienverhältnisse des Schuldners zum Zeitpunkt der Abstimmung über den Insolvenzplan für die Verfahrensdauer und den Zeitraum, in dem die Insolvenzgläubiger ihre restlichen Forderungen gegen den Schuldner unbeschränkt geltend machen können, maßgeblich bleiben. Hat der Schuldner einen zulässigen Antrag auf Restschuldbefreiung gestellt, ist im Zweifel zudem anzunehmen, dass die Restschuldbefreiung zum Ablauf der Abtretungsfrist des § 287 Absatz 2 erteilt wird.“	
31. In § 251 Absatz 1 Nummer 2 werden nach den Wörtern „Plan stünde“ ein Semikolon und die Wörter „ist der Schuldner eine natürliche Person, gilt § 245a entsprechend“ eingefügt.	31. u n v e r ä n d e r t
32. Nach § 252 Absatz 2 Satz 2 werden die folgenden Sätze eingefügt:	32. u n v e r ä n d e r t
„Die Übersendung eines Abdrucks des Plans oder eine Zusammenfassung seines wesentlichen Inhalts nach den Sätzen 1 und 2 kann unterbleiben, wenn ein Abdruck des Plans mit der Ladung nach § 235 Absatz 2 Satz 2 übersendet und der Plan unverändert angenommen wurde. § 8 Absatz 3 gilt entsprechend.“	
33. In § 253 Absatz 2 Nummer 3 werden nach den Wörtern „werden kann“ ein Semikolon und die Wörter „ist der Schuldner eine natürliche Person, gilt § 245a entsprechend“ eingefügt.	33. u n v e r ä n d e r t
34. In § 254 Absatz 2 Satz 1 werden nach dem Wort „werden“ die Wörter „mit Ausnahme der nach § 223a gestalteten Rechte aus gruppeninternen Drittsicherheiten (§ 217 Absatz 2)“ eingefügt.	34. u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
35. § 258 Absatz 3 wird wie folgt gefasst:	35. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
<p>„(3) Der Beschluss enthält den Zeitpunkt der Aufhebung, der frühestens zwei Tage nach der Beschlussfassung liegen soll. Der Beschluss und der Grund der Aufhebung sind öffentlich bekanntzumachen. Der Schuldner, der Insolvenzverwalter und die Mitglieder des Gläubigerausschusses sind vorab über den Zeitpunkt der Aufhebung zu unterrichten. Die §§ 31 bis 33 gelten entsprechend. Ist der Zeitpunkt der Aufhebung nicht angegeben, wird die Aufhebung wirksam, sobald nach dem Tag der Veröffentlichung zwei weitere Tage verstrichen sind.“</p>	
36. Die §§ 270 bis 270c werden durch die folgenden §§ 270 bis 270f ersetzt:	36. <b>In § 269f Absatz 3 werden die Wörter „§ 27 Absatz 2 Nummer 5“ durch die Wörter „§ 27 Absatz 2 Nummer 4“ ersetzt.</b>
	37. <b>Die §§ 270 bis 270c werden durch die folgenden §§ 270 bis 270f ersetzt:</b>
<p>„§ 270</p>	<p>„§ 270</p>
<p>Grundsatz</p>	<p><b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>(1) Der Schuldner ist berechtigt, unter der Aufsicht eines Sachwalters die Insolvenzmasse zu verwalten und über sie zu verfügen, wenn das Insolvenzgericht in dem Beschluss über die Eröffnung des Insolvenzverfahrens die Eigenverwaltung anordnet. Für das Verfahren gelten die allgemeinen Vorschriften, soweit in diesem Teil nichts anderes bestimmt ist.</p>	
<p>(2) Die Vorschriften dieses Teils sind auf Verbraucherinsolvenzverfahren nach § 304 nicht anzuwenden.</p>	
<p>§ 270a</p>	<p>§ 270a</p>
<p>Antrag; Eigenverwaltungsplanung</p>	<p><b>u n v e r ä n d e r t</b></p>
<p>(1) Der Schuldner fügt dem Antrag auf Anordnung der Eigenverwaltung eine Eigenverwaltungsplanung bei, welche umfasst:</p>	
<p>1. einen Finanzplan, der den Zeitraum von sechs Monaten abdeckt und eine fundierte Darstellung der Finanzierungsquellen enthält, durch welche die Fortführung des ge-</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
wöhnlichen Geschäftsbetriebes und die Deckung der Kosten des Verfahrens in diesem Zeitraum sichergestellt werden soll,	
2. ein Konzept für die Durchführung des Insolvenzverfahrens, welches auf Grundlage einer Darstellung von Art, Ausmaß und Ursachen der Krise das Ziel der Eigenverwaltung und die Maßnahmen beschreibt, welche zur Erreichung des Ziels in Aussicht genommen werden,	
3. eine Darstellung des Stands von Verhandlungen mit Gläubigern, den am Schuldner beteiligten Personen und Dritten zu den in Aussicht genommenen Maßnahmen,	
4. eine Darstellung der Vorkehrungen, die der Schuldner getroffen hat, um seine Fähigkeit sicherzustellen, insolvenzrechtliche Pflichten zu erfüllen, und	
5. eine begründete Darstellung etwaiger Mehr- oder Minderkosten, die im Rahmen der Eigenverwaltung im Vergleich zu einem Regelverfahren und im Verhältnis zur Insolvenzmasse voraussichtlich anfallen werden.	
(2) Des Weiteren hat der Schuldner zu erklären,	
1. ob, in welchem Umfang und gegenüber welchen Gläubigern er sich mit der Erfüllung von Verbindlichkeiten aus Arbeitsverhältnissen, Pensionszusagen oder dem Steuerschuldverhältnis, gegenüber Sozialversicherungsträgern oder Lieferanten in Verzug befindet,	
2. ob und in welchen Verfahren zu seinen Gunsten innerhalb der letzten drei Jahre vor dem Antrag Vollstreckungs- oder Verwertungssperren nach diesem Gesetz oder nach dem Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetz angeordnet wurden und	
3. ob er für die letzten drei Geschäftsjahre seinen Offenlegungspflichten, insbesondere nach den §§ 325 bis 328 oder 339 des Handelsgesetzbuchs nachgekommen ist.	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
§ 270b	§ 270b
Anordnung der vorläufigen Eigenverwaltung	Anordnung der vorläufigen Eigenverwaltung
(1) Das Gericht bestellt einen vorläufigen Sachwalter, auf den die §§ 274 und 275 anzuwenden sind (vorläufige Eigenverwaltung), wenn	(1) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
1. die Eigenverwaltungsplanung des Schuldners vollständig und schlüssig ist und	
2. keine Umstände bekannt sind, aus denen sich ergibt, dass die Eigenverwaltungsplanung in wesentlichen Punkten auf unzutreffenden Tatsachen beruht.	
Weist die Eigenverwaltungsplanung behebbare Mängel auf, kann das Gericht die vorläufige Eigenverwaltung einstweilen anordnen; in diesem Fall setzt es dem Schuldner eine Frist zur Nachbesserung, die 20 Tage nicht übersteigt.	
(2) Sind nach dem gemäß § 270a Absatz 1 Nummer 1 übermittelten Finanzplan die Kosten der Eigenverwaltung und der Fortführung des gewöhnlichen Geschäftsbetriebs nicht gedeckt, übersteigen die nach § 270a Absatz 1 Nummer 5 ausgewiesenen voraussichtlichen Kosten der Eigenverwaltung in wesentlicher Weise die voraussichtlichen Kosten des Regelverfahrens oder sind Umstände bekannt, aus denen sich ergibt, dass	(2) Sind nach dem gemäß § 270a Absatz 1 Nummer 1 übermittelten Finanzplan die Kosten der Eigenverwaltung und der Fortführung des gewöhnlichen Geschäftsbetriebs nicht gedeckt, übersteigen die nach § 270a Absatz 1 Nummer 5 ausgewiesenen voraussichtlichen Kosten der Eigenverwaltung in wesentlicher Weise die voraussichtlichen Kosten des Regelverfahrens oder sind Umstände bekannt, aus denen sich ergibt, dass
1. Zahlungsrückstände gegenüber Arbeitnehmern oder erhebliche Zahlungsrückstände gegenüber den weiteren in § 270a Absatz 2 Nummer 1 genannten Gläubigern bestehen,	1. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
2. zugunsten des Schuldners in den letzten drei Jahren vor der Stellung des Antrags Vollstreckungs- oder Verwertungssperren nach diesem Gesetz oder nach dem Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetz angeordnet worden sind oder	2. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
3. der Schuldner in <i>den</i> letzten drei Jahren vor der Antragstellung gegen die Offenlegungsverpflichtungen, insbesondere nach den §§ 325 bis 328 oder 339 des Handelsgesetzbuchs verstoßen hat,	3. der Schuldner in <b>einem der</b> letzten drei <b>Jahre</b> vor der Antragstellung gegen die Offenlegungsverpflichtungen, insbesondere nach den §§ 325 bis 328 oder 339 des Handelsgesetzbuchs verstoßen hat,
erfolgt die Bestellung des vorläufigen Sachwalters nur, wenn trotz dieser Umstände zu erwarten ist, dass der Schuldner bereit und in der Lage ist, seine Geschäftsführung an den Interessen der Gläubiger auszurichten.	erfolgt die Bestellung des vorläufigen Sachwalters nur, wenn trotz dieser Umstände zu erwarten ist, dass der Schuldner bereit und in der Lage ist, seine Geschäftsführung an den Interessen der Gläubiger auszurichten.

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
<p>(3) Einem vorläufigen Gläubigerausschuss ist vor Erlass der Entscheidung nach Absatz 2 Gelegenheit zur Äußerung zu geben. Ohne Äußerung des Gläubigerausschusses darf eine Entscheidung nur ergehen, wenn seit der Antragstellung zwei Werkzeuge vergangen sind oder wenn offensichtlich mit nachteiligen Veränderungen der Vermögenslage des Schuldners zu rechnen ist, die sich nicht anders als durch Bestellung eines vorläufigen Insolvenzverwalters abwenden lassen. An einen die vorläufige Eigenverwaltung unterstützenden einstimmigen Beschluss des vorläufigen Gläubigerausschusses ist das Gericht gebunden. Stimmt der vorläufige Gläubigerausschuss einstimmig gegen die vorläufige Eigenverwaltung, unterbleibt die Anordnung.</p>	(3) <code>u n v e r ä n d e r t</code>
<p>(4) Bestellt das Gericht einen vorläufigen Insolvenzverwalter, sind die Gründe hierfür schriftlich darzulegen. § 27 Absatz 2 Nummer 4 gilt entsprechend.</p>	(4) <code>u n v e r ä n d e r t</code>
<p style="text-align: center;">§ 270c</p>	<p style="text-align: center;">§ 270c</p>
<p style="text-align: center;">Vorläufiges Eigenverwaltungsverfahren</p>	<p style="text-align: center;"><code>u n v e r ä n d e r t</code></p>
<p>(1) Das Gericht kann den vorläufigen Sachwalter beauftragen, Bericht zu erstatten über</p>	
<p>1. die vom Schuldner vorgelegte Eigenverwaltungsplanung, insbesondere, ob diese von den erkannten und erkennbaren tatsächlichen Gegebenheiten ausgeht, schlüssig ist und durchführbar erscheint,</p>	
<p>2. die Vollständigkeit und Geeignetheit der Rechnungslegung und Buchführung als Grundlage für die Eigenverwaltungsplanung, insbesondere für die Finanzplanung,</p>	
<p>3. das Bestehen von Haftungsansprüchen des Schuldners gegen amtierende oder ehemalige Mitglieder der Organe.</p>	
<p>(2) Der Schuldner hat dem Gericht und dem vorläufigen Sachwalter unverzüglich wesentliche Änderungen mitzuteilen, welche die Eigenverwaltungsplanung betreffen.</p>	
<p>(3) Das Gericht kann vorläufige Maßnahmen nach § 21 Absatz 1 und 2 Satz 1 Nummer 1a, 3 bis 5 anordnen. Ordnet das Gericht die vorläufige Eigenverwaltung nach § 270b Absatz 1</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
Satz 2 an, kann es zudem anordnen, dass Verfügungen des Schuldners der Zustimmung durch den vorläufigen Sachwalter bedürfen.	
(4) Auf Antrag des Schuldners hat das Gericht anzuordnen, dass der Schuldner Masseverbindlichkeiten begründet. Soll sich die Ermächtigung auf Verbindlichkeiten erstrecken, die im Finanzplan nicht berücksichtigt sind, bedarf dies einer besonderen Begründung. § 55 Absatz 2 gilt entsprechend.	
(5) Hat der Schuldner den Eröffnungsantrag bei drohender Zahlungsunfähigkeit gestellt und die Eigenverwaltung beantragt, sieht das Gericht jedoch die Voraussetzungen der Eigenverwaltung als nicht gegeben an, so hat es seine Bedenken dem Schuldner mitzuteilen und diesem Gelegenheit zu geben, den Eröffnungsantrag vor der Entscheidung über die Eröffnung zurückzunehmen.	
§ 270d	§ 270d
Vorbereitung einer Sanierung; Schutzschirm	u n v e r ä n d e r t
(1) Hat der Schuldner mit dem Antrag eine mit Gründen versehene Bescheinigung eines in Insolvenzsachen erfahrenen Steuerberaters, Wirtschaftsprüfers oder Rechtsanwalts oder einer Person mit vergleichbarer Qualifikation vorgelegt, aus der sich ergibt, dass drohende Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung, aber keine Zahlungsunfähigkeit vorliegt und die angestrebte Sanierung nicht offensichtlich aussichtslos ist, so bestimmt das Insolvenzgericht auf Antrag des Schuldners eine Frist zur Vorlage eines Insolvenzplans. Die Frist darf höchstens drei Monate betragen.	
(2) Der Aussteller der Bescheinigung nach Absatz 1 darf nicht zum vorläufigen Sachwalter bestellt werden. Der Schuldner kann dem Gericht Vorschläge für die Person des vorläufigen Sachwalters unterbreiten. Das Gericht kann von einem Vorschlag des Schuldners nur abweichen, wenn die vorgeschlagene Person offensichtlich für die Übernahme des Amtes nicht geeignet ist; dies ist vom Gericht schriftlich zu begründen.	
(3) Das Gericht hat Maßnahmen nach § 21 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 anzuordnen, wenn der Schuldner dies beantragt.	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
(4) Der Schuldner oder der vorläufige Sachwalter haben dem Gericht den Eintritt der Zahlungsunfähigkeit unverzüglich anzuzeigen. Nach Aufhebung der Anordnung nach Absatz 1 oder nach Ablauf der Frist entscheidet das Gericht über die Eröffnung des Insolvenzverfahrens.	
§ 270e	§ 270e
Aufhebung der vorläufigen Eigenverwaltung	u n v e r ä n d e r t
(1) Die vorläufige Eigenverwaltung wird durch Bestellung eines vorläufigen Insolvenzverwalters aufgehoben, wenn	
1. der Schuldner in schwerwiegender Weise gegen insolvenzrechtliche Pflichten verstößt oder sich auf sonstige Weise zeigt, dass er nicht bereit oder in der Lage ist, seine Geschäftsführung am Interesse der Gläubiger auszurichten, insbesondere, wenn sich erweist, dass	
a) der Schuldner die Eigenverwaltungsplanung in wesentlichen Punkten auf unzutreffende Tatsachen gestützt hat oder seinen Pflichten nach § 270c Absatz 2 nicht nachkommt,	
b) die Rechnungslegung und Buchführung so unvollständig oder mangelhaft sind, dass sie keine Beurteilung der Eigenverwaltungsplanung, insbesondere des Finanzplans, ermöglichen,	
c) Haftungsansprüche des Schuldners gegen amtierende oder ehemalige Mitglieder seiner Organe bestehen, deren Durchsetzung in der Eigenverwaltung erschwert werden könnte,	
2. Mängel der Eigenverwaltungsplanung nicht innerhalb der gemäß § 270b Absatz 1 Satz 2 gesetzten Frist behoben werden,	
3. die Erreichung des Eigenverwaltungsziels, insbesondere eine angestrebte Sanierung sich als aussichtslos erweist,	
4. der vorläufige Sachwalter dies mit Zustimmung des vorläufigen Gläubigerausschusses oder der vorläufige Gläubigerausschuss dies beantragt,	
5. der Schuldner dies beantragt.	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
(2) Die vorläufige Eigenverwaltung wird durch Bestellung eines vorläufigen Insolvenzverwalters zudem aufgehoben, wenn ein absonderungsberechtigter Gläubiger oder Insolvenzgläubiger die Aufhebung beantragt und glaubhaft macht, dass die Voraussetzungen für eine Anordnung der vorläufigen Eigenverwaltung nicht vorliegen und ihm durch die Eigenverwaltung erhebliche Nachteile drohen. Vor der Entscheidung über den Antrag ist der Schuldner zu hören. Gegen die Entscheidung steht dem Gläubiger und dem Schuldner die sofortige Beschwerde zu.	
(3) Zum vorläufigen Insolvenzverwalter kann der bisherige vorläufige Sachwalter bestellt werden.	
(4) Dem vorläufigen Gläubigerausschuss ist vor Erlass der Entscheidung nach Absatz 1 Nummer 1 oder 3 Gelegenheit zur Äußerung zu geben. § 270b Absatz 3 Satz 2 gilt entsprechend. Bestellt das Gericht einen vorläufigen Insolvenzverwalter, sind die Gründe hierfür schriftlich darzulegen. § 27 Absatz 2 Nummer 4 gilt entsprechend.	
§ 270f	§ 270f
Anordnung der Eigenverwaltung	u n v e r ä n d e r t
(1) Die Eigenverwaltung wird auf Antrag des Schuldners angeordnet, es sei denn, eine vorläufige Eigenverwaltung wäre nach § 270b nicht anzuordnen oder nach § 270e aufzuheben.	
(2) Anstelle eines Insolvenzverwalters wird ein Sachwalter bestellt. Die Forderungen der Insolvenzgläubiger sind beim Sachwalter anzumelden. Die §§ 32 und 33 sind nicht anzuwenden.	
(3) § 270b Absatz 1 Satz 1, Absatz 2 und 3 ist entsprechend anzuwenden.“	
37. Der bisherige § 270d wird § 270g.	<b>38.</b> u n v e r ä n d e r t
38. § 272 wird wie folgt geändert:	<b>39.</b> § 272 wird wie folgt geändert:
a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:	a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:
„(1) Das Insolvenzgericht hebt die Anordnung der Eigenverwaltung auf, wenn	„(1) Das Insolvenzgericht hebt die Anordnung der Eigenverwaltung auf, wenn
1. der Schuldner in schwerwiegender Weise gegen insolvenzrechtliche Pflichten verstößt oder sich auf sonstige Weise zeigt, dass er nicht bereit oder in	1. der Schuldner in schwerwiegender Weise gegen insolvenzrechtliche Pflichten verstößt oder sich auf sonstige Weise zeigt, dass er nicht bereit oder in

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
<p>der Lage ist, seine Geschäftsführung am Interesse der Gläubiger auszurichten; dies gilt auch dann, wenn sich erweist, dass <i>der Schuldner die Eigenverwaltungsplanung in wesentlichen Punkten auf unzutreffende Tatsachen gestützt hat, dass die Rechnungslegung und Buchführung so unvollständig oder mangelhaft sind, dass sie keine Beurteilung der Eigenverwaltungsplanung, insbesondere des Finanzplans, ermöglichen, oder Haftungsansprüche des Schuldners gegen amtierende oder ehemalige Mitglieder des vertretungsberechtigten Organs bestehen, deren Durchsetzung in der Eigenverwaltung erschwert werden könnte,</i></p>	<p>der Lage ist, seine Geschäftsführung am Interesse der Gläubiger auszurichten; dies gilt auch dann, wenn sich erweist, dass</p>
	<p>a) <b>der Schuldner die Eigenverwaltungsplanung in wesentlichen Punkten auf unzutreffende Tatsachen gestützt hat,</b></p>
	<p>b) <b>die Rechnungslegung und Buchführung so unvollständig oder mangelhaft sind, dass sie keine Beurteilung der Eigenverwaltungsplanung, insbesondere des Finanzplans, ermöglichen,</b></p>
	<p>c) <b>Haftungsansprüche des Schuldners gegen amtierende oder ehemalige Mitglieder des vertretungsberechtigten Organs bestehen, deren Durchsetzung in der Eigenverwaltung erschwert werden könnte,</b></p>
<p>2. die Erreichung des Eigenverwaltungsziels, insbesondere eine angestrebte Sanierung sich als aussichtslos erweist,</p>	<p>2. un v e r ä n d e r t</p>
<p>3. dies von der Gläubigerversammlung mit der in § 76 Absatz 2 genannten Mehrheit und der Mehrheit der abstimmenden Gläubiger beantragt wird,</p>	<p>3. un v e r ä n d e r t</p>
<p>4. dies von einem absonderungsberechtigten Gläubiger oder von einem Insolvenzgläubiger beantragt wird, die Voraussetzungen der Anordnung der Eigenverwaltung des § 270f Absatz 1 in Verbindung mit § 270b Absatz 1 Satz 1 weggefallen sind und dem Antragsteller</p>	<p>4. un v e r ä n d e r t</p>

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
durch die Eigenverwaltung erhebliche Nachteile drohen,	
5. dies vom Schuldner beantragt wird.“	5. un verändert
b) In Absatz 2 Satz 1 wird die Angabe „Nummer 2“ durch die Angabe „Nummer 4“ ersetzt.	b) un verändert
39. Nach § 274 Absatz 2 Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:	40. un verändert
„Das Gericht kann anordnen, dass der Sachwalter den Schuldner im Rahmen der Insolvenzgeldvorfiananzierung, der insolvenzrechtlichen Buchführung und der Verhandlungen mit Kunden und Lieferanten unterstützen kann.“	
40. Nach § 274 wird folgender § 274a eingefügt:	40. entfällt
„§ 274a	
Sondersachwalter	
(1) Folgt das Gericht bei der Bestellung des vorläufigen Sachwalters oder des Sachwalters einem Votum des vorläufigen Gläubigerausschusses nach § 56a Absatz 2 Satz 1 oder einem Vorschlag des Schuldners nach § 270d Absatz 2 Satz 2, kann es einen Sondersachwalter bestellen, der	
1. Prüfungen nach § 270c Absatz 1 Nummer 3 vorzunehmen hat und	
2. Ansprüche nach § 280 zu prüfen und im eröffneten Verfahren geltend zu machen hat.	
(2) Für die Bestellung des Sondersachwalters, für die Aufsicht des Insolvenzgerichts sowie für die Haftung des Sondersachwalters gelten § 56 Absatz 1 Satz 1, 2 und Absatz 2 sowie die §§ 58 und 59 mit der Maßgabe, dass bei einem Antrag auf Entlassung durch den Gläubigerausschuss oder die Gläubigerversammlung das Vorliegen eines wichtigen Grundes durch den Antragsteller glaubhaft zu machen ist. Ferner gelten die §§ 60 und 62 Satz 1 und 2 entsprechend.	
(3) Schuldner, Sachwalter und vorläufiger Sachwalter sind verpflichtet, dem Sondersachwalter alle Auskünfte zu erteilen, die zur Prüfung und zur Entscheidung über die Geltendmachung von Haftungsansprüchen oder der Anfechtung von Rechtshandlungen erforderlich sind. § 97 Absatz 1 Satz 2 und 3 gilt entsprechend.	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
<p><i>(4) Der Sondersachwalter hat Anspruch auf eine angemessene Vergütung. Als Grundvergütung erhält der Sondersachwalter ein Honorar auf der Grundlage angemessener Stundensätze. Wird durch die Tätigkeit des Sondersachwalters Haftungsmasse realisiert, steht dem Sondersachwalter zudem der auf diesen Teil der Haftungsmasse entfallende Teil der Sachwaltervergütung zu. Der dem Sondersachwalter zustehende Vergütungsteil ist von der Vergütung des Sachwalters in Abzug zu bringen. Die §§ 64 und 65 gelten für die Vergütung des Sondersachwalters entsprechend.“</i></p>	
41. § 276a wird wie folgt geändert:	41. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
a) Der Wortlaut wird Absatz 1.	
b) Die folgenden Absätze 2 und 3 werden angefügt:	
<p>„(2) Ist der Schuldner als juristische Person verfasst, so haften auch die Mitglieder des Vertretungsorgans nach Maßgabe der §§ 60 bis 62. Bei einer Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit gilt dies für die zur Vertretung der Gesellschaft ermächtigten Gesellschafter. Ist kein zur Vertretung der Gesellschaft ermächtigter Gesellschafter eine natürliche Person, gilt dies für die organschaftlichen Vertreter der zur Vertretung ermächtigten Gesellschafter. Satz 3 gilt sinngemäß, wenn es sich bei den organschaftlichen Vertretern um Gesellschaften ohne Rechtspersönlichkeit handelt, bei denen keine natürliche Person zur organschaftlichen Vertretung ermächtigt ist, oder wenn sich die Verbindung von Gesellschaften in dieser Art fortsetzt.“</p>	
<p>(3) Die Absätze 1 und 2 finden im Zeitraum zwischen der Anordnung der vorläufigen Eigenverwaltung oder der Anordnung vorläufiger Maßnahmen nach § 270c Absatz 3 und der Verfahrenseröffnung entsprechende Anwendung.“</p>	
42. § 284 Absatz 1 wird wie folgt geändert:	42. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
a) Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:	
<p>„Der vorläufige Gläubigerausschuss kann einen Auftrag zur Ausarbeitung eines Insolvenzplans an den vorläufigen Sachwalter oder den Schuldner richten.“</p>	

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 6. Ausschusses</b>
b) In dem neuen Satz 3 werden nach den Wörtern „so wirkt“ die Wörter „der vorläufige Sachwalter oder“ eingefügt.	
43. In § 292 Absatz 3 Satz 2 werden nach dem Wort „Entlassung“ die Wörter „auch wegen anderer Entlassungsgründe als der fehlenden Unabhängigkeit“ eingefügt.	43. u n v e r ä n d e r t
44. In § 348 Absatz 1 Satz 2 und § 354 Absatz 3 Satz 2 wird jeweils die Angabe „§ 3 Abs. 2“ durch die Angabe „§ 3 Absatz 3“ ersetzt.	44. u n v e r ä n d e r t
<b>Artikel 6</b>	<b>Artikel 6</b>
<b>Änderung der Insolvenzrechtlichen Vergütungsverordnung</b>	<b>Änderung der Insolvenzrechtlichen Vergütungsverordnung</b>
Die Insolvenzrechtliche Vergütungsverordnung vom 19. August 1998 (BGBl. I S. 2205), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 13. April 2017 (BGBl. I S. 866) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	Die Insolvenzrechtliche Vergütungsverordnung vom 19. August 1998 (BGBl. I S. 2205), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 13. April 2017 (BGBl. I S. 866) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. § 2 wird wie folgt geändert:	1. u n v e r ä n d e r t
a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:	
aa) In Nummer 1 wird die Angabe „25 000“ durch die Angabe „35 000“ und werden die Wörter „vom Hundert“ durch das Wort „Prozent“ ersetzt.	
bb) In Nummer 2 wird die Angabe „50 000“ durch die Angabe „70 000“ und die Angabe „25 vom Hundert“ durch die Angabe „26 Prozent“ ersetzt.	
cc) In Nummer 3 wird die Angabe „250 000“ durch die Angabe „350 000“ und die Angabe „7 vom Hundert“ durch die Angabe „7,5 Prozent“ ersetzt.	
dd) In Nummer 4 wird die Angabe „500 000“ durch die Angabe „700 000“ und die Angabe „3 vom Hundert“ durch die Angabe „3,3 Prozent“ ersetzt.	
ee) In Nummer 5 wird die Angabe „25 000 000“ durch die Angabe „35 000 000“ und die Angabe „2 vom Hundert“ durch die Angabe „2,2 Prozent“ ersetzt.	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
ff) In Nummer 6 wird die Angabe „50 000 000“ durch die Angabe „70 000 000“ und die Angabe „1 vom Hundert“ durch die Angabe „1,1 Prozent“ ersetzt.	
gg) Nummer 7 wird durch die folgenden Nummern 7 bis 9 ersetzt:	
„7. von dem Mehrbetrag bis zu 350 000 000 Euro 0,5 Prozent,	
8. von dem Mehrbetrag bis zu 700 000 000 Euro 0,4 Prozent,	
9. von dem darüber hinausgehenden Betrag 0,2 Prozent.“	
b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:	
aa) In Satz 1 wird die Angabe „1 000“ durch die Angabe „1 400“ ersetzt.	
bb) In Satz 2 wird die Angabe „150“ durch die Angabe „210“ ersetzt.	
cc) In Satz 3 wird die Angabe „100“ durch die Angabe „140“ ersetzt.	
2. Dem § 4 Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:	2. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
„Für die Übertragung der Zustellungen im Sinne des § 8 Absatz 3 der Insolvenzordnung gilt Nummer 9002 des Kostenverzeichnisses zum Gerichtskostengesetz entsprechend.“	
3. § 4 Absatz 3 wird wie folgt gefasst:	3. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
„(3) Mit der Vergütung sind auch die Kosten einer Haftpflichtversicherung mit einer Versicherungssumme bis zu 2 000 000 Euro pro Versicherungsfall und mit einer Jahreshöchstleistung bis zu 4 000 000 Euro abgegolten. Ist die Verwaltung mit einem darüber hinausgehenden Haftungsrisiko verbunden, so sind die Kosten einer entsprechend höheren Versicherung als Auslagen zu erstatten.“	
4. In § 8 Absatz 3 Satz 1 wird die Angabe „250“ durch die Angabe „350“ ersetzt.	4. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
5. In § 10 werden nach dem Wort „Sachwalters“ ein Komma und die Wörter „des vorläufigen Sachwalters“ eingefügt.	5. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
6. In § 12 Absatz 3 wird die Angabe „250“ durch die Angabe „350“ und die Angabe „125“ durch die Angabe „175“ ersetzt.	6. <b>u n v e r ä n d e r t</b>

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
7. Nach § 12 werden die folgenden §§ 12a und 12b eingefügt:	7. Nach § 12 wird folgender § 12a eingefügt:
„§ 12a	„§ 12a
Vergütung des vorläufigen Sachwalters	Vergütung des vorläufigen Sachwalters
<p>(1) Die Tätigkeit des vorläufigen Sachwalters wird gesondert vergütet. Er erhält in der Regel 25 Prozent der Vergütung des Sachwalters bezogen auf das Vermögen, auf das sich seine Tätigkeit während des Eröffnungsverfahrens erstreckt. Maßgebend für die Wertermittlung ist der Zeitpunkt der Beendigung der vorläufigen Eigenverwaltung oder der Zeitpunkt, ab dem der Gegenstand nicht mehr der Verfügungsbefugnis des eigenverwaltenden Schuldners unterliegt. Vermögensgegenstände, an denen bei Verfahrenseröffnung Aus- oder Absonderungsrechte bestehen, werden dem Vermögen nach Satz 2 hinzugerechnet, sofern sich der vorläufige Sachwalter in erheblichem Umfang mit ihnen befasst. Sie bleiben unberücksichtigt, sofern der Schuldner die Gegenstände lediglich aufgrund eines Besitzüberlassungsvertrages in Besitz hat.</p>	(1) un verändert
<p>(2) Wird die Festsetzung der Vergütung beantragt, bevor die von Absatz 1 Satz 2 erfassten Gegenstände veräußert wurden, ist das Insolvenzgericht spätestens mit Vorlage der Schlussrechnung auf eine Abweichung des tatsächlichen Werts von dem der Vergütung zugrunde liegenden Wert hinzuweisen, sofern die Wertdifferenz 20 Prozent bezogen auf die Gesamtheit dieser Gegenstände übersteigt.</p>	(2) un verändert
<p>(3) Art, Dauer und Umfang der Tätigkeit des vorläufigen Sachwalters sind bei der Festsetzung der Vergütung zu berücksichtigen.</p>	(3) un verändert
<p>(4) Hat das Insolvenzgericht den vorläufigen Sachwalter als Sachverständigen gesondert beauftragt zu prüfen, ob ein Eröffnungsgrund vorliegt und welche Aussichten für eine Fortführung des Unternehmens des Schuldners bestehen, so erhält er gesondert eine Vergütung nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz.</p>	(4) un verändert
	(5) § 12 Absatz 3 gilt entsprechend.“

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
§ 12b	§ 12b
<i>Vergütung des Sondersachwalters</i>	<b>entfällt</b>
<i>(1) Die Grundvergütung des Sondersachwalters beträgt regelmäßig zwischen 150 und 350 Euro je Stunde. Bei der Festsetzung des Stundensatzes sind insbesondere der Umfang der Tätigkeit und die berufliche Qualifikation des Sondersachwalters zu berücksichtigen.</i>	
<i>(2) Zusätzlich zu der Grundvergütung nach Absatz 1 erhält der Sondersachwalter den Anteil der Sachwaltervergütung, der dem Anteil der in die Insolvenzmasse geflossenen Zahlungen auf vom Sondersachwalter im Rahmen seiner Zuständigkeit nach § 274 Absatz 1 der Insolvenzordnung geltend gemachten Forderungen zur gesamten Berechnungsgrundlage nach § 1 entspricht. Die Vergütung des Sachwalters vermindert sich um den nach Satz 1 dem Sondersachwalter zustehenden Betrag.</i>	
<i>(3) Auslagen sind einzeln anzuführen und zu belegen.</i>	
<i>(4) Soweit Umsatzsteuer anfällt, gilt § 7 entsprechend.“</i>	
8. In § 13 wird die Angabe „800“ durch die Angabe „1 120“ ersetzt.	8. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
9. § 14 wird wie folgt geändert:	9. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:	
aa) In Nummer 1 wird die Angabe „25 000“ durch die Angabe „35 000“ ersetzt.	
bb) In Nummer 2 wird die Angabe „50 000“ durch die Angabe „70 000“ ersetzt.	
b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:	
aa) In Satz 1 wird die Angabe „100“ durch die Angabe „140“ ersetzt.	
bb) In Satz 2 wird die Angabe „50“ durch die Angabe „70“ ersetzt.	
10. In § 15 Absatz 1 Satz 2 wird die Angabe „35“ durch die Angabe „50“ ersetzt.	10. <b>u n v e r ä n d e r t</b>

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 6. Ausschusses</b>
11. § 17 wird wie folgt geändert:	11. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:	
aa) In Satz 1 wird die Angabe „35 und 95“ durch die Angabe „50 und 300“ ersetzt.	
bb) In Satz 2 wird das Wort „ist“ durch das Wort „sind“ ersetzt und werden nach dem Wort „Tätigkeit“ die Wörter „und die berufliche Qualifikation des Ausschussmitglieds“ eingefügt.	
b) In Absatz 2 Satz 1 wird die Angabe „§ 270 Absatz 3“ durch die Angabe „§ 270b Absatz 3“ und die Angabe „300“ durch die Angabe „500“ ersetzt.	
12. Dem § 19 wird folgender Absatz 5 angefügt:	12. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
„(5) Auf Insolvenzverfahren, die vor dem 1. Januar 2021 beantragt worden sind, sind die bis zum 31. Dezember 2020 geltenden Vorschriften anzuwenden.“	
<b>Artikel 7</b>	<b>Artikel 7</b>
<b>Änderung der Verordnung zu öffentlichen Bekanntmachungen in Insolvenzverfahren im Internet</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
Die Verordnung zu öffentlichen Bekanntmachungen in Insolvenzverfahren im Internet vom 12. Februar 2002 (BGBl. I S. 677), die zuletzt durch die Verordnung vom 14. Oktober 2019 (BGBl. I S. 1466) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	
1. Die Überschrift wird wie folgt gefasst:	
„Verordnung zu öffentlichen Bekanntmachungen in Insolvenzverfahren und Restrukturierungssachen im Internet	
(InsBekV)“.	
2. Dem § 1 wird folgender Satz angefügt:	
„Für öffentliche Bekanntmachungen in Restrukturierungssachen im Internet gilt diese Verordnung entsprechend, soweit in den nachfolgenden Vorschriften nichts Abweichendes geregelt ist.“	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
3. Dem § 3 wird folgender Absatz 4 angefügt:	
„(4) Die in einem elektronischen Informations- und Kommunikationssystem erfolgte Veröffentlichung von Daten aus einer Restrukturierungssache wird spätestens sechs Monate nach der Anordnung des jeweiligen Stabilisierungs- oder Restrukturierungsinstruments, bei Stabilisierungsanordnungen nach dem Ende ihrer Wirkungsdauer gelöscht.“	
<b>Artikel 8</b>	<b>Artikel 8</b>
<b>Änderung des Einführungsgesetzes zur Insolvenzordnung</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
Das Einführungsgesetz zur Insolvenzordnung vom 5. Oktober 1994 (BGBl. I S. 2911), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 5. Juni 2017 (BGBl. I S. 1476) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	
1. Artikel 102c wird wie folgt geändert:	
a) § 4 Satz 2 wird wie folgt gefasst:	
„Die §§ 574 bis 577 der Zivilprozessordnung gelten entsprechend, wobei die Entscheidung über die Beschwerde gemäß § 6 Absatz 3 der Insolvenzordnung erst mit Rechtskraft wirksam wird.“	
b) § 9 Satz 2 wird wie folgt gefasst:	
„Die §§ 574 bis 577 der Zivilprozessordnung gelten entsprechend, wobei die Entscheidung über die Beschwerde gemäß § 6 Absatz 3 der Insolvenzordnung erst mit Rechtskraft wirksam wird.“	
c) § 20 wird wie folgt gefasst:	
aa) Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt gefasst:	
„Die §§ 574 bis 577 der Zivilprozessordnung gelten entsprechend, wobei die Entscheidung über die Beschwerde gemäß § 6 Absatz 3 der Insolvenzordnung erst mit Rechtskraft wirksam wird.“	
bb) Absatz 2 Satz 2 wird wie folgt gefasst:	
„Die §§ 574 bis 577 der Zivilprozessordnung gelten entsprechend, wobei die	

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 6. Ausschusses</b>
Entscheidung über die Beschwerde gemäß § 6 Absatz 3 der Insolvenzordnung erst mit Rechtskraft wirksam wird.“	
d) § 26 Satz 2 wird wie folgt gefasst:	
„Die §§ 574 bis 577 der Zivilprozessordnung gelten entsprechend, wobei die Entscheidung über die Beschwerde gemäß § 6 Absatz 3 der Insolvenzordnung erst mit Rechtskraft wirksam wird.“	
2. Vor Artikel 104 wird folgender Artikel 103... [einsetzen: bei der Verkündung nächster freier Buchstabenzusatz] eingefügt:	
„Artikel 103... [einsetzen: bei der Verkündung nächster freier Buchstabenzusatz]	
Überleitungsvorschrift zum Sanierungs- und Insolvenzrechtsfortentwicklungsgesetz	
Auf Insolvenzverfahren, die vor dem 1. Januar 2021 beantragt worden sind, sind die bis dahin geltenden Vorschriften weiter anzuwenden.“	
<b>Artikel 9</b>	<b>Artikel 9</b>
<b>Änderung des Insolvenzstatistikgesetzes</b>	<b>Änderung des Insolvenzstatistikgesetzes</b>
Das Insolvenzstatistikgesetz vom 7. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2582, 2589), das durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22. November 2019 (BGBl. I S. 1746) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	Das Insolvenzstatistikgesetz vom 7. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2582, 2589), das durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22. November 2019 (BGBl. I S. 1746) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. Die Überschrift wird wie folgt gefasst:	1. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
„Gesetz über die Insolvenz- und Restrukturierungsstatistik	
(Insolvenzstatistikgesetz – InsStatG)“.	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
2. § 1 wird wie folgt geändert:	2. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:	
„§ 1	
Insolvenz- und Restrukturierungsstatistik“.	
b) Nach dem Wort „Insolvenzverfahren“ werden die Wörter „und Restrukturierungssachen“ eingefügt.	
3. § 2 wird wie folgt geändert:	3. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
a) Der Überschrift werden die Wörter „in Insolvenzverfahren“ angefügt.	
b) Der Nummer 1 wird folgende Nummer 1 vorangestellt:	
„1. bei Stellung des Antrags auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens:	
a) Datum der Antragstellung,	
b) Antragsteller,	
c) Schuldner, die in den letzten drei Jahren vor dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens die Bestätigung eines Restrukturierungsplans in einer Restrukturierungssache erlangt haben;“.	
c) Die bisherige Nummer 1 wird Nummer 2 und wird wie folgt geändert:	
aa) Buchstabe b wird aufgehoben.	
bb) Buchstabe c wird Buchstabe b.	
cc) Nach dem neuen Buchstaben b wird folgender Buchstabe c eingefügt:	
„c) Datum der Verfahrenseröffnung;“.	
d) Die bisherige Nummer 2 wird Nummer 3.	
e) Die bisherige Nummer 3 wird Nummer 4 und in Buchstabe b werden nach dem Wort „Absonderungsrechte“ die Wörter „und die Höhe der nicht befriedigten Absonderungsrechte“ eingefügt.	
f) Die bisherige Nummer 4 wird Nummer 5 und wird wie folgt geändert:	
aa) In Buchstabe b werden nach dem Wort „Restschuldbefreiung“ die Wörter „und	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
das Datum der Entscheidung“ eingefügt.	
bb) In Buchstabe c werden nach dem Wort „Restschuldbefreiung“ die Wörter „das Datum und“ eingefügt.	
cc) In Buchstabe d werden nach dem Wort „Restschuldbefreiung“ die Wörter „und das Datum des Widerrufs“ eingefügt.	
dd) In Buchstabe e wird der Punkt am Ende durch die Wörter „und das Datum der sonstigen Beendigung,“ ersetzt.	
ee) Folgender Buchstabe f wird angefügt:	
„f) Höhe des zur Verteilung an die Insolvenzgläubiger verfügbaren Betrages, bei öffentlich-rechtlichen Insolvenzgläubigern zusätzlich deren jeweiliger Anteil;“.	
g) Folgende Nummer 6 wird angefügt:	
„6. bei Kostenfestsetzung:	
a) festgesetzte Höhe der Gerichtskosten sowie der Vergütungen und Auslagen von Insolvenzverwalter, Sachwalter, Treuhänder und Mitgliedern des Gläubigerausschusses,	
b) Datum der Festsetzung.“	
4. Der Überschrift von § 3 werden die Wörter „in Insolvenzverfahren“ angefügt.	4. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
5. § 4 wird wie folgt geändert:	5. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
a) In der Überschrift werden nach dem Wort „Auskunft“ die Wörter „in Insolvenzverfahren“ eingefügt.	
b) Absatz 1 Satz 3 wird wie folgt geändert:	
aa) In Nummer 1 werden die Wörter „§ 2 Nummer 1 und 2“ durch die Wörter „§ 2 Nummer 1 bis 3 und 6“ ersetzt.	
bb) In Nummer 2 werden die Wörter „§ 2 Nummer 3 und 4“ durch die Wörter „§ 2 Nummer 4 und 5“ ersetzt.	
c) Absatz 3 wird wie folgt geändert:	
aa) In Nummer 1 werden vor dem Komma am Ende ein Semikolon und die Wörter „die Merkmale nach § 2 Nummer 1 sind	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
zeitgleich mit den Angaben zu § 2 Nummer 2 zu übermitteln“ eingefügt.	
bb) In den Nummern 3 und 4 werden jeweils die Wörter „§ 2 Nummer 4 Buchstabe b bis e“ durch die Wörter „§ 2 Nummer 5 Buchstabe b bis e“ ersetzt.	
6. Nach § 4 werden die folgenden §§ 4a bis 4c eingefügt:	6. Nach § 4 werden die folgenden §§ 4a bis 4c eingefügt:
„§ 4a	„§ 4a
Erhebungsmerkmale in Restrukturierungssachen	Erhebungsmerkmale in Restrukturierungssachen
Die Erhebungen erfassen folgende Erhebungsmerkmale:	Die Erhebungen erfassen folgende Erhebungsmerkmale:
1. bei Anzeige des Restrukturierungsvorhabens:	1. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
a) Datum der Anzeige,	
b) Art des Rechtsträgers oder der Vermögensmasse (Schuldner); zusätzlich Rechtsform, Geschäftszweig, Jahr der Gründung, Zahl der Arbeitnehmer und die Eintragung in das Handels-, Genossenschafts-, Vereins- oder Partnerschaftsregister,	
c) ob der Schuldner in den letzten drei Jahren vor der Anzeige des Restrukturierungsvorhabens die Bestätigung eines Restrukturierungsplans in einer Restrukturierungssache erwirkt hat;	
2. bei Verlust der Wirkung der Anzeige des Restrukturierungsvorhabens:	2. bei Verlust der Wirkung der Anzeige des Restrukturierungsvorhabens:
a) Bestätigung oder Versagung der Bestätigung des Restrukturierungsplans und Datum der Rechtskraft der Bestätigung oder Versagung,	a) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
b) Höhe der befriedigten Anwartschaften und die Höhe der nicht befriedigten Anwartschaften der Inhaber von Absonderungsanwartschaften gemäß dem rechtskräftig bestätigten Restrukturierungsplan,	b) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
c) Summe der <i>befriedigten</i> Forderungen von Restrukturierungsgläubigern und	c) Summe der Forderungen von Restrukturierungsgläubigern und die Höhe des zur Verteilung verfügbaren Betrages

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 6. Ausschusses</b>
die Höhe des zur Verteilung verfügbaren Betrages gemäß dem rechtskräftig bestätigten Restrukturierungsplan,	gemäß dem rechtskräftig bestätigten Restrukturierungsplan,
d) Rücknahme der Anzeige und Datum der Rücknahme,	d) u n v e r ä n d e r t
e) Aufhebung der Restrukturierungssache und Datum der Aufhebung,	e) u n v e r ä n d e r t
f) Datum, zu dem die Anzeige ihre Wirkung kraft Zeitablaufs verloren hat;	f) u n v e r ä n d e r t
3. bei Kostenfestsetzung:	3. u n v e r ä n d e r t
a) festgesetzte Höhe der Gerichtskosten sowie der Vergütungen und Auslagen eines Restrukturierungsbeauftragten und Sanierungsmoderators,	
b) Datum der Festsetzung.	
§ 4b	§ 4b
Hilfsmerkmale in Restrukturierungssachen	u n v e r ä n d e r t
Hilfsmerkmale der Erhebungen sind:	
1. Datum der Verfahrenshandlungen nach § 4a,	
2. Name oder Firma und Anschrift oder Mittelpunkt der selbständigen wirtschaftlichen Tätigkeit des Schuldners,	
3. Umsatzsteuernummer,	
4. Name, Nummer und Aktenzeichen des Amtsgerichts,	
5. Name und Kontaktdaten der für eventuelle Rückfragen zur Verfügung stehenden Personen,	
6. bei Schuldnern, die im Handels-, Genossenschafts-, Vereins- oder Partnerschaftsregister eingetragen sind, die Art und der Ort des Registers und die Nummer der Eintragung.	
§ 4c	§ 4c
Auskunftspflicht und Erteilung der Auskunft in Restrukturierungssachen	u n v e r ä n d e r t
(1) Für die Erhebung besteht Auskunftspflicht. Die Angaben zu § 4b Nummer 5 sind frei-	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
willig. Auskunftspflichtig sind bezüglich der Angaben nach den §§ 4a und 4b die zuständigen Amtsgerichte.	
(2) Die Angaben nach Absatz 1 werden den statistischen Ämtern von den Auskunftspflichtigen aus den vorhandenen Unterlagen übermittelt. Die Angaben nach Absatz 1 werden von den statistischen Ämtern monatlich erfasst.	
(3) Die Angaben der Amtsgerichte zu den §§ 4a und 4b sind innerhalb von zwei Wochen nach Ablauf des Kalendermonats, in dem die jeweilige gerichtliche Entscheidung erlassen oder die jeweilige Verfahrenshandlung vorgenommen wurde, zu übermitteln.“	
7. Dem § 5 werden die folgenden Absätze 3 und 4 angefügt:	7. un v e r ä n d e r t
„(3) Das Statistische Bundesamt übermittelt der Europäischen Kommission jährlich bis zum 31. Dezember des auf das Erhebungsjahr folgenden Kalenderjahres auf dem Übermittlungsformular nach Artikel 29 Absatz 7 der Richtlinie (EU) 2019/1023 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über präventive Restrukturierungsrahmen, über Entschuldung und über Tätigkeitsverbote sowie über Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz von Restrukturierungs-, Insolvenz- und Entschuldungsverfahren und zur Änderung der Richtlinie (EU) 2017/1132 (ABl. L 172 vom 26.6.2019, S. 18) die folgenden Daten über Insolvenz- und Restschuldbefreiungsverfahren sowie Restrukturierungssachen, aufgeschlüsselt nach jeder Verfahrensart:	
1. die Zahl der eröffneten, anhängigen und beendeten Insolvenz- und Restschuldbefreiungsverfahren,	
2. die durchschnittliche Dauer der Insolvenz- und Restschuldbefreiungsverfahren von der Verfahrenseröffnung bis zur Beendigung des Verfahrens,	
3. die durchschnittlichen Befriedigungsquoten der befriedigten Absonderungsrechte und der quotenberechtigten Insolvenzgläubiger in Insolvenz- und Restschuldbefreiungsverfahren,	
4. die durchschnittlichen Kosten in Insolvenz- und Restschuldbefreiungsverfahren,	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
5. die Zahl der angezeigten und anhängigen Restrukturierungssachen sowie die Zahl der Restrukturierungssachen, in denen die Anzeige ihre Wirkung verloren hat,	
6. die durchschnittliche Dauer der Restrukturierungssachen von der Anzeige des Restrukturierungsvorhabens bis die Anzeige ihre Wirkung verloren hat,	
7. die durchschnittlichen Befriedigungsquoten der Inhaber von Absonderungsansparnissen und Restrukturierungsforderungen in Restrukturierungssachen,	
8. die durchschnittlichen Kosten in Restrukturierungssachen,	
9. die Zahl der Restrukturierungssachen, in denen die Anzeige des Restrukturierungsvorhabens zurückgenommen, die Bestätigung des Restrukturierungsplans rechtskräftig versagt oder die Restrukturierungssache aufgehoben worden ist oder die Anzeige des Restrukturierungsvorhabens ihre Wirkung kraft Zeitablaufs verloren hat,	
10. die Zahl der Schuldner, die Gegenstand eines Insolvenzverfahrens oder einer Restrukturierungssache waren und in den letzten drei Jahren vor der Eröffnung des Insolvenzverfahrens oder vor Anzeige des Restrukturierungsvorhabens die Bestätigung eines Restrukturierungsplans in einer Restrukturierungssache erlangt haben.	
(4) Die nach Absatz 3 Nummer 1 bis 8 zu übermittelnden Daten sind ferner aufzuschlüsseln:	
1. nach Größe der Schuldner, die keine natürlichen Personen sind, gemäß der Zahl der Arbeitnehmer,	
2. danach, ob die Schuldner in Insolvenzverfahren oder Restrukturierungssachen natürliche oder juristische Personen sind,	
3. danach, ob das Restschuldbefreiungsverfahren nur Unternehmer oder sonstige natürliche Personen betrifft.	
Die Übermittlung nach Absatz 3 erfolgt erstmals für das Erhebungsjahr, das dem Tag der erstmaligen Anwendung des Durchführungsrechtsaktes	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
nach Artikel 29 Absatz 7 der Richtlinie (EU) 2019/1023 folgt.“	
8. § 5a wird wie folgt geändert:	8. § 5a wird wie folgt geändert:
a) In Satz 1 wird das Wort „darf“ durch die Wörter „sowie der Betreiber des elektronischen Informations- und Kommunikationssystems für öffentliche Bekanntmachungen in Restrukturierungssachen im Internet nach § 93 Absatz 1 des Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetzes dürfen“ ersetzt.	a) In Satz 1 wird das Wort „darf“ durch die Wörter „sowie der Betreiber des elektronischen Informations- und Kommunikationssystems für öffentliche Bekanntmachungen in Restrukturierungssachen im Internet nach § 86 Absatz 1 des Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetzes dürfen“ ersetzt.
b) In Satz 3 wird das Wort „Insolvenzstatistiken“ durch die Wörter „Insolvenz- und Restrukturierungsstatistiken“ ersetzt.	b) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
9. Dem § 6 wird folgender Absatz 3 angefügt:	9. Dem § 6 wird folgender Absatz 3 angefügt:
„(3) Die Amtsgerichte <i>und die Schuldner</i> sind nach § 4c Absatz 1 auskunftspflichtig bezüglich der Angaben, die sich auf Restrukturierungssachen beziehen, in denen nach dem 31. Dezember 2021 eine Anzeige des Restrukturierungsvorhabens vorgenommen wurde.“	„(3) Die Amtsgerichte sind nach § 4c Absatz 1 auskunftspflichtig bezüglich der Angaben, die sich auf Restrukturierungssachen beziehen, in denen nach dem 31. Dezember 2021 eine Anzeige des Restrukturierungsvorhabens vorgenommen wurde.“
<b>Artikel 10</b>	<b>Artikel 10</b>
<b>Änderung des COVID-19-Insolvenzaussetzungsgesetzes</b>	<b>Änderung des COVID-19-Insolvenzaussetzungsgesetzes</b>
<i>Dem</i> COVID-19-Insolvenzaussetzungsgesetz vom 27. März 2020 (BGBl. I S. 569), das durch Artikel 1 des Gesetzes vom 25. September 2020 (BGBl. I S. 2016) geändert worden ist, <i>werden die folgenden §§ 4 und 5 angefügt:</i>	<b>Das</b> COVID-19-Insolvenzaussetzungsgesetz vom 27. März 2020 (BGBl. I S. 569), das durch Artikel 1 des Gesetzes vom 25. September 2020 (BGBl. I S. 2016) geändert worden ist, <b>wird wie folgt geändert:</b>
	<b>1. Dem § 1 wird folgender Absatz 3 angefügt:</b>
	„(3) Vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Januar 2021 ist die Pflicht zur Stellung eines Insolvenzantrags nach Maßgabe des Absatzes 1 für die Geschäftsleiter solcher Schuldner ausgesetzt, die im Zeitraum vom 1. November 2020 bis zum 31. Dezember 2020 einen Antrag auf die Gewährung finanzieller Hilfeleistungen im Rahmen staatlicher Hilfsprogramme zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie gestellt haben. War eine Antragstellung aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen innerhalb des Zeitraums nicht möglich, gilt Satz

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
	1 auch für Schuldner, die nach den Bedingungen des staatlichen Hilfsprogramms in den Kreis der Antragsberechtigten fallen. Die Sätze 1 und 2 gelten nicht, wenn offensichtlich keine Aussicht auf Erlangung der Hilfeleistung besteht oder die erlangbare Hilfeleistung für die Beseitigung der Insolvenzreife unzureichend ist.“
	2. Dem § 2 wird folgender Absatz 5 angefügt:
	„(5) Ist die Pflicht zur Stellung eines Insolvenzantrags nach § 1 Absatz 3 ausgesetzt, gelten die Absätze 1 bis 3 entsprechend.“
	3. Die folgenden §§ 4 bis 7 werden angefügt:
„§ 4	„§ 4
Prognosezeitraum für die Überschuldungsprüfung	Prognosezeitraum für die Überschuldungsprüfung
Abweichend von § 19 Absatz 2 Satz 1 der Insolvenzordnung ist zwischen dem 1. Januar 2021 und dem 31. Dezember 2021 anstelle des Zeitraums von zwölf Monaten ein Zeitraum von vier Monaten zugrunde zu legen, wenn	Abweichend von § 19 Absatz 2 Satz 1 der Insolvenzordnung ist zwischen dem 1. Januar 2021 und dem 31. Dezember 2021 anstelle des Zeitraums von zwölf Monaten ein Zeitraum von vier Monaten zugrunde zu legen, wenn <b>die Überschuldung des Schuldners auf die COVID-19-Pandemie zurückzuführen ist. Dies wird vermutet, wenn</b>
1. der Schuldner <i>zum</i> 31. Dezember 2019 nicht zahlungsunfähig war,	1. der Schuldner <b>am</b> 31. Dezember 2019 nicht zahlungsunfähig war,
2. der Schuldner in dem letzten, vor dem 1. Januar 2020 abgeschlossenen Geschäftsjahr ein positives Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit erwirtschaftet hat und	2. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
3. der Umsatz aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit im Kalenderjahr 2020 im Vergleich zum Vorjahr um mehr als <i>40</i> Prozent eingebrochen ist.	3. der Umsatz aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit im Kalenderjahr 2020 im Vergleich zum Vorjahr um mehr als <b>30</b> Prozent eingebrochen ist.
	§ 5
	<b>Anwendung des bisherigen Rechts</b>
	<b>(1) Auf Eigenverwaltungsverfahren, die zwischen dem 1. Januar 2021 und dem 31. Dezember 2021 beantragt werden, sind, soweit in den folgenden Absätzen und § 6 nichts anderes bestimmt ist, die §§ 270 bis 285 der Insolvenz-</b>

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
	ordnung in der bis zum 31. Dezember 2020 geltenden Fassung weiter anzuwenden, wenn die Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung des Schuldners auf die COVID-19-Pandemie zurückzuführen ist.
	(2) Die Insolvenzreife gilt als auf die COVID-19-Pandemie zurückführbar, wenn der Schuldner eine von einem in Insolvenzsachen erfahrenen Steuerberater, Wirtschaftsprüfer oder Rechtsanwalt oder einer Person mit vergleichbarer Qualifikation ausgestellte Bescheinigung vorlegt, aus der sich ergibt, dass
	1. der Schuldner am 31. Dezember 2019 weder zahlungsunfähig noch überschuldet war,
	2. der Schuldner in dem letzten vor dem 1. Januar 2020 abgeschlossenen Geschäftsjahr ein positives Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit erwirtschaftet hat und
	3. der Umsatz aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit im Kalenderjahr 2020 im Vergleich zum Vorjahr um mehr als 30 Prozent eingebrochen ist.
	Satz 1 gilt entsprechend, wenn die nach Satz 1 Nummer 2 und 3 zu bescheinigenden Voraussetzungen zwar nicht oder nicht vollständig vorliegen, aus der Bescheinigung jedoch hervorgeht, dass aufgrund von Besonderheiten, die im Schuldner oder in der Branche, der er angehört, begründet sind oder aufgrund sonstiger Umstände oder Verhältnisse, dennoch davon ausgegangen werden kann, dass die Insolvenzreife auf die COVID-19-Pandemie zurückzuführen ist.
	(3) Die Insolvenzreife gilt auch als auf die COVID-19-Pandemie zurückführbar, wenn der Schuldner im Eröffnungsantrag darlegt, dass keine Verbindlichkeiten bestehen, die am 31. Dezember 2019 bereits fällig und zu diesem Zeitpunkt noch nicht bestritten waren. Die Erklärung zur Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben nach § 13 Absatz 1 Satz 7 der Insolvenzordnung muss sich auch auf die Angaben nach Satz 1 beziehen.
	(4) Erlangt das Gericht Kenntnis davon, dass die Zahlungsunfähigkeit oder Überschul-

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
	dung des Schuldners nicht auf die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie zurückzuführen ist, kann es auch aus diesem Grund
	1. anstelle des vorläufigen Sachwalters einen vorläufigen Insolvenzverwalter bestellen,
	2. die Anordnung nach § 270b Absatz 1 der Insolvenzordnung in der bis zum 31. Dezember 2020 geltenden Fassung vor Ablauf der Frist aufheben, oder
	3. die Anordnung der Eigenverwaltung aufheben.
	(5) Ordnet das Gericht die vorläufige Eigenverwaltung oder Eigenverwaltung an, kann es zugleich anordnen, dass Verfügungen des Schuldners der Zustimmung durch den vorläufigen Sachwalter oder den Sachwalter bedürfen.
	(6) Die Annahme von Nachteilen für die Gläubiger kann nicht allein darauf gestützt werden, dass der Schuldner keine Vorkehrungen zur Sicherstellung seiner Fähigkeit zur Erfüllung insolvenzrechtlicher Pflichten getroffen hat.
	(7) Ordnet das Gericht die vorläufige Eigenverwaltung oder Eigenverwaltung an, so ist die insolvenzrechtliche Vergütungsverordnung in der bis zum 31. Dezember 2020 geltenden Fassung anzuwenden. Dies gilt auch, wenn die vorläufige Eigenverwaltung oder Eigenverwaltung aufgehoben wird.
§ 5	§ 6
Erleichterter Zugang zur Eigenverwaltung	Erleichterter Zugang zum Schutzschirmverfahren
Die Zahlungsunfähigkeit eines Schuldners steht der Anwendung des § 270d der Insolvenzordnung bei einem zwischen dem 1. Januar 2021 und dem 31. Dezember 2021 gestellten Insolvenzantrag nicht entgegen, wenn in der Bescheinigung nach § 270d Absatz 1 Satz 1 bestätigt wird, dass	Die Zahlungsunfähigkeit eines Schuldners steht der Anwendung des § 270b der Insolvenzordnung in der bis zum 31. Dezember 2020 geltenden Fassung bei einem zwischen dem 1. Januar 2021 und dem 31. Dezember 2021 gestellten Insolvenzantrag nicht entgegen, wenn in der Bescheinigung nach § 270b Absatz 1 Satz 3 der Insolvenzordnung in der bis zum 31. Dezember 2020 geltenden Fassung auch bestätigt wird, dass
1. der Schuldner <i>zum</i> 31. Dezember 2019 nicht zahlungsunfähig war,	1. der Schuldner <b>am</b> 31. Dezember 2019 nicht zahlungsunfähig war,

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
2. der Schuldner in dem letzten, vor dem 1. Januar 2020 abgeschlossenen Geschäftsjahr ein positives Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit erwirtschaftet hat und	2. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
3. der Umsatz aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit im Kalenderjahr 2020 im Vergleich zum Vorjahr um mehr als 40 Prozent eingebrochen ist.	3. der Umsatz aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit im Kalenderjahr 2020 im Vergleich zum Vorjahr um mehr als 30 Prozent eingebrochen ist.
<i>Unter den Voraussetzungen des Satzes 1 stehen auch Zahlungsrückstände gegenüber den in § 270a Absatz 2 Nummer 1 der Insolvenzordnung genannten Gläubigern der Anordnung der vorläufigen Eigenverwaltung nicht entgegen.“</i>	<b>Satz 1 gilt entsprechend, wenn die nach Satz 1 Nummer 2 und 3 zu bescheinigenden Voraussetzungen zwar nicht oder nicht vollständig vorliegen, aus der Bescheinigung jedoch hervorgeht, dass aufgrund von Besonderheiten, die im Schuldner oder in der Branche, der er angehört, begründet sind oder aufgrund sonstiger Umstände oder Verhältnisse, dennoch davon ausgegangen werden kann, dass die Zahlungsunfähigkeit auf die COVID-19-Pandemie zurückzuführen ist. § 5 Absatz 7 gilt entsprechend.</b>
	<b>§ 7</b>
	<b>Sicherstellung der Gläubigergleichbehandlung bei Stützungsmaßnahmen anlässlich der COVID-19-Pandemie</b>
	<b>Der Umstand, dass Forderungen im Zusammenhang mit staatlichen Leistungen stehen, die im Rahmen von staatlichen Programmen zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie gewährt wurden, ist für sich allein kein geeignetes Kriterium für die Einbeziehung in den Restrukturierungsplan nach § 8 des Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetzes oder die Abgrenzung der Gruppen nach § 9 des Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetzes oder § 222 der Insolvenzordnung. Staatliche Leistungen im Sinne von Satz 1 sind sämtliche Finanzhilfen einschließlich der Gewährung von Darlehen und die Übernahme einer Bürgschaft, einer Garantie oder eine sonstige Übernahme des Ausfallrisikos bezüglich von Forderungen Dritter, die durch öffentliche Anstalten, Körperschaften oder Rechtsträgern öffentlicher Sondervermögen sowie im Mehrheitsbesitz des Bundes, der Länder oder der Kommunen stehenden Rechtsträger gewährt werden. Soweit</b>

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
	<b>im Rahmen einer staatlichen Leistung das Ausfallrisiko übernommen worden ist, ist die besicherte Forderung als eine Forderung anzusehen, die nach Satz 1 im Zusammenhang mit staatlichen Leistungen steht.“</b>
<b>Artikel 11</b>	<b>Artikel 11</b>
<b>Änderung des Gerichtskostengesetzes</b>	<b>Änderung des Gerichtskostengesetzes</b>
Das Gerichtskostengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Februar 2014 (BGBl. I S. 154), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 4 des Gesetzes vom 25. Juni 2020 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	Das Gerichtskostengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Februar 2014 (BGBl. I S. 154), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 4 des Gesetzes vom 25. Juni 2020 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:	1. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
a) Nach der Angabe zu § 13 wird folgende Angabe eingefügt:	
„§ 13a Verfahren nach dem Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetz“.	
b) Nach der Angabe zu § 25 wird folgende Angabe eingefügt:	
„§ 25a Verfahren nach dem Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetz“.	
2. Nach § 1 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 wird folgende Nummer 3a eingefügt:	2. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
„3a. nach dem Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetz;“.	
3. Nach § 6 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 wird folgende Nummer 3a eingefügt:	3. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
„3a. in Verfahren nach dem Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetz;“.	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
4. Nach § 13 wird folgender § 13a eingefügt:	4. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
„§ 13a	
Verfahren nach dem Unternehmensstabilisie- rungs- und -restrukturierungsgesetz	
(1) Über den Antrag auf Inanspruchnahme eines Instruments des Stabilisierungs- und Rest- rukturierungsrahmens soll erst nach Zahlung der Gebühr für das Verfahren entschieden werden.	
(2) Absatz 1 gilt entsprechend für den An- trag auf Bestellung eines Restrukturierungsbeauf- tragten oder eines Sanierungsmoderators.“	
5. Nach § 25 wird folgender § 25a eingefügt:	5. Nach § 25 wird folgender § 25a eingefügt:
„§ 25a	„§ 25a
Verfahren nach dem Unternehmensstabilisie- rungs- und -restrukturierungsgesetz	Verfahren nach dem Unternehmensstabilisie- rungs- und -restrukturierungsgesetz
(1) Die Kosten der Verfahren nach dem Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturie- rungsgesetz vor dem Restrukturierungsgericht so- wie die Gebühren nach den Nummern 2510 und 2513 des Kostenverzeichnisses schuldet nur der Schuldner des Verfahrens, soweit nichts anderes bestimmt ist.	(1) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
(2) Wird ein fakultativer Restrukturie- rungsbeauftragter auf Antrag von Gläubigern be- stellt, schulden die Gebühr nach Nummer 2513 des Kostenverzeichnisses und die Auslagen nach Nummer 9017 des Kostenverzeichnisses nur die antragstellenden Gläubiger, soweit sie ihnen nach § 89 Absatz 2 des Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetzes auferlegt sind.“	(2) Wird ein fakultativer Restrukturie- rungsbeauftragter auf Antrag von Gläubigern be- stellt, schulden die Gebühr nach Nummer 2513 des Kostenverzeichnisses und die Auslagen nach Nummer 9017 des Kostenverzeichnisses nur die antragstellenden Gläubiger, soweit sie ihnen nach § 82 Absatz 2 des Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetzes auferlegt sind.“
6. Anlage 1 (Kostenverzeichnis) wird wie folgt ge- ändert:	6. Anlage 1 (Kostenverzeichnis) wird wie folgt ge- ändert:
a) In der Gliederung wird die Angabe zu Teil 2 Hauptabschnitt 5 durch die folgenden Anga- ben ersetzt:	a) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
„Hauptabschnitt 5 Verfahren nach dem Unternehmensstabilisierungs- und - restrukturierungsgesetz	
Abschnitt 1 Verfahren vor dem Restruk- turierungsgericht	
Abschnitt 2 Beschwerden	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
Unterabschnitt 1 Sofortige Beschwerde	
Unterabschnitt 2 Rechtsbeschwerde	
Hauptabschnitt 6 Rüge wegen Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör“.	
b) Nach Teil 2 Hauptabschnitt 4 wird folgender Hauptabschnitt 5 eingefügt:	b) Nach Teil 2 Hauptabschnitt 4 wird folgender Hauptabschnitt 5 eingefügt:

Entwurf

Nr.	Gebührentatbestand	Gebühr oder Satz der Gebühr nach § 34 GKG
<b>„Hauptabschnitt 5 Verfahren nach dem Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetz</b>		
<b>Abschnitt 1 Verfahren vor dem Restrukturierungsgericht</b>		
2510	Entgegennahme der Anzeige des Restrukturierungsvorhabens (§ 33 StaRUG) Mit der Gebühr sind sämtliche Tätigkeiten des Gerichts im Zusammenhang mit der Anzeige des Restrukturierungsvorhabens einschließlich der Aufhebung der Restrukturierungssache abgegolten.	150,00 €
2511	Verfahren über den Antrag auf Inanspruchnahme von Instrumenten des Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmens..... (1) Die Gebühr 2510 wird angerechnet. (2) Endet das gesamte Verfahren, bevor der gerichtliche Erörterungs- und Abstimmungstermin begonnen hat oder bevor der Restrukturierungsplan gerichtlich bestätigt wurde, kann das Gericht die Gebühr nach billigem Ermessen auf die Hälfte ermäßigen.	1 000,00 €
2512	In derselben Restrukturierungssache wird die Inanspruchnahme von mehr als drei Instrumenten des Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmens beantragt: Die Gebühr 2511 beträgt.....	1 500,00 €
2513	Bestellung eines Restrukturierungsbeauftragten..... Mit der Gebühr sind sämtliche Tätigkeiten des Gerichts im Zusammenhang mit der Bestellung, insbesondere auch die Aufsicht über den Restrukturierungsbeauftragten, abgegolten.	500,00 €
2514	Verfahren über den Antrag auf Bestellung eines Sanierungsmoderators..... Mit der Gebühr sind sämtliche Tätigkeiten des Gerichts in dem Verfahren einschließlich der Bestätigung eines Sanierungsvergleichs abgegolten.	500,00 €
<b>Abschnitt 2 Beschwerden</b>		
Unterabschnitt 1 Beschwerde		
2520	Verfahren über sofortige Beschwerden nach dem StaRUG.....	1 000,00 €
2521	Beendigung des gesamten Verfahrens durch Zurücknahme der Beschwerde: Die Gebühr 2520 ermäßigt sich auf.....	500,00 €
2522	Verfahren über nicht besonders aufgeführte Beschwerden, die nicht nach anderen Vorschriften gebührenfrei sind: Die Beschwerde wird verworfen oder zurückgewiesen..... Wird die Beschwerde nur teilweise verworfen oder zurückgewiesen, kann das Gericht die Gebühr nach billigem Ermessen auf die Hälfte ermäßigen oder bestimmen, dass eine Gebühr nicht zu erheben ist.	66,00 €

Unterabschnitt 2 Rechtsbeschwerde		
2523	Verfahren über Rechtsbeschwerden nach dem StaRUG.....	2 000,00 €
2524	Beendigung des gesamten Verfahrens durch Zurücknahme der Rechtsbeschwerde: Die Gebühr 2523 ermäßigt sich auf.....	1 000,00 €
2525	Verfahren über nicht besonders aufgeführte Rechtsbeschwerden, die nicht nach anderen Vorschriften gebührenfrei sind: Die Rechtsbeschwerde wird verworfen oder zurückgewiesen..... Wird die Rechtsbeschwerde nur teilweise verworfen oder zurückgewiesen, kann das Gericht die Gebühr nach billigem Ermessen auf die Hälfte ermäßigen oder bestimmen, dass eine Gebühr nicht zu erheben ist.	132,00 €“.

## Beschlüsse des 6. Ausschusses

Nr.	Gebührentatbestand	Gebühr oder Satz der Gebühr nach § 34 GKG
<b>„Hauptabschnitt 5 Verfahren nach dem Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetz</b>		
<b>Abschnitt 1 Verfahren vor dem Restrukturierungsgericht</b>		
2510	Entgegennahme der Anzeige des Restrukturierungsvorhabens (§ 31 StaRUG)..... Mit der Gebühr sind sämtliche Tätigkeiten des Gerichts im Zusammenhang mit der Anzeige des Restrukturierungsvorhabens einschließlich der Aufhebung der Restrukturierungssache abgegolten.	150,00 €
2511	Verfahren über den Antrag auf Inanspruchnahme von Instrumenten des Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmens..... (1) Die Gebühr 2510 wird angerechnet. (2) Endet das gesamte Verfahren, bevor der gerichtliche Erörterungs- und Abstimmungstermin begonnen hat oder bevor der Restrukturierungsplan gerichtlich bestätigt wurde, kann das Gericht die Gebühr nach billigem Ermessen auf die Hälfte ermäßigen.	1 000,00 €
2512	In derselben Restrukturierungssache wird die Inanspruchnahme von mehr als drei Instrumenten des Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmens beantragt: Die Gebühr 2511 beträgt.....	1 500,00 €
2513	Bestellung eines Restrukturierungsbeauftragten..... Mit der Gebühr sind sämtliche Tätigkeiten des Gerichts im Zusammenhang mit der Bestellung, insbesondere auch die Aufsicht über den Restrukturierungsbeauftragten, abgegolten.	500,00 €
2514	Verfahren über den Antrag auf Bestellung eines Sanierungsmoderators..... Mit der Gebühr sind sämtliche Tätigkeiten des Gerichts in dem Verfahren einschließlich der Bestätigung eines Sanierungsvergleichs abgegolten.	500,00 €
<b>Abschnitt 2 Beschwerden</b>		
<i>Unterabschnitt 1 Beschwerde</i>		
2520	Verfahren über sofortige Beschwerden nach dem StaRUG.....	1 000,00 €
2521	Beendigung des gesamten Verfahrens durch Zurücknahme der Beschwerde: Die Gebühr 2520 ermäßigt sich auf.....	500,00 €
2522	Verfahren über nicht besonders aufgeführte Beschwerden, die nicht nach anderen Vorschriften gebührenfrei sind: Die Beschwerde wird verworfen oder zurückgewiesen..... Wird die Beschwerde nur teilweise verworfen oder zurückgewiesen, kann das Gericht die Gebühr nach billigem Ermessen auf die Hälfte ermäßigen oder bestimmen, dass eine Gebühr nicht zu erheben ist.	66,00 €

<i>Unterabschnitt 2 Rechtsbeschwerde</i>		
2523	Verfahren über Rechtsbeschwerden nach dem StaRUG.....	2 000,00 €
2524	Beendigung des gesamten Verfahrens durch Zurücknahme der Rechtsbeschwerde: Die Gebühr 2523 ermäßigt sich auf.....	1 000,00 €
2525	Verfahren über nicht besonders aufgeführte Rechtsbeschwerden, die nicht nach anderen Vorschriften gebührenfrei sind: Die Rechtsbeschwerde wird verworfen oder zurückgewiesen..... Wird die Rechtsbeschwerde nur teilweise verworfen oder zurückgewiesen, kann das Gericht die Gebühr nach billigem Ermessen auf die Hälfte ermäßigen oder bestimmen, dass eine Gebühr nicht zu erheben ist.	132,00 € <sup>4</sup> .

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
c) Der bisherige Teil 2 Hauptabschnitt 5 wird Teil 2 Hauptabschnitt 6.	c) <b>u n v e r ä n d e r t</b>
d) Nummer 2500 wird Nummer 2600 und wird wie folgt gefasst:	d) Nummer 2500 wird Nummer 2600 und wird wie folgt gefasst:

Entwurf

Nr.	Gebührentatbestand	Gebühr oder Satz der Gebühr nach § 34 GKG
„2600	Verfahren über die Rüge wegen Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör (§ 321a ZPO, § 4 InsO, § 3 Abs. 1 Satz 1 SvertO, § 40 StaRUG): Die Rüge wird in vollem Umfang verworfen oder zurückgewiesen.....	66,00 € <sup>4</sup> .

Beschlüsse des 6. Ausschusses

Nr.	Gebührentatbestand	Gebühr oder Satz der Gebühr nach § 34 GKG
„2600	Verfahren über die Rüge wegen Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör (§ 321a ZPO, § 4 InsO, § 3 Abs. 1 Satz 1 SvertO, § 38 StaRUG): Die Rüge wird in vollem Umfang verworfen oder zurückgewiesen.....	66,00 € <sup>4</sup> .

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
e) In Nummer 9017 werden im Gebührentatbestand nach der Angabe „§ 4a InsO“ die Wörter „sowie an den Restrukturierungsbeauftragten <i>und</i> den Sanierungsmoderator nach dem StaRUG“ eingefügt.	e) In Nummer 9017 werden im Gebührentatbestand nach der Angabe „§ 4a InsO“ die Wörter „sowie an den Restrukturierungsbeauftragten, den Sanierungsmoderator <b>und die Mitglieder des Gläubigerbeirats</b> nach dem StaRUG“ eingefügt.

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
Artikel 12	Artikel 12
Änderung des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes	Änderung des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes
Das Rechtsanwaltsvergütungsgesetz vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 788), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 5 des Gesetzes vom 25. Juni 2020 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	Das Rechtsanwaltsvergütungsgesetz vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 788), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 5 des Gesetzes vom 25. Juni 2020 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. In der Inhaltsübersicht wird nach der Angabe zu § 29 folgende Angabe eingefügt:	1. u n v e r ä n d e r t
„§ 29a Gegenstandswert in Verfahren nach dem Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetz“.	
2. In § 1 Absatz 2 Satz 2 werden nach den Wörtern „Mitglied des Gläubigerausschusses,“ die Wörter „Restrukturierungsbeauftragter, Sanierungsmoderator,“ eingefügt.	2. In § 1 Absatz 2 Satz 2 werden nach den Wörtern „Mitglied des Gläubigerausschusses,“ die Wörter „Restrukturierungsbeauftragter, Sanierungsmoderator, <b>Mitglied des Gläubigerbeirats</b> “ eingefügt.
3. Nach § 29 wird folgender § 29a eingefügt:	3. u n v e r ä n d e r t
„§ 29a	
Gegenstandswert in Verfahren nach dem Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetz	
Der Gegenstandswert in Verfahren nach dem Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetz ist unter Berücksichtigung des wirtschaftlichen Interesses, das der Auftraggeber im Verfahren verfolgt, nach § 23 Absatz 3 Satz 2 zu bestimmen.“	
4. Anlage 1 (Vergütungsverzeichnis) wird wie folgt geändert:	4. u n v e r ä n d e r t
a) In der Gliederung werden der Angabe zu Teil 3 Abschnitt 3 Unterabschnitt 5 ein Komma und die Wörter „Verfahren nach dem Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetz“ angefügt.	
b) Der Überschrift zu Teil 3 Abschnitt 3 Unterabschnitt 5 werden ein Komma und die Wörter „Verfahren nach dem Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetz“ angefügt.	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
c) Vorbemerkung 3.3.5 wird wie folgt geändert:	
aa) In Absatz 1 werden nach der Angabe „SVertO“ die Wörter „und Verfahren nach dem StaRUG“ eingefügt.	
bb) Dem Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:	
„Das Gleiche gilt in Verfahren nach dem StaRUG, wenn mehrere Gläubiger verschiedene Rechte oder wenn mehrere am Schuldner beteiligte Personen Ansprüche aus ihren jeweiligen Beteiligungen geltend machen.“	
d) In der Anmerkung zu Nummer 3317 werden nach der Angabe „SVertO“ ein Komma und die Wörter „in einem Verfahren nach dem StaRUG“ eingefügt.	
<b>Artikel 13</b>	<b>Artikel 13</b>
<b>Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuchs</b>	<b>Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuchs</b>
<i>In § 925 Absatz 1 Satz 3 des Bürgerlichen Gesetzbuchs in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 2002 (BGBl. I S. 42, 2909; 2003 I S. 738), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 12. Juni 2020 (BGBl. I S. 1245) geändert worden ist, werden nach dem Wort „Insolvenzplan“ die Wörter „oder Restrukturierungsplan“ eingefügt.</i>	<b>Das Bürgerliche Gesetzbuch</b> in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 2002 (BGBl. I S. 42, 2909; 2003 I S. 738), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 12. Juni 2020 (BGBl. I S. 1245) geändert worden ist, <b>wird wie folgt geändert:</b>
	<b>1. In § 204 Absatz 1 wird nach Nummer 10 folgende Nummer 10a eingefügt:</b>
	<b>„10a. die Anordnung einer Vollstreckungssperre nach dem Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetz, durch die der Gläubiger an der Einleitung der Zwangsvollstreckung wegen des Anspruchs gehindert ist,“.</b>
	<b>2. In § 925 Absatz 1 Satz 3 werden nach dem Wort „Insolvenzplan“ die Wörter „oder Restrukturierungsplan“ eingefügt.</b>

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
<b>Artikel 14</b>	<b>Artikel 14</b>
<b>Änderung des Handelsgesetzbuchs</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
Das Handelsgesetzbuch in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 4100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 12. August 2020 (BGBl. I S. 1874) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	
1. § 130a wird aufgehoben.	
2. § 177a wird wie folgt gefasst:	
„§ 177a	
§ 125a gilt auch für die Gesellschaft, bei der ein Kommanditist eine natürliche Person ist. Der in § 125a Absatz 1 Satz 2 für die Gesellschafter vorgeschriebenen Angaben bedarf es nur für die persönlich haftenden Gesellschafter der Gesellschaft.“	
<b>Artikel 15</b>	<b>Artikel 15</b>
<b>Änderung des Aktiengesetzes</b>	<b>Änderung des Aktiengesetzes</b>
Das Aktiengesetz vom 6. September 1965 (BGBl. I S. 1089), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 12. Dezember 2019 (BGBl. I S. 2637) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	Das Aktiengesetz vom 6. September 1965 (BGBl. I S. 1089), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 12. Dezember 2019 (BGBl. I S. 2637) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. § 92 Absatz 2 und § 93 Absatz 3 Nummer 6 werden aufgehoben.	1. u n v e r ä n d e r t
	2. § 116 Satz 1 wird wie folgt gefasst:  „Für die Sorgfaltspflicht und Verantwortlichkeit der Aufsichtsratsmitglieder gelten § 93 mit Ausnahme des Absatzes 2 Satz 3 über die Sorgfaltspflicht und Verantwortlichkeit der Vorstandsmitglieder und § 15b der Insolvenzordnung sinngemäß.“
2. In § 302 Absatz 3 Satz 2 werden nach dem Wort „Insolvenzplan“ die Wörter „oder Restrukturierungsplan“ eingefügt.	3. u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
<b>Artikel 16</b>	<b>Artikel 16</b>
<b>Änderung des Gesetzes betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
<p>Das Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 4123-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 17. Juli 2017 (BGBl. I S. 2446) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:</p>	
<p>1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 64 wie folgt gefasst:</p>	
<p>„§ 64 (weggefallen)“.</p>	
<p>2. § 64 wird aufgehoben.</p>	
<p>3. In § 71 Absatz 4 wird die Angabe „§ 64“ durch die Wörter „und aus § 15b der Insolvenzordnung“ ersetzt.</p>	
<b>Artikel 17</b>	<b>Artikel 17</b>
<b>Änderung des Genossenschaftsgesetzes</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
<p>Das Genossenschaftsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2230), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 12. August 2020 (BGBl. I S. 1874) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:</p>	
<p>1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 99 wie folgt gefasst:</p>	
<p>„§ 99 (weggefallen)“.</p>	
<p>2. § 99 wird aufgehoben.</p>	
<b>Artikel 18</b>	<b>Artikel 18</b>
<b>Änderung des Schuldverschreibungsgesetzes</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
<p>§ 19 des Schuldverschreibungsgesetzes vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2512), das zuletzt durch Artikel 24 Absatz 21 des Gesetzes vom 23. Juni 2017 (BGBl. I S. 1693) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:</p>	

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 6. Ausschusses</b>
1. Der Überschrift werden die Wörter „und Restrukturierungssachen“ angefügt.	
2. Folgender Absatz 6 wird angefügt:	
„(6) Bezieht ein Schuldner Forderungen aus Schuldverschreibungen in ein Instrument des Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmens nach dem Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetz ein, gelten die vorstehenden Absätze entsprechend.“	
<b>Artikel 19</b>	<b>Artikel 19</b>
<b>Änderung des Gesetzes zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
Dem § 1 Absatz 2 des Gesetzes zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 701-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 25. Mai 2020 (BGBl. I S. 1067) geändert worden ist, wird folgender Satz angefügt:	
„Sie können die ihnen zugehörigen Gewerbetreibenden ihres Bezirks zu Fragen der Früherkennung von Unternehmenskrisen und deren Bewältigung beraten.“	
<b>Artikel 20</b>	<b>Artikel 20</b>
<b>Änderung der Gewerbeordnung</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
Die Gewerbeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Februar 1999 (BGBl. I S. 202), die zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1403) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	
1. In der Inhaltsübersicht werden der Angabe zu § 12 die Wörter „und Restrukturierungssachen“ angefügt.	
2. § 12 wird wie folgt geändert:	
a) Der Überschrift werden die Wörter „und Restrukturierungssachen“ angefügt.	

<b>Entwurf</b>	<b>Beschlüsse des 6. Ausschusses</b>
b) Satz 1 wird wie folgt gefasst:	
„Vorschriften, welche die Untersagung eines Gewerbes oder die Rücknahme oder den Widerruf einer Zulassung wegen Unzuverlässigkeit des Gewerbetreibenden, die auf ungeordnete Vermögensverhältnisse zurückzuführen ist, ermöglichen, sind während der Zeit	
1. eines Insolvenzverfahrens,	
2. in der Sicherungsmaßnahmen nach § 21 der Insolvenzordnung angeordnet sind,	
3. der Überwachung der Erfüllung eines Insolvenzplans (§ 260 der Insolvenzordnung) oder	
4. in der in einem Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmen ein Restrukturierungsbeauftragter bestellt ist, eine Stabilisierungsanordnung wirksam ist oder dem Restrukturierungsgericht ein Restrukturierungsplan zur Vorprüfung, zur Anberaumung eines gerichtlichen Erörterungs- und Abstimmungstermins oder zur Bestätigung vorliegt,	
nicht anzuwenden in Bezug auf das Gewerbe, das zur Zeit des Antrags auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens oder des Antrags auf Anordnung des Restrukturierungs- oder Stabilisierungsinstruments ausgeübt wurde.“	
<b>Artikel 21</b>	<b>Artikel 21</b>
<b>Änderung der Handwerksordnung</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
§ 91 der Handwerksordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. September 1998 (BGBl. I S. 3074; 2006 I S. 2095), die zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1403) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	
1. Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 3a eingefügt:	
„(3a) Die Handwerkskammer kann Betriebe des Handwerks oder eines handwerksähnlichen	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
Gewerbes des Handwerkskammerbezirks zu Fragen der Früherkennung von Unternehmenskrisen und deren Bewältigung beraten.“	
2. In Absatz 4 werden nach der Angabe „bis 13“ die Wörter „sowie Absatz 3a“ eingefügt und wird das Wort „findet“ durch das Wort „finden“ ersetzt.	
<b>Artikel 22</b>	<b>Artikel 22</b>
<b>Änderung des Pfandbriefgesetzes</b>	<b>Änderung des Pfandbriefgesetzes</b>
§ 30 Absatz 6a des Pfandbriefgesetzes vom 22. Mai 2005 (BGBl. I S. 1373), das zuletzt durch Artikel 97 des Gesetzes vom 20. November 2019 (BGBl. I S. 1626) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	§ 30 Absatz 6a des Pfandbriefgesetzes vom 22. Mai 2005 (BGBl. I S. 1373), das zuletzt durch Artikel 97 des Gesetzes vom 20. November 2019 (BGBl. I S. 1626) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. In Satz 5 wird die Angabe „§ 270c“ durch die Angabe „§ 270f Absatz 2“ und werden die Wörter „§ 270a Absatz 1 Satz 2“ durch die Wörter „§ 270b Absatz 1 Satz 1“ ersetzt.	1. <b>u n v e r ä n d e r t</b>
2. In Satz 6 wird die Angabe „§ 272 Absatz 1“ durch die Wörter „§ 272 Absatz 1 Nummer 3 bis 5“ ersetzt.	2. In Satz 6 wird die Angabe „§ 272 Absatz 1“ durch die Wörter „§ <b>270e Absatz 1 Nummer 4 bis 5</b> und § 272 Absatz 1 Nummer 3 bis 5“ ersetzt <b>und werden nach dem Wort „Eigenverwaltung“ die Wörter „oder der vorläufigen Eigenverwaltung“ eingefügt.</b>
3. In Satz 7 werden die Wörter „§ 270 Absatz 2, § 270a Absatz 2 und die §§ 270b“ durch die Wörter „§ 270f Absatz 1, § 270c Absatz 5 und die §§ 270d“ ersetzt.	3. In Satz 7 werden die Wörter „§ 270 Absatz 2, § 270a Absatz 2 und die §§ 270b,“ durch die Wörter „§ 270c Absatz 5, die §§ 270d, <b>270f Absatz 1 und die §§</b> “ ersetzt.
<b>Artikel 23</b>	<b>Artikel 23</b>
<b>Änderung des Betriebsrentengesetzes</b>	<b>u n v e r ä n d e r t</b>
§ 9 Absatz 4 Satz 1 des Betriebsrentengesetzes vom 19. Dezember 1974 (BGBl. I S. 3610), das zuletzt durch Artikel 8a des Gesetzes vom 12. Juni 2020 (BGBl. I S. 1248) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:	
„In einem Insolvenzplan, der die Fortführung des Unternehmens oder eines Betriebes vorsieht, ist für den Träger der Insolvenzsicherung eine besondere Gruppe zu bilden, sofern er hierauf nicht verzichtet.“	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
Artikel 24	Artikel 24
Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch	u n v e r ä n d e r t
Dem § 314 Absatz 2 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch – Arbeitsförderung – (Artikel 1 des Gesetzes vom 24. März 1997, BGBl. I S. 594, 595), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 14. Juli 2020 (BGBl. I S. 1683) geändert worden ist, wird folgender Satz angefügt:	
„Satz 1 gilt entsprechend in den Fällen, in denen eine Eigenverwaltung nach § 270 Absatz 1 Satz 1 der Insolvenzordnung angeordnet worden ist.“	
Artikel 25	Artikel 25
Inkrafttreten	Inkrafttreten
(1) Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich der Absätze 2 und 3 am 1. Januar 2021 in Kraft.	(1) Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich der Absätze 2 und 3 am 1. Januar 2021 in Kraft.
(2) Artikel 5 Nummer 1 und Artikel 9 treten am 1. Januar 2022 in Kraft.	(2) Artikel 9 tritt am 1. Januar 2022 in Kraft.
(3) Am 17. Juli 2022 treten in Kraft:	(3) Am 17. Juli 2022 treten in Kraft:
1. in Artikel 1 die §§ 91 bis 95 des Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetzes und	1. in Artikel 1 die §§ 84 bis 88 des Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetzes und
2. Artikel 7.	2. Artikel 7.

